

P R O T O K O L L

über die 30. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Dienstag, 13. Dezember 1988, im Rathaus, 1. Stock hinten,
Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:

Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Hermann Bachner
Josef Brandstötter
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrath
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Ing. Karl Pragerstorfer
Erna Probst
Franz Rohrauer
Gertrude Schreiberhuber

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Steinparzer

Franz Straßer

Hubert Sturmberger

Leopold Tatzreiter

Otto Tremel

Anton Vorhauer

Christine Wieser

Wolfgang Wieser

Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:

Magistratsdirektor OSR.

Dr. Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabl

SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

MR. Dr. Kurt Schmidl

OSR. Dr. Kurt Wabitsch

Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein

Direktor OAR Helmut Riedler

OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.

Dr. Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

- | | |
|--------------------|---|
| GHJ2-6850/88 | Buffet Hallenbad, Haratzmüllerstraße 126; Tischlerarbeiten. |
| VetR-Erlaß-1314/88 | Tierkörperverwertungsgebühren 1988; Kreditüberschreitung. |
| Ges-6728/88 | Jugoslawisches Gastarbeiterzentrum Steyr; Anteilskosten für 1988. |
| Ha-6721/88 | Betreuung des Vogelhauses im Schloßpark; Refundierung der Futterkosten. |
| GHJ2-6751/88 | Heimathaus Steyr, Grünmarkt 26; Erneuerung der Beleuchtungskörper und Änderung der Elektroinstallation im 2. Stock. |
| K-2584/84 | Ausbau des untersten Geschloßes Schloß Lamberg - ehem. Speichergebäude (Schloßmuseum - Phase 1); Bautischlerarbeiten und Vorplatzpflasterung. |

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Ha-7223/88 Rückzahlung der für das Jahr 1988 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionsweg.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

- 2) Bau4-1253/85 Neubau Gsangsteg; Auftragsvergabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 3) Bau2-4019/88 Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 54 - Sport Eybl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 4) ÖAG-4187/88
Stadtwerke
Stadtwerke Steyr; Jahresbilanz 1987.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 5) ÖAG-3362/88
Verkauf der Liegenschaften Wehrgrabengasse 31
(Josefslazarett) und Wehrgrabengasse 45/47 (Färberei Keller) an die Ehegatten Ing. Günter und Elisabeth Mayr.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERBER:

- 6) Ha-7003/88
Aufnahme eines Darlehens bei der Sparkasse Steyr für Investitionen im Zentralaltersheim.
- 7) Wa-5450/75
Reinhalungsverband Steyr und Umgebung; Mitgliedsbeitrag 1988 - Akontozahlung.
- 8) ÖAG-4119/83
Bau5-7060/87
Feuerwehrdepot Schiffmeistergasse; Ausbau des Obergeschoßes.
- 9) Ha-4000/88
Voranschlag 1989.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste!

Ich darf die heutige Sitzung eröffnen. Es ist sicher die wichtigste und entscheidungsträchtigste Sitzung im Laufe eines Jahres, es ist die Sitzung, in der der Voranschlag für 1989 beraten und beschlossen werden soll.

Ich möchte mich eingangs der Sitzung beim Vertrauensmännerausschuß des Postamtes Steyr herzlich bedanken für die nette Aufmerksamkeit, für den Ersttagstempel und die Marke, die wir hier in so netter Form überreicht bekommen haben. Herzlichen Dank. Ich nehme an, daß damit auch aufmerksam gemacht werden soll, daß Kollege Wallner, der heute entschuldigt ist, nicht anwesend sein kann, weil er aus beruflichen Gründen an seinem Dienort unabhkömmlich ist.

Ich darf feststellen, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich ersuche Herrn Gemeinderat Ing. Spanring und Herrn Gemeinderat Rudolf Pickl um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Zum Punkt Behandlung allfälliger Anfragen - Kollege Holub hat gerade eingeworfen, da haben Sie viel zu lesen, weil die Debatte sehr umfangreich ist, wir werden beim Dienstgeber beantragen, daß die notwendige Freizeit zur Durchsicht gewährt wird.

Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich sagen, solche liegen nicht vor. Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Sie über einige Punkte informieren, und zwar so wie immer über die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Situation im Bereich Steyr. Der diesbezügliche Bericht des Arbeitsamtes Steyr bezieht sich auf den Monat November 1988 und ich darf ihn auszugsweise zur Kenntnis bringen.

Ende November waren im Amtsbezirk 2.333 Personen, davon 1.196 Männer und 1.137 Frauen arbeitslos gemeldet. Das entspricht einer Arbeitslosenrate von 6,2 Prozent. Gegenüber dem Vormonat betrug die Zunahme 192 oder 9 Prozent (männlich + 149 = 14,2 Prozent, weiblich + 43 = 3,9 Prozent). Im Jahresvergleich ging der Vorgemerkenstand um 172 oder 6,9 Prozent zurück. Im November waren also im Gegensatz zum Vormonat wieder mehr Männer als Frauen arbeitslos gemeldet, wie aber der Vergleich zum Vorjahr zeigt, ist durch die Konjunkturbelebung keine Verbesserung im Bereich der Frauenarbeitslosigkeit erreicht worden.

Bei den Jugendlichen, das ist jene Gruppe im Alter von 15 bis 19 Jahre, waren im Berichtsmonat 593 vorgemerkt. Die Zunahme gegenüber Oktober 1988 betrug 54. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt positive Aspekte: Rückgang insgesamt 138. Maturantinnen (Maturanten) und Facharbeiter haben heuer leichter eine Stelle gefunden als 1987. Der Anteil von Langzeitarbeitslosen stellt allerdings mit 28 Prozent nach wie vor einen Spitzenwert dar, der öö. Durchschnitt liegt um 15 Prozent. Die Ursache hiezu ist auch im hohen Durchschnittsverdienst im Amtsbezirk gelegen, von dem natürlich im Falle der Arbeitslosigkeit auch ein relativ hohes Arbeitslosengeld anfällt.

Zum Monatsende waren 334 offene Stellen gemeldet, saisonbedingt um 16 weniger als im Oktober 1988, jedoch um 118 mehr als im November 1987. Die meisten Angebote konzentrieren sich auf Fachkräfte in den Bereichen Bau-, Metallbe- und -verarbeitung und Handel.

Meine Damen und Herren, wir alle stehen sicher unter dem Eindruck der fürchterlichen Naturkatastrophe in Armenien. Bei dieser Katastrophe sind nicht nur viele zehntausende Menschen zu Tode gekommen, sondern auch hunderttausende in größte Not geraten. Anbetracht dieser Katastrophe - es wurden ganze Städte zerstört - habe ich veranlaßt, daß nach Erstellung der Tagesordnung für die nächste Sitzung des Stadtsenates auch ein Subventionsantrag aufzunehmen ist. Und zwar stellen wir uns vor, daß die Stadt Steyr einen Betrag von S 50.000,- zugunsten der Erdbebenopfer auf das Spendenkonto der österr. Volkshilfe einzahlen wird. Ich hoffe, daß ich hier die Zustimmung zu dieser Aktion habe.

Meine Damen und Herren, zum nächsten Bericht. Es handelt sich hier um ein Thema, das in den letzten Tagen breitetes Interesse in den Medien gefunden hat. Es wurde im Radio und im Fernsehen und auch in verschiedenen Zeitungen über in Steyr aufgefundene Giftfässer berichtet und ich möchte dazu kurz folgendes sagen. Im Rahmen der am 3. Dezember 1988 durchgeführten Aktion "Saubere Umwelt" wurde durch die an dieser Aktion teilnehmenden Grundwehrdiener des Landwehrstammregimentes eine offensichtlich unbewilligte Sondermülldeponie im Bereich "An der Enns" aufgefunden. Konkret wurden bisher 2 im Erdreich vergrabene Fässer mit Farbresten gefunden, wobei eine vom Amt der Oö. Landesregierung durchgeführte Analyse ergab, daß es sich vermutlich um Lackrückstände auf Kunststoffbasis handelt, in denen auch zahlreiche Schwermetalle enthalten sind. Da für diese Ablagerung der beiden aufgefundenen Fässer kein behördlicher Konsens vorliegt und darüberhinaus diese Ablagerungsstelle im Hochwasserabflubereich unmittelbar angrenzend an einen Lagerplatz einer ehemaligen Kanalräumerfirma liegt, wurde dieser Sachverhalt am 7. Dezember 1988 der Bundespolizeidirektion Steyr zur Kenntnis gebracht, da seitens des Magistrates die Ansicht vertreten wurde, daß es sich hier um einen dem Strafgesetz unterliegenden Tatbestand handelt. Offensichtlich wurde von der Bundespolizeidirektion Steyr die Anzeige der Staatsanwaltschaft vorgelegt, die auch bereits die entsprechenden rechtlichen Schritte eingeleitet hat. Zur Beweissicherung wurde auch am 12. 12. 1988 eine Vermessung und damit eindeutige Lokalisierung der vorgefundenen Fässer durchgeführt, da bis zu diesem Tag noch nicht eindeutig geklärt war, ob sich die Fässer auf dem Privatgrundstück der ehemaligen Kanalräumerfirma oder auf Gemeindegrund befinden. Das Endergebnis dieser Vermessung liegt nunmehr vor und es steht fest, daß es sich um Gemeindegrund handelt. Das ist deswegen sehr wichtig, weil wir hier nicht mehr gehindert sind an den notwendigen Sanierungs- und Bergungsarbeiten. Als Sofortmaßnahme zur Sicherung des Grundwassers - die Fässer sollten übrigens bereits gestern entfernt werden, aber Kollege Pimsl, der diese Angelegenheit sehr aktiv verfolgt, hat mir vor der Sitzung berichtet, daß heute bereits mit den entsprechenden Grabungsarbeiten begonnen wurde. Als Sofortmaßnahme zur Sicherung des Grundwassers wurden daher die beiden vorgefundenen Fässer und das umliegende verunreinigte Erdreich durch den städtischen Wirtschaftshof abgehoben und im städtischen Wirtschaftshof vorläufig sichergestellt. Es handelt sich eindeutig bei den Fässern um Sondermüll. Ohne den weitergehenden Untersuchungen vorgreifen zu wollen, kann ich jedoch derzeit die Bevölkerung von Steyr dahingehend beruhigen, daß eine unmittelbare Gefährdung des Grundwassers durch diese Fässer derzeit nicht gegeben ist. Die Stadt wird selbstverständlich alles daransetzen, den Verursacher dieser widerrechtlichen Ablegerung ausfindig zu machen und auch festzustellen, ob noch weitere Fässer in diesem Gebiet abgelagert sind. Die diesbezüglichen Untersuchungen sind derzeit voll im Gange und es kann eine endgültige Aussage erst nach deren Abschluß getroffen werden. Ich darf aber nochmals ausdrücklich wiederholen, daß derzeit eine Gefährdung des Grundwassers nicht gegeben ist und die Untersuchung auch keinerlei Hinweis auf irgend eine Verschuldensfrage gibt.

Meine Damen und Herren, eine weitere Mitteilung bezüglich des Verkehrsbauwerkes Taborknoten möchte ich Ihnen hier nicht vorenthalten. Aufgrund immer wieder auftauchender Beschwerden aus Bevölkerungskreisen bemüht sich die Stadt Steyr schon seit Jahren um einen Umbau des Taborknotens, um günstigere Verkehrsverhältnisse zu erreichen. Leider hat das von der Bundesstraßenverwaltung ausgearbeitete Projekt nicht allgemeinen Beifall gefunden. Im Zuge einer Grundeinlöseverhandlung wurde seitens der Pfarre Tabor, aus deren Eigentum eine geringe Grundfläche in Anspruch genommen werden muß, Einspruch erhoben. Der Magistrat ist bemüht, die Angelegenheit zu bereinigen. Es haben in der Zwischenzeit zwei Aussprachen mit Vertretern des Pfarrkirchenrates stattgefunden. Bei der zweiten Aussprache war auch ein befugter Vertreter der Wohnungseigentümer-Verwaltungsinteressengemeinschaft anwesend und konnte durch den zuständigen Vertreter der Bundesstraßenver-

waltung und ein Organ des Planungsbüros in schlüssiger Form nachgewiesen werden, daß eine Untergrundverlegung aus Platzgründen nicht möglich ist. Es ist anzunehmen, daß im Rahmen eines demnächst anzuberaumenden Stadtteilgespräches das Informationsdefizit der betroffenen Bevölkerung beseitigt werden kann und letzten Endes das vorliegende Projekt auch Zustimmung finden wird. Ich glaube, diese Lösung ist sicher keine optimale Lösung, es ist aber sicher eine Verbesserung gegenüber dem derzeitigen Zustand. Jede andere Planung hätte zur Folge, daß diese Bauarbeiten nicht durchgeführt werden und wir um diese verkehrsmäßige Verbesserung verlustig würden.

Schließlich, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen noch mitteilen, daß wir am 23. November die Krippenausstellung - in den Medien wurde das ja breit dargestellt - eröffnet haben. Viele von Ihnen sind ja anwesend gewesen. Es ist ein überaus erfreulicher Besuch feststellbar. Wir werden diesen Freitag, um 15 Uhr wird diese Veranstaltung voraussichtlich stattfinden, den 10.000 Besucher begrüßen können. Das ist in einer so kurzen Zeit und für eine solche Ausstellung wirklich ein großartiger Erfolg.

Soweit, meine Damen und Herren, meine Mitteilungen. Zum nächsten Punkt darf ich sagen, und zwar zur Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS, daß die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt wurden. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Zu den Verhandlungsgegenständen kommend bitte ich Kollegen Wipperberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen heute einen einzigen Antrag vorzulegen. Es ist ein Antrag des Stadtsenates, der sich mit der Rückzahlung der abgeführten Lustbarkeitsabgabe an die Steyrer Sportorganisationen. Seit dem Jahr 1975 wird das durchgeführt. Es ist eine Sportförderung und es ist heuer natürlich durch den großen Besuch bei den Spielen des SK Vorwärts ein verhältnismäßig großer Betrag zu refundieren, es handelt sich um einen Betrag von S 769.488,--. Der größte Teil dieses Betrages entfällt naturgemäß, nämlich S 744.963,- auf den SK Vorwärts Steyr. Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

1) Ha-7223/88

Rückzahlung der für das Jahr 1988 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionsweg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 30. 11. 1988 werden folgende im Jahr 1988 abgeführten Lustbarkeitsabgabebeträge für Sportveranstaltungen in Höhe von insgesamt

S 769.488,-- (siebenhundertneunundsechzigtausendvierhundertachtundachtzig) an die in der Folge angeführten Steyrer Sportvereine im Subventionsweg rückerstattet.

SK Vorwärts Steyr	1988	S 744.963,--
SK Amateure Steyr, Sektion Fußball	1988	S 13.981,--
SK Amateure Steyr, Sektion Boxen	1988	S 462,--
ASV Bewegung Steyr, Sekt. Fußball	1988	S 2.021,--
ATSV Stein, Sektion Fußball	1988	S 641,--
Reitklub Steyr	1988	S 1.332,--
ATSV Steyr, Sektion Fußball	1988	S 2.643,--
ATSV Steyr, Sektion Eishockey	1987/88	S 2.608,--
ASKÖ BSG Steyr, Sekt. Basketball	1988	S 837,--
		<u>S 769.488,--</u>

Zum genannten Zweck wird bei der VSt 1/2690/757000.9 ein Betrag in Höhe von S 615.350,- (sechshundertfünfzehntausenddreihundertfünfzig) freigegeben und darüber hinaus eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 154.200,- (einhundertvierundfünfzigtausendzweihundert) bei der VSt 1/2690/757000.0 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag des Bürgermeisters gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine gegenteilige Meinung? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen. Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seinen Bericht und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte als nächsten Berichterstatter Kollegen Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich ersuche Sie, dem Antrag des Stadtsenates zuzustimmen, nachdem der Neubau des Gsangsteges an die Firma Hamberger zum Preis von S 5,376.615,- inkl. MWSt. übertragen wird. Der Antrag lautet:

2) Bau4-1253/85

Neubau Gsangsteg; Auftragsvergabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 21. 11. 1988 wird der Auftrag zum Neubau des Gsangsteges (Variante 4) an die Fa. Hamberger, Steyr, zum Preise von S 5,376.615,58 inkl. MWSt. übertragen. (BEILAGE)

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Sablik für seinen Bericht. Nächster ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Bei meinem Antrag geht es um eine Flächenwidmungsplanänderung, und zwar will die Firma Sport Eybl das gemischte Baugebiet auf ein Geschäftsbauggebiet umwidmen lassen. Der Gemeinderat wolle daher beschließen:

3) Bau2-4019/88

Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 54 - Sport Eybl.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 54 - Sport Eybl - entsprechend dem Änderungsplan Nr. 54 des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vom 7. Juli 1988, wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 21. November 1988 beschlossen.

Ich bitte, darüber befinden zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem Antrag Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltungen? Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.
Kollege Steinmaßl bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen heute einen einzigen Antrag des Stadtsenates zur Beschlußfassung vortragen, und zwar die Genehmigung der Jahresbilanz 1987 unserer Stadtwerke.

Vor der Antragstellung gestatten Sie mir bitte einige grundsätzliche spezifische Erläuterungen der uns vorliegenden Jahresbilanz vorzutragen.

Das Bilanzjahr 1987 war durch bedeutende Senkungen beim Erdgasabgabepreis gekennzeichnet, so daß sich, wie bereits 1986, auch 1987 der Gesamtumsatz um rund S 3,2 Mill. oder 2,88 Prozent verringert hat. Im Bilanzjahr wurde der Erdgasabgabepreis zum 1. 1. um 6 Prozent gesenkt, wodurch der Umsatz im Teilbetrieb Gaswerk um runde S 4,23 Mill. gesunken ist. In den anderen Teilbetrieben waren die Umsatzveränderungen im Verhältnis zum Gesamtumsatz eher unwesentlich; dies wird damit begründet, daß lediglich im März 1987 die Bestattungstarife in Anlehnung an die Verordnung des Landeshauptmannes angehoben wurden.

Im Gesamtunternehmen wurden 1987 rund S 28,63 Mill. investiert, das sind um S 9,18 Mill. oder 47,2 Prozent mehr als 1986. Zur finanziellen Deckung dieser Investitionen wurden die 1986 gebildeten freien Rücklagen, Wasserwirtschaftsfondsdarlehen und die Anlagenabschreibung sowie Landesdarlehen des Landes Oberösterreich herangezogen. Einen wesentlichen Teil der Investitionen haben auch die Bediensteten durch ihren Einsatz im Anlagenbau erbracht. Die größten Anteile an Investitionen lagen in den Teilbetrieben Gaswerk mit S 10,08 Mill., Wasserwerk mit S 8,3 Mill. und beim Verkehrsbetrieb mit S 5,9 Mill. Waren in den beiden Teilbetrieben Gas- und Wasserwerk vor allem Netzausbauten und Netzsanierungen im Vordergrund, so wurde im Verkehrsbetrieb die kontinuierliche Erneuerung der Omnibusse fortgesetzt. Einen wesentlichen Anteil an den Investitionen hatte auch der Teilbetrieb Krematorium, in dem im Oktober 1987 mit dem Neueinbau des Einäscherungsofens der Firma BBC begonnen und zu Beginn des Monats Februar 1988 abgeschlossen wurde. Für die Kunsteisbahn wurde mit Hilfe der Stadtverwaltung eine neue Eisoberflächenaufbereitungsmaschine angeschafft, die neben der umweltfreundlichen Betriebsart auch eine exakte Eisaufbereitung ermöglicht. Trotz der zum 1. 7. 1986 erfolgten Tarifkorrektur war eine Stabilisierung des Verlustes im Teilbetrieb städtischer Verkehr nicht möglich, da dieser zwar nur unwesentlich auf S 6,66 Mill. angestiegen ist. Maßgebend dafür war, daß 1987 um 77.000 Monats- und Netzkarten mehr verkauft wurden und gleichzeitig der Verkauf an Einzelfahrscheinen um ca. 59.000 gesunken ist. Nicht unwesentlich war auch, daß die Schülerfreifahrtscheine um rund 23.000 und der Verkauf an Mehrfahrscheinen an Pensionisten (10er-Block) um ca. 16.000 gesunken ist. Im Berichtsjahr ist zwar die Zahl der beförderten Personen nur unwesentlich gesunken, die vermehrte Inanspruchnahme der äußerst kostengünstigen Mehrfahrscheine hat jedoch zu einem Stagnieren der Einnahmen bei steigenden Aufwendungen geführt. Das Liniennetz hat zum Jahresende 1987 72,3 km betragen. Für deren Benützung sind 89 Haltestellen, davon 32 mit Unterständen, installiert. Die Jahreskilometerleistung der Fahrzeuge hat rund 825.000 km betragen und war um 4,8 Prozent höher als 1986.

Die Teilbetriebe Bestattung, Krematorium und Leichenhalle brachten auch 1987 einen Gesamtverlust von ca. S 0,6 Mill., der im wesentlichen auf die sinkende Sterblichkeitsrate und eine Ausbuchtung eines Anlagenteiles im Krematorium, bedingt durch den Neubau des Einäscherungsofens, zurückzuführen ist. Letztlich mußten ab 24. 9. Einäscherungen im Krematorium Linz erfolgen und diese haben wesentlich höhere

Kosten, die nicht an die Kunden weiterverrechnet wurden, verursacht. Auch die Neuausgestaltung der Aufbahrungskojen in der städtischen Leichenhalle sowie die Errichtung eines neuen Aufbahrungstisches im Krematorium mit Kosten von rund S 400.000,- bewirkten, daß trotz angehobener Bestattungstarife der Gesamtverlust dieser drei Teilbetriebe nicht verringert werden konnte.

An die Haushalte der Stadt Steyr und der Umlandgemeinden wurden 1987 um rund 57.000 m³ Trinkwasser mehr geliefert, jedoch um rund 100.000 m³ weniger gefördert. Diese netzbedingte Senkung der Wasserverluste ist auf die 1987 erstmalig durchgeführte Erneuerung der Absperrorgane im Verteilungsnetz zurückzuführen. Aber auch die im November 1987 begonnene Leckortung hat bereits einen geringen Beitrag zur Senkung der Netzverluste hervorgerufen. Die laufend durchgeführten Trinkwasseruntersuchungen der beiden Grundwasservorkommen Dietach und Tinsting nach ÖNORM M 6252 und den Erlässen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz zeigen die hohe Qualität des an den Abnehmer gelieferten, unaufbereiteten Trinkwassers. Bemerkenswert ist jedoch, daß beide Trinkwasservorkommen sich nunmehr der europaweiten Tendenz mit steigenden Nitratwerten anschließen. So ist der durchschnittliche Nitratgehalt 1987 gegenüber 1986 um rund 2 mg/l auf 29 mg/l angestiegen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Industrie in Steyr ihren Wasserbedarf zunehmend aus Eigenversorgungsanlagen deckt, so daß deren Trinkwasserbedarf seit 1983 fallende Tendenz aufweist.

Wie bereits eingangs erwähnt, wurden im Gaswerk 1987 rund S 10,08 Mill. investiert, wobei erstmalig der überwiegende Teil Netzerweiterungen in bisher nicht aufgeschlossene Gebiete betroffen hat. Die dadurch erwirkte erhöhte Gasabgabe im Ausmaß von rund 630.000 m³ konnte aber wegen der bereits erwähnten Preissenkung zum 1. 1. 1987 keine Erhöhung der Betriebserträge erwirken, denn diese sind nominell von S 57 Mill. auf S 51,3 Mill. um rund S 6 Mill. gesunken. Das Rohrnetz selbst wurde auf rund 82 km erweitert und hat sich seit der Erdgasumstellung 1974 nahezu verdoppelt.

Die Verluste der Freizeiteinrichtungen Bäder und Kunsteisbahn haben sich nur beim Teilbetrieb Kunsteisbahn erhöht, da in diesem die Anschaffung der Eisoberflächen-aufbereitungsmaschine enthalten ist. Im Freibad wurden gegenüber 1986 um 17.000 Besucher weniger und im Hallenbad um rund 700 Besucher weniger verzeichnet. Auch die Sauna mußte einen Besucherrückgang um 4,93 Prozent oder 1.500 Besucher hinnehmen. In diesem Zusammenhang darf bemerkt werden, daß in den Teilbetrieben Bäder die Kostendeckung durch Einnahmen neuerlich um 0,4 Prozent auf 33,51 Prozent und auf der Kunsteisbahn um rund 7 Prozent auf 29,5 Prozent gesunken ist.

Der Personalstand mit 117 Bediensteten und drei Aushilfen war gegenüber 1986 unverändert. Damit wurde den gesteigerten Dienstleistungserfordernissen der Stadtwerke durch effizienteren Personaleinsatz entsprochen.

Aus meinem Bericht ist ersichtlich, daß die Stadtwerke 1987 vor allem durch die Gesamtinvestitionen im Ausmaß von S 28,62 Mill. einen erheblichen Wirtschaftsfaktor darstellen und neben der Hebung der Versorgungssicherheit mit Erdgas und Trinkwasser auch eine völlige Versorgung des Stadtgebietes anstreben. Auch für die Stadt waren die Stadtwerke wegen der zu leistenden Gebrauchsabgabe in der Höhe von rund S 2,43 Mill. ein nicht unbedeutender Steuerträger.

Abschließend, meine Damen und Herren des Gemeinderates, möchte ich mich bei dieser Gelegenheit bei der Direktion, bei den Mitarbeitern der Stadtwerke für die erbrachten Leistungen im Dienste der Bürger der Stadt Steyr im nun zu Ende gehenden Jahr recht herzlich bedanken. Allen Betriebsangehörigen wünsche ich, soweit es ihr Dienst zuläßt, ein besinnliches Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familien und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Der Antrag des Stadtsenates selbst lautet:

- 4) ÖAG-4187/88
Stadtwerke

Stadtwerke Steyr; Jahresbilanz 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Jahresbilanz 1987 der Stadtwerke Steyr wird genehmigt.

Gleichzeitig wird gemäß § 58 Abs. 4 bzw. § 59 Abs. 2 Z. 1 des StS 1980 der Dotation der Rücklagen (Freie Rücklagen) bei den Teilbetrieben

Wasserwerk S 1,700.000,--

Gaswerk S 2,600.000,--

S 4,300.000,--

=====

sowie der Bildung einer Gasversorgungsförderungs-Rücklage in Höhe von

S 10,023.000,--

=====

zugestimmt.

Ich ersuche unseren Bürgermeister, die Debatte bzw. Abstimmung vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Tremel.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Kollege Stadtrat Steinmaßl hat sehr ausführlich in Ziffern und Zahlen die Bilanz der Steyrer Stadtwerke für das Jahr 1987 erläutert. Ich habe mich auch der Mühe unterzogen, daß ich die Bilanz etwas genauer durchgesehen habe so wie auch gleichzeitig dazu den vorliegenden Überprüfungsbericht, der sehr umfangreich ist, vom Kontrollamt. Dieser gibt sehr viel Aufschluß dem Gemeinderat für weitere Entscheidungen. Die Stellungnahme der kommunistischen Fraktion zur Jahresbilanz der Steyrer Stadtwerke ist in der Richtung besonders zu unterstreichen, daß auch diese Bilanz der Stadtwerke in den Teilbetrieben Verluste, aber auch Gewinne und Rücklagen zu verzeichnen hat.

Die Verluste beim Verkehrsbetrieb, bei der Bestattung, im Krematorium und der Leichenhalle, beim Stadtbad und der Kunsteisbahn betragen zusammen, wie Stadtrat Steinmaßl schon angeführt hat, S 13,735.026,-. Gegenüber der Bilanz aus dem Jahre 1986 kam es zu einer Verluststeigerung von rund 1,6 Millionen Schilling. Allein die städtischen Bäder und die Kunsteisbahn erbrachten einen Verlust von mehr als S 6,5 Mill bei 156.000 Besuchern bzw. Benützern. Auch dabei zeigt sich ein Rückgang der Besucher um rund 40.000 laut Kontrallbericht. Und beim Verkehrsbetrieb kam es zu einem Verlust um mehr als 6,6 Mill, im Vergleich zum Jahre 1986 erhöhte sich allerdings der Verlust um rund 23,5 Prozent. Zu Verlusten kam es auch bei der Bestattung in Höhe von S 280.000,-. Der Grund wurde auch schon erläutert, und zwar aufgrund der Umbauarbeiten im Krematroium und des Transportes nach Linz, wobei infolge meines Vorschlages die Gebühren nicht erhöht wurden. Natürlich kommt es da zu Mehrauslagen für die städtische Bestattung. Auch bei der Leichenhalle und beim Krematorium haben wir einen Verlust in Höhe von S 321.000,- zu verzeichnen. Aber neben den angeführten Verlusten gibt es auch Teilbetriebe, in denen Gewinne und Rücklagen erzielt wurden. Und zwar im Gaswerk und im Wasserwerk in der Gesamthöhe von rund S 4,3 Mill sowie zur Bildung einer Gasversorgungsförderungs-rücklage in Höhe von über S 10 Mill., also insgesamt 14,3 Millionen Schilling.

Dazu kommen Investitionen im Ausmaß von 28,6 Mill.. Ich nehme nur gravierende Investitionen heraus, und zwar für die zwei Autobusse, ein Gelenkbus und ein Stadtbus in der Höhe von S 5,4 Millionen, die bei den Steyr-Werken angekauft wurden. Wasserleitungen wurden mit einem Kostenaufwand von mehr als 8 Millionen Schilling verlegt, darunter Gasleitungen um 7,7 Millionen und die Teilkosten für die Veraschungs-ofenanlage erforderten 2,8 Millionen. Und für die Eisoberflächen-

aufbereitungsmaschine der Kunsteisbahn wurde über 1 Mill. aufgewendet. Neben den von mir angeführten Investitionen im Wasserwerk von mehr als 7,4 Millionen Schilling konnten im Wasserwerk Gewinne und Rücklagen in der Höhe von mehr als 1,7 Millionen Schilling gebildet werden.

Die vorliegende Jahresbilanz 1987 sowie der Überprüfungsbericht zeigen, daß die Stadtwerke Steyr nach kaufmännischen Grundsätzen von den Geschäftsführern Dir. Ing. Wein und Dir. Riedler mit großer Umsicht und mit großem Fachwissen geführt werden. In den Stadtwerken sind 120 Beamte und Bedienstete beschäftigt, die im Finanzjahr 1987 einen Umsatz von rund S 900.000,- pro Kopf erzielten. Allerdings ging der Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Prozent auf 107,8 Millionen Schilling zurück.

In verantwortungsbewußter Arbeit sicherten die Beamten und Bediensteten für die Steyrer Bevölkerung und für die Betriebe die Wasser- und Gasversorgung, den öffentlichen Autobusverkehr, den Badebetrieb im Frei- und Hallenbad sowie in der Sauna und den Betrieb auf der Kunsteisbahn. Wie schon gesagt, die 120 Beschäftigten, einbezogen die Lehrlinge, die Raumpflegerinnen und die Aushilfskräfte in den städtischen Betrieben leisteten, wie aus den Ziffern und Zahlen der Jahresbilanz 1987 ersichtlich ist, eine ausgezeichnete Arbeit.

Abschließend möchte ich zwei Vorschläge unterbreiten. Der erste ist ja nicht neu. Die hohen Strafgeelder von Verkehrssündern sollen nicht zum Stopfen für Budgetlöcher Verwendung finden, sondern sollen zur Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel, der Verkehrsbetriebe, verwendet werden. Nachdem, wie wir im Jänner gehört haben, wurden im Jahre 1987 über 12 Millionen Schilling Strafgeelder in der Stadt Steyr kassiert, davon 8 Millionen an die Stadtkasse abgeführt. Man könnte damit, wie ich schon einmal hier den Vorschlag gemacht habe, zusätzliche Busse anschaffen oder auch den Fahrpreis der städtischen Busse reduzieren und den derzeitigen Verlust von rund 6 Millionen Schilling abdecken. Außerdem, so glaube ich, würde eine solche Maßnahme zu einer Frequenzsteigerung bei der Benützung der städtischen Busse führen und zweitens schlage ich vor, daß die Werbung für unsere städtischen Betriebe verstärkt bzw. moderner gestaltet wird. So könnte ich mir neben den Werbeeinschaltungen im Steyrer Amtsblatt und fallweise in Wochenzeitungen die Werbung mit einem Faltprospekt vorstellen. Die Verteilung würde nichts kosten, sie könnte durch das Bus- und Bäder- sowie Kunsteisbahnpersonal erfolgen. Dadurch käme es sicher zu einer Besucherfrequenzsteigerung der Bäder und der Kunsteisbahn und auch unserer Autobusse.

Der Jahresbilanz werde ich selbstverständlich die Zustimmung geben.

Aber erlauben Sie mir doch noch abschließend einige grundsätzliche Bemerkungen. Ein Wunsch der FPÖ-Fraktion zum Budget 1989 der Stadt Steyr ist die Teilprivatisierung der Stadtwerkebetriebe. Nach ihrer Ansicht sollen die städtischen Unternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt und Aktien zum Verkauf angeboten werden. Analog jener Privatisierungsmaßnahmen, die durch die Bundes- und Landesregierung bereits zum Zwecke der Sanierung der Haushalte gesetzt wurden, so z. B. bei der OKA, bei der ÖMV, den Bundesforsten und anderen.

Am 1. Juli 1988 beschloß bekanntlich der oö. Landtag, das möchte ich betonen, in voller Eintracht von ÖVP, SPÖ und FPÖ, die Privatisierung von Landeseigentum zu forcieren. Daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, kommt nun der Vorstoß der Steyrer FPÖ zur Teilprivatisierung der Betriebe der Steyrer Stadtwerke. Als Landesparteiobmann der KPÖ habe ich bereits vor der Debatte im Landtag jede Privatisierung von Landeseigentum und Kommunalbetrieben abgelehnt. Und ich spreche mich daher auch heute entschieden gegen jegliche Privatisierung der Steyrer Stadtbetriebe aus. Bekanntlich werden ja für die Privatisierung im allgemeinen vor allem die lukrativen Bereiche vorgeschlagen, während die defizitären, aber für das allgemeine Wohl unumgänglich notwendigen weiterhin der öffentlichen Hand verbleiben sollen. Durch eine Privatisierung der finanziell einträglichen Bereiche verliert aber die öffentliche Hand hier in Steyr Deckungsbei-

träge für die verbleibenden Aufgaben, was letztlich zu Belastungen durch Tarifierhöhungen führen muß für die breite Bevölkerung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml. Kollege Eichhübl ist der Nächste.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Auch diesmal, bei der Vorlage der Jahresbilanz der Stadtwerke für 1987, verehrte Herren Bürgermeister, wertere Damen und Herren des Gemeinderates, darf ich feststellen, daß die Bilanzen der Stadtwerke eine immer wiederkehrende und gleichbleibende Problematik darstellen. Wenn man bedenkt, daß einerseits Gewinne in Millionenhöhe ausgewiesen werden, aber andererseits auch Verluste in Millionenhöhe aufscheinen. Es wird auch immer wieder zu gleichbleibenden Diskussionsbeiträgen von Seiten der freiheitlichen Partei führen und ich darf auch heute wieder auf den Vorschlag, den wir immer wieder gemacht haben, nämlich eines finanziellen Ausgleiches zwischen den Teilbetrieben der Stadtwerke, hinweisen. Ich darf feststellen, daß die Tarifierhebungen in den letzten Jahren in mehreren Bereichen nicht notwendig gewesen wären und wir sie daher auch abgelehnt haben. Geändert, meine Damen und Herren des Gemeinderates, haben sich aber auch die Ziffern und Zahlen und ich darf einige hier zum Vergleich nennen.

Sie betreffen die Teilbetriebe der Stadtwerke gesamt. 1985 Verlust 12,263.235,- Schilling, freie Rücklagen und Gewinne 5,743.588,- Schilling. Das ergibt dann einen tatsächlichen Verlust in der Höhe von 6,519.646,- Schilling. 1986 Verlust S 12,253.545,-, freie Rücklagen und Gewinne S 4,753.760,-. Dazu kommt erstmals eine sogenannte Gasversorgungs-Förderungsrücklage in der Höhe von S 4,118.000,-. Tatsächlicher Verlust daher S 3,381.829,-.

Nun, meine Damen und Herren, zu den Zahlen der heute vorliegenden und zu beschließenden Bilanz der Stadtwerke 1987.

Verlust S 13,735.026,-, freie Rücklagen und Gewinne S 4,388.210,-. Berücksichtigt man jetzt die Gasversorgungs-Forderungsrücklage von S 10,023.000,- so wäre an sich der Verlust ja aufgehoben. Tatsächlich aber, meine Damen und Herren, stieg in den Teilbereichen Verkehrsbetrieb der Verlust von 1986 auf 1987 von 5,391.720 Schilling auf 6,660.985,- Schilling. Beim Krematorium und der Leichenhalle von S 143.950,- auf S 321.426,-. Bei der Kunsteisbahn von S 993.053,- auf S 1,381.365. Der Verlust beim Stadtbad hat sich etwas reduziert, er betrug 1986 S 5,245.870,- und 1987 S 5,179.371,-. Jedenfalls waren Verlustabdeckungen seitens der Stadt in entsprechender Millionenhöhe 1987 notwendig.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier sehr deutlich feststellen, daß man bei der Betrachtung dieser Zahlen und dieses Zahlenwerkes nicht vergessen darf, daß dahinter Menschen stehen, nämlich die Bediensteten der Stadtwerke, die unter Leitung und Führung der verantwortlichen Herren Ing. Wein und OAR Riedler auch 1987 bemüht waren, der Steyrer Bevölkerung, den Bürgern unserer Stadt, gute Dienstleistungen anzubieten. Dienstleistungen, die nicht zur Gewinnerzielung heranzuziehen sind, wie es im SPÖ-Parteiprogramm steht. Dienstleistungen, die aus verschiedenen Gründen nicht kostendeckend sein können, weil beispielsweise sehr oft die Rahmenbedingungen fehlen. Trotzdem oder gerade deswegen ist es angebracht, sich um eine finanzielle Verbesserung der Stadtwerke Gedanken zu machen. Daher haben wir auch immer seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion Vorschläge gemacht, z. B. die Einführung von Kurzstreckentarifen, den Einsatz eines City-Busses, die Einführung von Familientarifen vor allem auch im Stadtbadbereich verlangt. Oder wir haben auch verlangt, generell zu überprüfen, welche Dienstleistungen man attraktiver gestalten kann, um zu mehr Einnahmen zu gelangen.

Hier sei auch, so wie Kollege Treml es bereits ausgeführt hat, eine verstärkte Werbetätigkeit seitens der Stadtwerke zu nennen. Das, meine Damen und Herren,

waren nur einige Anmerkungen. Leider ist es ja zu den Gesprächen der Fraktionsobmänner mit dem Referenten der Stadtwerke, Stadtrat Steinmaßl, nie gekommen. Nachdenklich stimmt, meine Damen und Herren, daß auch 1987 bei der Bestattung ein Verlust von S 280,088,- zu verzeichnen ist. Private Unternehmungen mit gleichen Tarifen, darf ich feststellen, und deren Angestellte so wie Familien leben davon. Das ist nur ein Beispiel und ein Grund, meine Damen und Herren des Gemeinderates, warum wir eine Universitätsstudie gefordert haben um zu überprüfen, wo und in welchen Bereichen Privatunternehmer effizienter als die öffentliche Hand Leistungen erbringen können. Aber darauf werde ich noch im Rahmen meiner Ausführungen zum Budget 1989 zurückkommen.

Der Jahresbilanz 1987 der Stadtwerke gebe ich namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, auch ich habe den Eindruck, daß die Stadtwerke, im politischen und auch finanziellen Konzept der Stadt Steyr etwas sind, das man einfach hat, das man seufzend zur Kenntnis nimmt, wo man einfach die Zeche bezahlt und das Ganze so betreibt, wie man es halt immer betrieben hat, ein bißchen lustlos und vor allen Dingen ideenlos. Ich denke, das müßte nicht so sein. Es sind heute schon einige Aufforderungen gekommen, daß man wieder einmal sich zusammenreißt und sagt, nicht resignieren, neue Ideen, versuchen, eine bessere Kostendeckung zu erreichen. Ich möchte auch einiges dazu sagen, einiges habe ich schon gesagt in der Vergangenheit. Es gibt in deutschen und schweizerischen Städten eine ganze Menge Versuche, die man gemacht hat, um den Stadtwerken ein positiveres Image zu geben, um neue Leistungen anzubieten. Ich möchte hier nur eines erwähnen, diese Umsteigtarife für Autofahrer, daß man denen eine Möglichkeit gibt, zu günstigeren Konditionen mit den städtischen Omnibussen zu fahren, wenn sie dafür ihren privaten Pkw nachweislich stehen lassen für die Fahrt, z. B. die tägliche Fahrt zum Arbeitsplatz. Hier gibt es langjährige Versuche, hier gibt es Erkenntnisse, hier gibt es Ergebnisse. Man könnte sich diese Zahl von anderen Städten holen und schauen, was das für Steyr bringen würde.

Die weitere Möglichkeit wäre, doch einmal einen Versuch zu machen für dieses park and ride System. Der Herr Bürgermeister hat in seinen Eintrittsbemerkungen unter anderem auch über das Problem Ennsner Knoten gesprochen. Ein, wie ich denke, nicht lösbares Problem auf die Art und Weise, denn mehr Verkehrsflächen bringen automatisch mehr Verkehr in unsere Stadt. Das wiederum bedingt, daß die Verkehrsflächen stärker genutzt werden und wiederum wird der Ruf nach mehr Verkehrsflächen laut. Wenn man sich hier nicht zu einem qualitativen Umstieg entschließt, wird sich da nichts machen lassen. Mit Kopfschütteln allein werden wir auch nicht weiterkommen, aber vielleicht ist es symptomatisch für die Art und Weise, wie man bisher an das Problem herangeht.

Ich glaube, man müßte es versuchen. Soweit ich weiß, es gibt jetzt die rechtliche Möglichkeit, daß der Bürgermeister eine Maut einhebt an der Stadtgrenze für alle jene, die in die Stadt hineinfahren wollen. Man könnte es alternativ gestalten, daß man versucht eine positive Maut, daß also die Leute eine Chance haben, die jeden Tag quer durch die Stadt fahren, z. B. vom Steyrtal zu den BMW-Werken und retour. Auf die Art und Weise versuchen, nicht nur eine bessere Kostendeckung der Stadtwerke zu erreichen, sondern auch eine geringere Verkehrsfrequenz durch private Pkw und eine geringere Abgasbelastung in unserer Stadt. Denken Sie bitte nur daran, daß wir glücklicherweise in Steyr kaum große industrielle Luftverschmutzer haben. Wollen wir aber bessere Luftqualität haben - der Ruf wird immer mehr und mehr laut - gibt es nur zwei Möglichkeiten. Den Individualverkehr ent-

weder zu verringern oder die Abgasbelastung der einzelnen Pkw zu verringern und/oder den Hausbrand in seiner Qualität zu verbessern bzw. zu reduzieren. Beides sind Dinge, die unmittelbar mit den Leistungen, die die Stadtwerke für uns bringen, verbunden sind.

Ich denke mir, man könnte vieles versuchen, man muß es nur auch tun. Ein weiterer Punkt ist das Gasversorgungsnetz, zu dem ich Stellung nehmen möchte. Ich würde mir wünschen, daß dieses städtische Gasversorgungsnetz langfristig und intensiv ausgebaut wird, daß jeder Steyrer, der selber eine Heizanlage betreibt, genau weiß, wann und ab wann kann er mit einer Gasleitung rechnen. Ich kenne viele Leute z. B. aus Klein aber Mein, die vor 10, 15 oder 20 bis 30 Jahren gebaut haben, die Heizanlage wird alt und kaputt, sie hätten gerne auf Gas umgestellt. Es gibt aber keine Gasleitung, infolgedessen eine neue Heizanlage wird angeschafft mit Erdöl. Hätten wir die Gasleitung dort, würden sich viele Leute sicher für Gas entscheiden. Es ist einfach auch kostengünstiger, es rechnet sich besser. Wiederum ein Beitrag, wie wir die Luftqualität in unserer Stadt verbessern könnten.

Ich würde mir wünschen, daß auf diesem Sektor sehr viel mehr geschieht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Im Anschluß, werte Kolleginnen und Kollegen, an das, was Kollege Pragerstorfer gerade gesagt hat. Dazu kann man eigentlich nur sagen, bitte lesen Sie nach im Protokoll von vergangenen, vorvergangenen, vorvorvergangenen Sitzungen, Die Themen sind schon vielfach erörtert worden und angerissen worden. Es ist versucht worden, das anzudiskutieren. Das Ergebnis war außer einzelnen Gesprächen leider Gottes nichts. Es gibt auch nach wie vor keine schlüssige Antwort auf die Frage, die im vergangenen Jahr gestellt wurde nach der Anschlußfreudigkeit der gut dimensionierten Leitung in Münichholz, wenn Ihr Euch erinnert liebe Kollegen. Da gibt es am Ende von Münichholz Abnehmer und die Häuser dazwischen wurden nicht aufgefordert, anzuschließen. Es gibt schon verschiedene Dinge, die man optimieren könnte.

Die Stadtwerke sind offensichtlich teilweise noch in der Mentalität des Verteilungsmarktes drinnen. Daß aber hier Lenkungsarbeiten durch Öffentlichkeitsarbeit auch verbunden sein könnten, das ist vielleicht noch nicht so transparent, wie es in der wirtschaftlichen Führung transparent sein sollte. Es gibt sicherlich da einiges zu kritisieren. Im Detail will ich das jetzt gar nicht machen. Ich werde ohnehin in der Replik dann sofort die Antwort bekommen, daß das alles nicht wahr ist und daß das alles nicht geht, weil das alles so schwierig ist. Das gleiche trifft ja auch für die städtischen Linienführungen zu, wo immer wieder behauptet wird, das kann man nicht ändern. Ich glaube, wenn man bedenkt, daß der städtische Autobus nicht schienengebunden ist, daher auch nicht auf Schienen fahren muß, so daß seine Wege auch nicht einbetoniert, einzementiert oder einasphaltiert sein müßten, so könnte man auch über die Linienführungen nachdenken dort, auch über die Akzeptanz der städtischen Linien. Ich schließe mich dem Kollegen Pragerstorfer an, weil er die Forderungen aus Vorjahren wiederholt hat, daß man auch über die Tarife nachdenken müßte und über ein positives, offensives Tarifmarketing sicherlich auch eine höhere Akzeptanz der städtischen Verkehrsmittel erreichen könnte. Man müßte nur wollen. Da gäbe es verschiedenes. Wenn man aber nicht bereit ist, aus den bisher eingefahrenen Wegen herauszudenken, und nicht nur zu denken, sondern auch zu gehen, so wird man wahrscheinlich keine Änderung erreichen. Das sagt ein wenig resignierender Holub dieser doch sehr unaufmerksamen Runde.

Zur Bilanz der Stadtwerke möchte ich weiter gar nichts mehr sagen, die Zahlen sind erörtert worden, die Schlußfolgerungen sind gezogen worden. Man könnte vielleicht noch die eine oder andere Spitze anbringen, das will ich aber nicht, weil es weder spektakulär noch zielführend ist. Man soll wirklich dann kritisieren, wenn man Hoffnung hat, daß aus der Kritik sich etwas verändert. Weil ich diese Hoffnung kurzfristig nicht haben kann, übe ich auch keine Kritik. Wir stimmen der Bilanz der Stadtwerke zu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Werte Kolleginnen und Kollegen, zu Kollegen Treml möchte ich ehrlich und offen sagen, danke schön für Deine mehr oder weniger lobenden Worte und auch danke schön für Deine Einstellung, daß eine Privatisierung sicherlich nur bei den Teilbetrieben, die Gewinne abwerfen, möglich wäre. Die anderen könnten wir uns sozusagen auf den Hut stecken. Das gilt auch für Dich, lieber Kollege Eichhübl, für Deine Fraktion.

Außerdem möchte ich eines sagen, daß die Gewinne und Verluste der einzelnen Teilbetriebe nicht verschachtelt werden können. Sie können wohl verschachtelt werden, nur fragt sich dann, wer zahlt die Investitionen der Gewinnbetriebe? Denn dann haben wir keine Gewinne mehr, dann können wir auch nichts mehr investieren. Dann können wir weder eine Gas- noch eine Wasserleitung erneuern bzw. verbreitern und verlängern, so wie es gewünscht wird von der Bevölkerung. Das wäre zu dem zu sagen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist nur gut, daß wir nicht so aufmerksam zuhören.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Zu Kollegen Pragerstorfer möchte ich eines sagen. Das Umsteigen der Privatautofahrer in öffentliche Verkehrsmittel ist ein wenig problematisch. Ich will nur daran erinnern, wie der Smog-Alarm in Graz war, da hat sich beinahe kein einziger Autofahrer bereiterklärt, sein Auto zuhause stehen zu lassen und mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zu fahren. So einfach, wie man sich das da heraußen vorstellt, wie man es da heraußen sagen kann, ist es beileibe nicht.

Zu Kollegen Vizebürgermeister Holub möchte ich sagen, daß im Frühjahr Gespräche zwischen den Stadtwerken und der WAG in Münichholz geführt werden bezüglich der Anschlußmöglichkeiten mit Gas. Die WAG, soweit wissen wir das schon, ist aber nur dann bereit, den einzelnen Abnehmern eine Investitionshilfe zu gewähren, wenn mindestens 60 Prozent der dort Ansässigen einen Anschluß wünschen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Gestatten Sie mir den Zwischenruf. Genau um diese Erhebung haben wir vor einem Jahr gebeten und jetzt bekommen wir die Zusage, daß im nächsten Jahr mit der WAG gesprochen wird. Da muß man doch zugeben, daß die Kritik nicht ganz unberechtigt ist, daß da ein gewisses Defizit an Dynamik festzustellen ist.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich darf Dich erinnern an die letzte Gemeinderatsitzung, wo ausdrücklich auf Anfrage des Herrn Bürgermeisters die beiden Direktoren bzw. Direktor Wein erklärt hat, daß die Anfragen an die WAG und auch an die dort wohnenden Mieter erfolgt sind. Ein klärendes Gespräch kann man leider Gottes erst im Frühjahr führen,

weil ja die WAG von sich aus nicht bereit ist, irgendwelche Umbauten für ihre Mieter zu bezahlen. Ich kann nicht mehr sagen.
Herr Bürgermeister ich darf bitten um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GÄL) angenommen.

Ich danke Kollegen Steinmaßl für seinen Beitrag. Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Die Liegenschaften Wehrgrabengasse 31, das Josefslazarett, und die Liegenschaft Wehrgrabengasse 45 sollen verkauft werden. Der Antrag des Stadtsenates dazu lautet:

5) ÖAG-3362/88

Verkauf der Liegenschaften Wehrgrabengasse 31 (Josefslazarett) und Wehrgrabengasse 45/47 (Färberei Keller) an die Ehegatten Ing. Günter und Elisabeth Mayr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf der beiden Liegenschaften Wehrgrabengasse 31 (Josefslazarett) mit verbauten und unverbauten Grundflächen im Gesamtausmaß von 1.223 m², EZ. 829 KG Steyr und Wehrgrabengasse 45/47 (ehemals Färberei Keller) mit verbauten und unverbauten Grundflächen im Ausmaß von 1.276 m², EZ 2075 KG Steyr, an die Ehegatten Ing. Günter Mayr, Baumeister und dessen Gattin Elisabeth Mayr, beide Inhaber der Baufirma Mayr-Bau GesmbH Steyr, Seitenstettner Straße 28 a, zum Preise von insgesamt S 1,4 Millionen, zahlbar bei Vertragsabschluß, wird zugestimmt. Für den Verkauf gelten die im Amtsbericht der Magistratsdirektion detailliert beschriebenen Bedingungen und Auflagen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für den Antrag. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir haben uns ja schon einmal in einem anderen Forum über diesen Verkauf unterhalten. Dieser Verkauf wurde zwar jetzt nicht von Stadtrat Zöchling so begründet, wie es im Amtsblatt heißt, der Verkauf wird von der Mehrheitsfraktion begründet mit der angespannten Vermögenslage der Stadt Steyr. Beide Liegenschaften im Ausmaß von rund 2.500 m² sollen zum Preis, wie er uns hier berichtet hat, von S 1,4 Millionen verkauft werden. Ich möchte auch hier im Gemeinderat gleich vorausschicken, daß die ablehnende Haltung der KPÖ-Fraktion nicht gegen die Ehegatten Ing. Günter Mayr und dessen Gattin Elisabeth gerichtet ist, sondern es geht uns dabei um unsere grundsätzliche Haltung zum Gemeindeeigentum, im besonderen auch zu den gemeindeeigenen Wohnhäusern. Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat am 28. Juni 1984 einstimmig ein Entwicklungskonzept für die Stadt beschlossen. Im Kapitel Wohnen werden unter anderem zur Stadterneuerung und Revitalisierung festgelegt. Da heißt es wörtlich: " Besondere Bedeutung kommt dem Wohngebiet Wehrgraben zu. In dieses Gebiet ist der Schwerpunkt zur Sanierung des vorhandenen Althausbestandes zu verlegen. Weiters heißt es, eine Initialzündung soll von der Erneuerung und Instandsetzung von Gebäuden ausgehen, die sich eben im Eigentum der Stadt Steyr befinden. Nun, meine Damen und Herren, welche Gebäude sind

denn im Wehrgraben im Besitz der Stadt Steyr? Die Stadt Steyr besitzt in diesem Stadtteil Wehrgraben nur 2 alte Wohnhäuser und das sind die zum Verkauf jetzt vorgeschlagenen Häuser. Dieser gemeindeeigene Hausbestand soll nun um die beantragten 1,4 Millionen Schilling veräußert werden. Um 1.100.000 Schilling die Liegenschaft Wehrgrabengasse 31, also das Josefslazarett, mit einer Gesamtfläche von 1.223 m². Wobei die Wohnfläche 578 m² beträgt. Und die Liegenschaft Wehrgrabengasse 45/47 um ganze S 300.000,-. Dabei handelt es sich, wie Sie ja selbst wissen, um das Betriebs- und Wohngebäude der ehemaligen Färberei Keller. Die Gesamtfläche beträgt dort 1.276 m², davon im Hauptgebäude 564 m², in dem sind derzeit noch 6 Mietparteien - sprich Gemeindemieter. Es ist auch bekannt, daß das Josefslazarett ein ehemaliges Armenhaus war und in den letzten Jahrzehnten zum Wohnhaus wurde. Dieses alte historische Haus wurde urkundlich bereits 1683 erwähnt und ist bis zu dieser Stunde noch im Besitz der Stadtgemeinde. Aber nach den Beschlüssen des Gemeinderates soll dieses Haus, weil es so alter Hausbestand ist, revitalisiert werden. Zur Revitalisierung dieses historischen Hauses wurden auch bereits umfangreiche Vorarbeiten der Stadt geleistet. So liegen nämlich hier in diesem Haus im vierten Stock, glaube ich, die Pläne über den Umbau und dessen Kosten vor. Außerdem wurden bis auf zwei Mieter sämtliche bereits ausgesiedelt. Für diese sozial schwachen Mieter wurde ja bekanntlich am Tabor ein großes Haus saniert mit Kosten von einigen Millionen Schilling. Die KPÖ-Fraktion, das möchte ich noch einmal unterstreichen, ist gegen den Verkauf. Sie ist vielmehr für die Revitalisierung dieses Hauses, und zwar soll es wieder demursprünglichen Zweck zugeführt werden, nämlich, daß Gemeindewohnungen in diesem Gebäude errichtet werden. Gleichzeitig wäre dies ein Anteil der Stadtgemeinde an der Realisierung dieses Wohngebietes, des Wehrgrabens. Es ist Ihnen sicher auch nicht unbekannt, daß entlang des rechten Wehrgrabenkanals sich alte Häuser befinden, die sich in einem äußerst desolaten Zustand befinden. Sämtliche Häuser, von Wehrgrabengasse 31 beginnend bis zum Museum der Industriellen Arbeitswelt, mit Ausnahme der Gaststätte "Knapp am Eck" sind ebenerdig nicht bewohnt und befinden sich in Privatbesitz. Um dieses Wohngebiet zu sanieren, bedarf es einer großen Förderung nicht in erster Linie der Stadt, sondern des Bundes und des Landes. Es gibt zum Beispiel in der Stadt Krems eine über 30jährige Erfahrung in der Altstadtsanierung. Kollege Holub hat einen Spezialisten berufen nach Steyr, der hier einen Vortrag gehalten hat. Ich bin der Auffassung, daß man auch diese Erfahrungen als Vorbild nimmt für die Revitalisierung des Steyrer Wehrgrabens und des Altstadtgebietes. Außerdem könnte die Sanierung mit der notwendigen Förderung von Bund, Land und Gemeinde wesentlich billiger kommen als jeder Neubau irgendwo am Rande unserer Stadt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Pragerstorfer ist der Nächste.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, in der kurzen Geschichte der GAL Steyr ist der Kampf um den Wehrgraben, oder wie wir besser gemeint haben, die Revitalisierung des Wehrgrabens ein wichtiger Startpunkt, damit die GAL überhaupt gegründet worden ist und mithin eine der Wurzeln, daß das Übel Pragerstorfer bis in den Gemeinderat gekommen ist. Zusätzlich zur grundsätzlichen politischen Einstellung, für die Revitalisierung dieses Stadtteiles zu kämpfen, kommt bei mir auch noch die persönliche Situation hinzu, daß ich Mitbesitzer der Nachbarliegenschaft Wehrgrabengasse 33 bin. Also zumindest beim Josefs-Lazarett ein eminentes persönliches Interesse habe, daß diese Liegenschaft entsprechend renoviert wird und daß die Besitzverhältnisse so sind, daß ich in gut nachbarschaftlichen Verhältnissen dort unten meinen Betrieb weiterführen kann.

Ich möchte auch nicht verschweigen, daß ich bei der Ausschreibung der Stadt Steyr selber Interesse gezeigt habe, diese Liegenschaft, das Josefs-Lazaratt, zu erwerben. Mir die Kostenkalkulationen der Stadt durchgesehen habe und die ganzen Verkaufsbedingungen und habe feststellen müssen, daß die einzige Möglichkeit, die Bedingungen der Stadt zu erfüllen, und halbwegs verkaufbaren und verwertbaren Wohnraum herzustellen, den man innerhalb von 20 oder 25 Jahren, ohne daß man ständig Geld dazuschießt, das Geld wieder hereinbekommt, nur dann machen kann, wenn man eine Baufirma besitzt und die Sanierungsarbeiten zu den Bedingungen, die die Stadt in den Vertrag schreiben wird, zu Eigenkosten macht. Jeder andere, auch die Stadt Steyr, die diese Aufträge vergibt, und sie nicht selber ausführen kann, kommt zu Quadratmeterkosten in der Größenordnung von S 20.000,-/m². Da sind wir etwa beim Doppelten dessen, was die Höchstsätze der Landeswohnbauförderung sind. Sie können sich also vorstellen, daß das kein sehr guter Startpunkt ist, um dort drinnen Wohnraum zu schaffen für Leute, die sozial schwach sind. Selbst wenn es die Stadt Steyr behalten hätte, müßte sie schauen, möglichst hohe Mieten zu bekommen. Ich habe deshalb auch begrüßt, daß die Stadt Steyr das Gebäude verkauft. So weit mir bisher aus privaten Quellen bekannt ist, ist von Seiten des zukünftigen Nachbarn und auch von Seite des Gemeinderates Pragerstorfer nichts bekannt, was gegen die Ehegatten Mayr spricht. Bis auf eine kleine Angelegenheit. Baumeister Mayr hat vor einigen Jahren bereits ein so großes Haus von den Steyr-Werken in der Fabrikstraße gekauft und bis heute keinen Handgriff unternommen, um das Haus zu sanieren. Mir ist glaubhaft versichert worden, daß das nicht so bleiben wird und daß das Gründe hat, die nicht in seinem Bereich liegen, sondern daß einfach abgewartet wird, bis eine Lösung für die Frauenstiege gefunden wird. Ich hoffe sehr, daß mit erheblichen privaten Mitteln - die Rede ist von 12 bis 15 Millionen Schilling - diese Liegenschaft wirklich innerhalb dieser zwei oder drei Jahre saniert werden wird.

Ich möchte auch sagen, daß ich durchaus Interesse habe als Privatperson, wenn es die Möglichkeit gibt, einen Teil dieses Hauses als Wohnung zu kaufen, weil ich finde, daß dieses Sanierungskonzept, das Herr Architekt Scheuer da ausgearbeitet hat, wirklich ausgesprochen gut gelungen ist. Von meiner Seite und wie ich feststellen konnte auch von Seiten der GAL ganz offiziell stimmen wir diesem Verkauf zu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe an und für sich nicht vorgehabt, mich zu diesem Tagesordnungspunkt heute vor diesem Gremium zu Wort zu melden, Zumal ja bereits darauf hingewiesen wurde, daß wir bereits mehrmals Gelegenheit gehabt haben in anderen Kreisen, sehr ausführlich über den geplanten Verkauf dieser Liegenschaften im Wehrgraben zu sprechen. Ich möchte aber doch diese Gelegenheit benützen und darauf hinweisen, daß gerade der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion der Stadtteil Wehrgraben im besonderen Maß immer am Herzen gelegen ist. Das hat ja auch die damalige Aktion, die Unterschriftenaktion, "Rettet den Wehrgraben" bewiesen. Ich möchte jetzt gar nicht von damals anfangen, denn heute, glaube ich, sind wir alle miteinander froh, daß der Stadtteil Wehrgraben nicht dem zugeführt wurde, wie es eigentlich seitens der Stadt einmal geplant war. Zurückkommend auf den Verkauf dieser Liegenschaft darf auch ich feststellen, daß ich diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung gebe, weil ich die Auffassung verrete, daß es notwendig ist, daß endlich Revitalisierungsmaßnahmen in verschiedensten Bereichen im Wehrgraben durchgeführt werden sollen.

Ich bedaure aber, das muß ich auch hier zum Ausdruck bringen, daß die Stadtgemeinde Steyr, offensichtlich aus irgendwelchen Gründen, nicht in der Lage war, diese Revitalisierungsmaßnahmen beim Josefs-Lazarett durchzuführen und bereits entsprechende Mittel, wie Kollege Treml schon hingewiesen hat, wie Aussiedlung und dergleichen mehr, aufgewendet hat. Nochmals, dem Antrag gebe ich trotzdem die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke, Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich möchte nur, weil das schon einige Male angezogen wurde, Stellung nehmen zur Aussiedlung der Mieter, da könnte nämlich ein falscher Eindruck entstehen. Die Mieter sind nicht etwa vor Jahren deshalb ausgesiedelt worden, im Einvernehmen aller Fraktionen, damit man die Braut schön und das Haus dann möglichst günstig verkaufen kann, sondern weil der Wohnraum, der dort zur Verfügung gestanden ist, menschenunwürdig war zu dem damaligen Zeitpunkt und heute auch nach wie vor die beiden restverbleibenden Mieter dermaßen am sozialen Rand sind, daß sie sich offenbar nicht bewegen lassen, den Wohnsitz zu verändern. Zumindest derzeit noch nicht. Nur zur Klarstellung des Bildes, unter dem sich dieser Verkauf jetzt angeboten hat. Die Aussiedlung war also nicht, um den Verkauf zu ermöglichen, sondern die Aussiedlung war, um Revitalisierungsmaßnahmen am Haus zu ermöglichen. Es ist dann offensichtlich durch diverse Schwierigkeiten verursacht, nicht zügig weiter gegangen mit dem Projekt der Revitalisierung, so daß ich auch namens der ÖVP-Fraktion sagen muß, ich habe mehr Vertrauen dazu, daß die Privatinitiative eines Bauunternehmers das Revitalisierungsprojekt zum Erfolg bringen wird. Aber es wird auch dem Bauunternehmer nichts anderes übrig bleiben, als die öffentlichen Förderungen in Anspruch zu nehmen. Nicht nur die Wohnbauförderung, sondern auch die Mittel, die Bund und Land für die Erhaltung von Einzelobjekten, wenn sie denkmalgeschützt sind oder wenn sie besonders schutzwürdig sind, wie in diesem Fall, anzusprechen. Ich glaube, daß wir seitens der Stadt sehr gut beraten sind, wenn wir - wenn der Beschluß jetzt gefaßt ist - dem zukünftigen Hauseigentümer in dieser Hinsicht jede Hilfe angedeihen lassen. Ich glaube, daß wir sehr gut beraten sind, diesem Beschluß zuzustimmen, weil dann endlich auch glaubhaft ein Signal gesetzt wird, das nicht nur in den Planunterlagen des Baureferates in der Stadt vorhanden ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub. Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich kann mich mit meinem Beitrag sehr kurz fassen, es ist ja schon sehr viel gesagt worden auf diesem Gebiet. Wir als Stadt haben es uns wirklich nicht leicht gemacht mit diesen beiden Liegenschaften, insbesondere nicht wegen dem Josefs-Lazarett. Kollege Scheuer hat sich ja wirklich eingehend damit befaßt, hat die Pläne ausgearbeitet, von denen heute schon gesprochen wurde und die wirklich großartig gelungen sind. Gescheitert, daß die Gemeinde das macht, ist es an den hohen Kosten. Aber das ist ja auch schon gesagt worden. Kollege Pragerstorfer hat sicherlich recht, das Ehepaar Mayr - Herr Mayr ist ja Baumeister in unserer Stadt - hat da leichter die Möglichkeit, preisgünstiger zu arbeiten, als wenn die Stadt das vergibt. Wir würden Mieten herausbringen, die von niemandem zu bezahlen wären. Die Stadt müßte viele viele Millionen dazuschießen. Wenn ich mich richtig erinnern kann, wäre der Umbau beim Josefs-Lazarett auf ca. 15 Millionen Schilling gekommen. Sie können sich vorstellen, wel-

che Mieten da herausgekommen wären. Oder die Stadt hätte die 15 Millionen einfach so hingelegt und gesagt, na gut, reden wir nicht mehr darüber und legen wir einfach die Mieten fest. Das geht aber auch nicht. Im Hinblick auf unsere derzeitige Finanzlage war dieser Verkauf die bestmögliche Lösung und wir erreichen dadurch sicherlich auch, daß die Revitalisierungsmaßnahmen rasch durchgeführt werden können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Noch jemand? Der Referent verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegen den Antrag? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (KPÖ) angenommen.

Ich danke Kollegen Zöchling. Nächster Berichterstatter ist Kollege Wippersberger.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, meine Damen und Herren!

Ich habe Ihnen insgesamt 4 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Beim ersten meiner insgesamt 4 Anträge handelt es sich um eine Darlehensaufnahme in der Höhe von 15 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von 10 Jahren bei der Sparkasse Steyr. Dieses aufzunehmende Geld wird für laufende Umbaumaßnahmen in unserem Zentralaltersheim gebraucht. Aufgrund von Verhandlungen mit dem Sozialreferat des Landes mit dem zuständigen Sozialreferenten, insbesondere Herrn Landesrat Ing. Hermann Reichl, übernimmt das Sozialreferat des Landes die gesamte Tilgung für dieses Darlehen. Ich darf - ich bin sicher, ich spreche auch in Ihrem Namen - von dieser Stelle aus Herrn Landesrat Ing. Hermann Reichl dafür namens der Stadt den allerbesten Dank aussprechen, denn das ist eine echte, großzügige finanzielle Hilfestellung für unsere Stadtfinanzen. Insgesamt geht es um 15 Millionen Schilling bei der Sparkasse Steyr mit einer Laufzeit von 10 Jahren.

Ich bitte Sie, folgendem Antrag die Zustimmung zu geben:

6) Ha-70003/88

Aufnahme eines Darlehens bei der Sparkasse Steyr für Investitionen im Zentralaltersheim.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Aufnahme eines Darlehens in Höhe von S 15.000.000,- bei der Sparkasse Steyr mit einer Laufzeit von 10 Jahren und den im Amtsbericht der Magistratsabteilung II vom 23. November 1988 angeführten Darlehensbedingungen wird zugestimmt.

Die MA II wird ermächtigt, anläßlich der Unterfertigung des Darlehensvertrages die sonstigen Darlehensbedingungen festzulegen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand wenn Sie zustimmen? Danke. Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Aktontozahlung für den Kostenanteil 1988 an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in Höhe von S 6.766.000,-. Ich bitte Sie, folgendem Antrag die Zustimmung zu geben:

7) Wa-5450/75

Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung;
Mitgliedsbeitrag 1988 - Akontozahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Anweisung einer a-conto-Zahlung für den Kostenanteil 1988 an den Reinhal-
tungsverband Steyr und Umgebung in Höhe von S 6,766.000,- wird zugestimmt.
Zu diesem Zweck wird die Freigabe des Betrages in Höhe von S 6,766.000,- bei
der VA-Stelle 1/6210/774000.1 genehmigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Ent-
haltungen? Auch hier Einstimmigkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein dritter Antrag befaßt sich mit dem Feuerwehrdepot Schiffmeistergasse, und
zwar den Ausbau des Obergeschosses. Der Antrag lautet:

8) ÖAG-4119/83

Bau5-7060/87

Feuerwehrdepot Schiffmeistergasse;
Ausbau des Obergeschosses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 18. 10. 1988 wird der Freiwilligen
Feuerwehr der Stadt Steyr, Sierninger Straße 53, Steyr, für den Ausbau des Feu-
erwehrdepots Schiffmeistergasse, 1. Ausbaustufe, eine Subvention in der Höhe
von S 188.000,- gewährt. Die Ausbezahlung der Subvention hat nach der Rech-
nungslegung für die im Amtsbericht für die 1. Etappe vorgesehenen Arbeiten und
nach Abnahme dieser Arbeiten durch das Bauamt zu erfolgen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 150.000,- (einhundertfünfzigtausend)

bei der VSt 5/1630/774000.6 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Aus-
maß von

S 38.000,- (achtunddreißigtausend)

bei derselben Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte auch hier um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gibt es
gegenteilige Auffassungen oder Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich glaube ich habe Ihr Einverständnis, wenn ich die
Sitzung vor dem nächsten Tagesordnungspunkt für kurze Zeit unterbreche.

Pause von 15.40 - 15.50 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Beratun-
gen wieder auf und ich ersuche gleich Kollegen Wippersberger um seinen Vortrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr über die voraussichtlichen Einnahmen
und Ausgaben ist bei weitem weniger dramatisch als jener Voranschlag, den ich
Ihnen vor rund einem Jahr für das heurige Jahr 1988 vorlegen mußte. Aber nicht,
weil wir im kommenden Jahr mit entsprechend hohen Einnahmen rechnen können, im
Gegenteil, an echten Einnahmen zur Abdeckung des OH fehlen uns, nicht zuletzt

aufgrund der großen Steuerreform, die mit Beginn des nächsten Jahres wirksam wird, voraussichtlich 22,4 Millionen. Aber diese 22,4 Millionen sind wir in der Lage, aus den Rücklagen, die wir aufgrund der überaus günstigen Einnahmentwicklung im heurigen Jahr hatten - ich habe bei der letzten Gemeinderatssitzung bereits ausführlich darüber gesprochen - zu nehmen. Wir sind darüberhinaus auch noch in die Lage versetzt, mit den Mehreinnahmen dieses Jahres den aoH im kommenden Jahr teilweise abzudecken und dadurch die Neuverschuldung in noch vertretbaren Grenzen zu halten. Dieser Voranschlag für das kommende Jahr ist ein Sparbudget, aber dennoch von einem vorsichtigen Optimismus getragen, um auch der heimischen Wirtschaft entsprechende Impulse zu geben. Der vorsichtige Optimismus scheint durch die allgemein günstige Wirtschaftsentwicklung in unserem Lande durch das hohe Wirtschaftswachstum in diesem Jahr gerechtfertigt. Sollte es aber, was derzeit unwahrscheinlich ist, zu einem stärkeren Wirtschaftseinbruch kommen, dann allerdings müßten wir Abstriche beim aoH vornehmen. Die Aufnahme zusätzlicher Darlehen über das im Budget vorgesehene Ausmaß hinaus, davor würde ich im Hinblick auf die Budgeterstellung der folgenden Jahre warnen und abraten.

Die Verhandlungen zur Erstellung dieses Haushaltsvoranschlages gestalteten sich natürlich auch diesmal wieder äußerst schwierig. Wir mußten in vielen Bereichen Kürzungen vornehmen und viele Wünsche mußten zur Gänze oder teilweise zurückgestellt werden, um nicht die Verschuldung unverhältnismäßig hoch ansteigen zu lassen. Die Wünsche eilen den finanziellen Möglichkeiten weitaus voraus. Der Haushaltsvoranschlag gibt wie immer auch Aufschluß über unsere derzeitige finanzielle Situation, über die Höhe unserer Schulden und unseren diesbezüglichen Verpflichtungen. Wir liegen mit Ende dieses Jahres - ich habe das bereits bei der letzten Gemeinderatssitzung ausgeführt - bei einer Gesamtverschuldung von 523,7 Millionen und wir konnten demnach die Verschuldung in diesem Jahr erheblich einbremsen. Mit der Pro-Kopf-Verschuldung von S 13.400,- liegen wir noch immer im Mittelfeld vergleichbarer Städte Österreichs. Natürlich, meine Damen und Herren, wäre uns eine noch geringere Verschuldung lieber, aber ich habe Ihnen bei meiner Budgetrede im letzten Jahr sehr ausführlich dargelegt, warum in den letzten 15 - 20 Jahren es zu einem stärkeren Anstieg unserer Verschuldung gekommen ist.

Ich habe Ihnen sehr ausführlich die Gründe dargelegt und ich möchte sie nur mit ein paar Sätzen in Erinnerung rufen, weil verschiedentlich noch immer die Meinung besteht, uns der Vorwurf gemacht wird, die Stadt wäre in den letzten Jahrzehnten etwas sorglos mit den Steuergeldern umgegangen. Das starke Ansteigen der Verschuldung in den 70iger Jahren wurde verursacht durch erhebliche Investitionen, wie z. B. der Bau neuer Brücken und der Bau neuer Veranstaltungssäle, die umfangreiche Fassadenaktion im innerstädtischen Bereich, um nur einiges zu nennen im Bezug auf das 1000-Jahr-Jubiläum unserer Stadt im Jahre 1980 und in weiterer Folge bis dato durch Ausgaben von nahezu 130 Millionen zum Zwecke der Wirtschaftsförderung und für Betriebsansiedlungen. Und in den letzten Jahren seit Anfang der 80iger Jahre im besonderen auch durch enorm hohe Ausgaben am Sektor Umweltschutz, den Bau der Großkläranlage und der vielen großen Kanalbauten. Diesen erheblich erhöhten Ausgaben standen auf der Einnahmenseite erhebliche Einnahmenverluste in den letzten Jahren gegenüber.

Allein aufgrund der Volkszählung des Jahres 1981, die uns eine verminderte Einwohnerzahl bescherte, haben wir seit 1982 einen Einnahmenverlust bei den Bundesertragsanteilen von insgesamt rund 120 Millionen. Diese Tatsachen sollte sich jeder, der glaubt, Kritik an unserer Verschuldung üben zu müssen, vor Augen führen und auch die Tatsache honorieren, daß unsere Stadt in den letzten Jahrzehnten um vieles schöner und lebenswerter geworden ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, unsere Einnahmen können mit

den Ausgaben aufgrund vermehrter Aufgaben schon lange nicht mehr Schritt halten. Das heurige Jahr 1988 war eine echte Ausnahme, aber so wie es uns geht, geht es auch der überwiegenden Zahl der Gemeinden. Sie stehen vor einer ähnlichen Situation. Die Hoffnung der Gemeinden auf eine bessere Dotierung beim neuen Finanzausgleich haben sich auch diesmal nicht erfüllt. Es gibt vorläufig keine bessere Dotierung der Gemeinden aus den Gesamteinnahmen des Bundes. Im Gegenteil, für 1989 müssen die Gemeinden aufgrund der großen Steuerreform sogar mit Mindereinnahmen von 2 bis 2,5 Milliarden rechnen und diese Tatsache schlägt sich auch auf das Budget 1989 bei den Bundesertragsanteilen nieder.

Der österr. Städtebund hat für die Finanzausgleichsverhandlungen einen umfangreichen Forderungskatalog erstellt, wie z. B. die Reduzierung der Landesumlage oder eine höhere Dotierung der Statutarstädte, aber keine dieser Forderungen fand eine Realisierung. Als einziges Trostpflaster wurde den Gemeinden zugestanden, daß sie aus der neuen Kapitalertragssteuer 23 Prozent der Gesamteinnahmen des Bundes erhalten. Diese Einnahmen für die Gemeinden werden aber begreiflicherweise erst im Jahre 1990 budgetwirksam, nachdem die Kreditinstitute die Mittel erst Anfang des Jahres 1990 beim Bund abführen und der Bund daher auch den Gemeinden diese Mittel nicht früher zu geben in der Lage ist. Das heißt, nochmals betont, wir müssen im kommenden Jahr mit erheblich geringeren Einnahmen rechnen und von dieser Realität ausgehend wurde der Haushaltsvoranschlag für 1989 erstellt. Ich darf nunmehr etwas konkreter auf die einzelnen Kapitel eingehen.

Der Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr weist beim oH Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von S 632,570.000,- und beim aoH S 112,795.000,-, insgesamt demnach in seiner Gesamtheit Einnahmen und Ausgaben im Ausmaß von 745,365.000,- auf und ist ausgeglichen. Gegenüber den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1987 in der Höhe von S 730,307.000,- - für 1988 liegen ja noch keine endgültigen Ziffern vor - ist dies eine Ausweitung von lediglich 2 Prozent und diese Tatsache unterstreicht doch sehr deutlich den Sparwillen, der dabei zum Ausdruck kommt. Eine neue Verschuldung soll nicht über das unbedingt notwendige Ausmaß vorgenommen werden, sie wird so gering als nur möglich gehalten. Vorgesehen ist eine Darlehensaufnahme bei Kreditinstituten in der Höhe von 45,2 Millionen und weitere 12 Millionen aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds.

Die wichtigsten Einnahmen sind jene aus eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen und werden im kommenden Jahr voraussichtlich bei rund 420,6 Millionen zu liegen kommen. Davon nahezu die Hälfte aus den Ertragsanteilen des Bundes, nämlich 205 Millionen, das sind knapp 5 Prozent mehr als wir 1987 vom Bund bekommen haben und das entspricht der uns vom Städtebund gegebenen Richtlinien. Der Städtebund hat alle Gemeinden Österreichs mit einem Rundschreiben diesbezüglich angeschrieben.

Die nächstgrößte Post ist die Lohnsummensteuer, die wir mit 76 Millionen veranschlagt haben, gefolgt von der Kanalbenutzungsgebühr mit 35 Millionen, der Gewerbesteuer mit 30 Millionen - hoffentlich erleben wir dabei keine unangenehme Überraschung - die Gewerbesteuer ist sehr schwer festzulegen im vorhinein. 1987 erbrachte sie lediglich 23,5 Millionen, im heurigen Jahr liegt sie bereits bei weit über 50 Millionen. Es folgt dann die Getränkesteuer mit 22,5 Millionen und die Grundsteuer B mit 20,8 Millionen, um nur die größten unserer Einnahmenpositionen daraus zu erwähnen.

Bei den Ausgaben des oH scheinen als größte Position die Personalkosten auf, die einschließlich der Pensionen und der Aufwandsentschädigungen für Mandatäre im Gesamtausmaß von S 278,526.000,- um nur 6,65 Prozent höher liegen als zwei Jahre zuvor, nämlich 1987 dafür ausgegeben wurde. Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand sowie unsere Ausgaben für Verbrauchsgüter mit insgesamt S 207,645.000,- erfährt gegenüber der Rechnung 1987 eine Steigerung von lediglich 7,2 Millionen, das sind sogar nur 3,6 Prozent.

Die sogenannten Transferzahlungen, das sind jene Gelder, die wir vorwiegend

an das Land abführen müssen, betragen im kommenden Jahr 82,3 Millionen, um rund 2 Millionen mehr als 1987. Darin beinhaltet ist u. a. unser Beitrag an den Krankenanstaltensprengel mit 23,5 Millionen, die Landesumlage mit 18 Millionen und rund 9,5 Millionen für die Behindertenhilfe. Insgesamt haben wir im kommenden Jahr rund 66,5 Millionen an das Land abzuführen.

Den größten Zuschußbedarf, aufgelistet nach Bereichen, benötigt auch im kommenden Jahr die soziale Wohlfahrt, wird für Sozialausgaben gebraucht, insgesamt 85,5 Millionen. In dieser Summe inbegriffen ist auch das Zentralaltershaus mit einem Zuschußbedarf von 26,4 Millionen und die Kindergärten, Tagesheimstätten und Horte mit zusammen 20,9 Millionen Zuschußbedarf.

Ich meine, ich kann es mir und Ihnen ersparen, auf unsere Pflichtausgaben beim oH noch weiter näher einzugehen. Sie finden sie aufgelistet im Voranschlag und ich möchte abschließend dazu auch diesmal wieder feststellen, daß es sich beim oH nahezu ausschließlich um unabdingbare Ausgaben handelt und echte Einsparungen nahezu unmöglich sind, wenn wir unsere Aufgaben aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen und der übernommenen Verpflichtungen erfüllen wollen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, und nun zum aoH. Er beinhaltet, wie schon von mir erwähnt, Einnahmen und Ausgaben im Ausmaß von S 112,795.000,-, das ist um rund 12,3 Millionen weniger als wir 1987 dafür verausgabten. Um diesen ohnedies so stark reduzierten aoH durchführen zu können, bedarf es trotzdem, ich habe bereits erwähnt, einer Kreditaufnahme von zusammen 57,2 Millionen, davon 12 Millionen aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds.

Die weiteren Einnahmen des aoH bestehen aus einer Rücklagenentnahme im Ausmaß von S 28,560.000,- durch Veräußerung von Gebäuden und Liegenschaften im Ausmaß von 13 Millionen und aus der vom Land zu erwartenden Zuwendungen aus dem Gemeindereferat des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Grüner in der Höhe von 14 Millionen.

Und nun zu den wichtigsten Ausgaben beim aoH. Der Schwerpunkt unserer Aufgaben und damit verbundenen Ausgaben liegt auch im kommenden Jahr bei unseren Maßnahmen zum Schutze unserer Umwelt, beim Kanalbau und in Verbindung damit beim Straßenbau. Für den Kanalbau sind im aoH 24,9 Millionen vorgesehen. Rechnet man die Ausgaben des oH für den Kanalbau und den Betrieb der Kläranlage noch dazu, so sind das insgesamt mehr als 51 Millionen. Um nur die größten Kanalbaumaßnahmen zu nennen, es ist die Fortführung der Baumaßnahmen im Gebiet Fischhub, im Gebiet Schlüsselhof, Rennbahn, die vorgesehenen Kanalbauten in der Direktionsstraße, Sierninger Straße und am Tabor und damit in Verbindung auch der Straßenbau, für den wir insgesamt 26,4 Millionen veranschlagten. Davon werden allein für den Neubau der Straßen nach Abschluß der Kanalbauten rund 10,5 Millionen gebraucht. Mehr als 5 Millionen wird der Neubau des sogenannten Gsangsteiges kosten, 4,6 Millionen sind für die Fertigstellung der straßenbaulichen Maßnahmen am Stadtplatz und in der Enge vorgesehen sowie für die Sanierung des Pfarrberges nach Abschluß der Grabarbeiten, 1 Million für die Sanierung der Frauenstiege und für das Asphaltierungsprogramm eine Summe von 2,5 Millionen, um nur die größten Ausgaben am Sektor Straßenbau zu erwähnen.

Für die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege ist eine Summe von 8 Millionen vorgesehen, nämlich 4,5 Millionen als Zuschuß für den Umbau des ehemaligen Direktionsgebäudes in der Hack-Liegenschaft, 2 Millionen für die Restaurierungsmaßnahmen der Fassaden und für die Dachlandschaften und 1,5 Millionen als Beitrag für die Restaurierung der Kirchen.

Für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung eine von unserer Stadt freiwillig übernommene Leistung im Interesse einer möglichst hohen Beschäftigtenzahl in unserer Stadt ist ein Betrag von 8,2 Millionen vorgesehen. 4,5 Millionen für den weiteren Ausbau und Umbau in unserem ZAH. Der größte Teil dieses Betrages wird für den Umbau unserer Heizung benötigt. 4 Millionen für Gebäudesanierungen und den

Neubau von Garagen, 3 Millionen als Zuschuß für den sozialen Wohnbau, 2,9 Millionen für neue Fahrzeuge für den städtischen Wirtschaftshof, 2 Millionen als Zuschuß für einen weiteren Hochbau auf der Sportanlage Rennbahn, 2,1 Millionen wird im oH auch für die freiwillige Feuerwehr gebraucht als Rate für den Ankauf eines neuen Löschfahrzeuges und für Betriebsausstattungen. 2 Millionen kosten dringend notwendig gewordene Sanierungsmaßnahmen bei unserem Hallenbad und ein Betrag von 1 Million ist für den weiteren Ausbau des Schloßmuseums vorgesehen, um nur die größten Positionen bei den Ausgaben des aoH aufzuzählen. Viele berechtigte Wünsche konnten im Budget 1989 zumindest teilweise berücksichtigt werden, aber natürlich, um nicht noch mehr Geld aufnehmen zu müssen, bei weitem nicht alle und ich appelliere um Ihr Verständnis im Hinblick auf unsere Budgetlage und die Tatsache, daß wir nach 1986 und 1987 auch im nächsten Jahr nicht in der Lage sein werden, den oH durch echte Einnahmen abzudecken. Daß wir den oH 1989 abdecken können, das möchte ich nochmals herausstreichen, hängt ausschließlich mit der glücklichen Einnahmenentwicklung im heurigen Jahr zusammen, die es uns ermöglicht, 22,4 Millionen aus Rücklagen zu entnehmen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wie immer ist dem Haushaltsvoranschlag auch der Dienstpostenplan, der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, der GWG und der Voranschlag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung beigegeben.

Auch dazu eine kurze Stellungnahme. Zum Dienstpostenplan: Ich habe letztes Jahr in meinem Referat über den Haushaltsvoranschlag 1988 erklärt, daß wir versuchen werden, den Personalstand abzusenken, um Personalkosten einzusparen. Unsere diesbezüglichen Bemühungen, im abgelaufenen Jahr Personal einzusparen, waren nicht ohne Erfolg. Es ist uns gelungen, seit dem 1. 10. 1987 eine Reduzierung um 17 Personen zu erreichen, den Personalstand von 830 auf 813 zu verringern.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind aber damit hart an der Grenze unserer Möglichkeiten angelangt, eine weitere Reduzierung würde zu einer Verschlechterung unserer Serviceleistungen führen.

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke weist für 1989 Aufwendungen und Erträge im Ausmaß von 125,6 Millionen auf. Der Finanzplan sieht Investitionen in der Höhe von 30,7 Millionen vor, und zwar 6,2 Millionen für den Verkehrsbetrieb, 11,240.000 für das Wasserwerk, 12,9 Millionen für das Gaswerk und insgesamt 360.000,- für das Krematorium und die Bestattung. Zur Abdeckung der Verluste beim Stadtbad und der Kunsteisbahn ist seitens der Gemeinde ein Zuschuß von 6,8 Millionen erforderlich.

Der RHV Steyr und Umgebung weist im Investitionsplan für 1989 eine Summe von rund 67 Millionen aus und im Wirtschaftsplan rund 13 Millionen. Die GWG der Stadt sieht für 1989 Aufwendungen und Erträge im Ausmaß von 155,2 Millionen vor und für Investitionen 24 Millionen. Weiters finden Sie im Haushaltsvoranschlag auch noch den Voranschlag für die Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung und verschiedene Sammelnachweise, wie z. B. den Schuldenstand und den Schuldendienst.

Der Schuldenstand wird mit Ende des kommenden Jahres auf voraussichtlich 553 Millionen ansteigen und der Schuldendienst auf knapp 64 Millionen, wovon 35,8 Millionen für die Bezahlung der Zinsen und 28,1 Millionen für die Tilgung, die Schuldentrückzahlung, errechnet wurde.

Um nun zum Schluß meiner Ausführungen zu kommen, der Voranschlag 1989 ist wie immer gemäß den gesetzlichen Bestimmungen ordnungsgemäß eingebracht worden und lag zur Einsichtnahme auf. Soweit mir bekannt ist, gab es keinerlei Einwände. Werte Kolleginnen und Kollegen, wie ich eingangs meiner Ausführungen festgestellt habe, ist der Ihnen heute zur Beschlußfassung vorliegende Voranschlag für 1989 aufgrund der überaus günstigen Einnahmenentwicklung im heurigen Jahr viel weniger dramatisch als jener, insbesondere des letzten Jahres, weil wir mit den Mehreinnahmen im heurigen Jahr den oH 1989 zur Gänze abdecken können und darüberhinaus auch noch dem aoH Mittel zufließen, zu leisten in der Lage sind.

Die Neuverschuldung liegt in einem noch vertretbaren Ausmaß, die allgemeine Wirtschaftslage in Österreich hat sich aufgrund eines starken Wirtschaftswachstums im heurigen Jahr, abgesehen von einigen Problemregionen, leider gehört auch unsere Region zu diesen Problemregionen, nicht unerheblich gebessert. Für das kommende Jahr wünschen wir uns, daß dieser Aufwärtstrend anhält und auch wir in unserer Stadt davon profitieren können. Und in diesem Sinne mein Appell an Sie, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, um Zusammenarbeit, um Ihr Einverständnis sachlich und auf dem Boden der Realität zu bleiben und nicht aus parteipolitischen Gründen Lizitationspolitik zu betreiben, sondern in gemeinsamer ehrlicher Arbeit das bestmögliche für unsere Stadt zu leisten. Abschließend wie immer gilt mein Dank allen meinen Mitarbeitern, die auch oftmals unter erschwerten Bedingungen sich bemüht haben, ihr bestes zu geben. Herrn Dr. Schmidl und seinen Mitarbeitern im Rechnungsamt danke ich im besonderen nicht zuletzt auch für die umfangreiche und mit größter Umsicht geleistete Arbeit für die Erstellung des Haushaltsvoranschlages für das kommende Jahr und darf nunmehr den Ihnen vorliegenden Antrag zur Verlesung bringen.

9) Ha-4000/88
Voranschlag 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1989 wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und mit Ausgaben in Höhe von	S 632,570.000,--
und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von ausgeglichen	S 112,795.000,-

im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind, festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 125,600.000,- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 30,700.000,-, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung, des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung, der GWG der Stadt Steyr und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag	172 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Meine Damen und Herren, damit bin ich mit meinem Bericht zum Budget 1989 fertig. Ich bitte, die Diskussion darüber abzuführen und ersuche alle Fraktionen, diesem Budget die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke unserem Finanzreferenten für die Erstellung des Budgets, für den Vortrag. Es gibt jetzt die Fraktionserklärungen dazu. Als ersten Redner bitte ich Kollegen Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte meinen Beitrag mit einem Zitat nach Wippersberger beginnen. Die Budgetsituation für das Jahr 1989 stellt sich wesentlich weniger dramatisch dar als für das Jahr 1988, weil das schlicht und einfach wahr ist. Erscheint auch auf der Bühne dieses Debattenpodiums diesmal nicht der Wanderer und es erscheint auch nicht der Bernhardiner, der im letzten Gemeinderat zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hat, weil mir das Thema, das wir heute zu erörtern haben, nicht geeignet erscheint als durch bildhafte Darstellungen Mißverständnisse zu provozieren. Ich hätte gehofft, daß das Hinwegnehmen von Bildern nicht erforderlich ist. Ich sehe mich aber doch dazu veranlaßt. Ich möchte mich vor allen Dingen bedanken bei Dir, Kollege Wippersberger, für die Einladung, Budgetwünsche zu deponieren, die in der Jahresmitte erfolgt ist. Wir haben ausführlich seitens der ÖVP-Fraktion dazu Stellung nehmen können, sowohl schriftlich als auch mündlich. Ein Teil der Wünsche ist in die Budgetgestaltung eingegangen, ein Teil der Wünsche ist nicht eingegangen, wie es halt allen Fraktionen so gegangen ist. Ich möchte mich auch bei Dr. Schmidl herzlich bedanken, und zwar bei ihm persönlich für die faire und aufrechte Gesprächsbasis, die uns das ganze Jahr hindurch verbindet, auch wenn wir nicht von gleichen Parteien kommen. Wie ich mich überhaupt zu Ende dieses Jahres für die weitgehend faire und wirklich sehr offene Gesprächssituation in diesem Gemeinderat bedanken möchte. Ich möchte wirklich vorweg, bevor ich zu den einzelnen Ausführungen komme, als Vorsitzender der ÖVP-Fraktion erklären, daß das Klima in diesem Gemeinderat ein gutes ist, daß das Klima in diesem Gemeinderat sicherlich auch sorgsam bewahrt werden soll. Bei allen möglichen Differenzen, die uns irgendwann einmal in sachlicher Ebene trennen können. Aber gerade das Jahr 1988 soll uns Gelegenheit geben, noch einmal nachzudenken, wie weit es denn kommen kann, wenn man die persönliche Gesprächsebene verlieren kann. Und all die negativen Auswirkungen und all das Elend und all das Leid, das über unser Land hereingebrochen ist, sich noch einmal vor Augen führt. Wenn man das alles tut, wird man zu keinem anderen Schluß kommen, und das sei an die Heißköpfe in allen politischen Parteien gerichtet. Dann wird man zu keinem anderen Entschluß kommen können, als den Weg in der Zusammenarbeit zu suchen für diese Stadt Steyr, die wir zu unserer Heimatstadt erklären für die Steyrerinnen und Steyrer, die unsere Mitbürger sind, die uns in diesen Gemeinderat geschickt haben. Ich glaube, daß man mir abnehmen wird, wenn ich erkläre, daß Zusammenarbeit das Ziel ist. Ich glaube, daß ich das hinreichend bewiesen habe. Und ich glaube, daß ich recht bin in der Annahme, daß niemand im Gemeinderat annehmen kann, daß ich unter Zusammenarbeit, genau so wenig wie meine Freunde, willenslose Zustimmung verstehe, sondern daß wir uns mit allen unseren Kräften und mit allen unseren Fähigkeiten bemühen, konstruktiv mitzuarbeiten. Zu den Voranschlagszahlen selbst. Beim Nachtragsvoranschlag haben wir mit Freude unvorhergesehene Mehreinnahmen zur Kenntnis genommen. Kollege Vizebürgermeister Wippersberger hat gesagt, daß die Situation dadurch etwas erträglicher wurde, aber weiß Gott uns noch nicht auf Rosen bettet. Das ist mein Zusatz dazu. Und daß wir uns vor Augen halten müssen, daß wir weiß Gott noch nicht mit einem sanierten Budget umgehen. Das ist eine grundlegende Feststellung und ich erkenne am Nicken von Kollegen Wippersberger, daß diese Aussage durchaus zurecht gemacht wird. Ich wiederhole, was schon mehrfach gesagt wurde, daß eine Sanierung dieses Budgets alleine über die Einnahmen überhaupt undenkbar ist. Es ist unmöglich, zur Budgetsanierung die Bürger zu belasten, weil Bürger und Betriebe, Einzelpersonen und Unternehmungen einfach nur begrenzt belastbar sind. Es ist unmöglich wegzudiskutieren, was auch heute schon gesagt wurde, daß die Steuerreform zwar Wirtschaftskraft bringen wird, - möchte, hoffentlich, sage ich dazu - aber für die Gemeinde fraglos direkt Mindereinnahmen bedeutet. Kollege Wippersberger hat ja von der vom Städtebund verursachten Schätzung von ca. 22,4 Mill. Mindereinnahmen gesprochen. Diese Zahl kann man glauben und auch nicht, es sind

einfach Annahmen, weil anderes ja noch nicht zur Verfügung steht. Voll wirksam wird nämlich all das, was wir jetzt in fiskalischen Gesetzen erkennen können, ja erst mit dem Rechnungsjahr 1990, wenn die Steuerperiode 1989 abgeschlossen ist. Gerade weil einnahmenseitig eine Budgetsanierung nicht möglich ist, haben wir die Aufgabe, größtes Augenmerk auf die Ausgabenseite zu richten. Wir müssen daher ein Investitions- und Finanzierungskonzept konsequent anstreben und wenn es geht auch bald einmal vorlegen. Ausdrücklich - Investition und Finanzierung. Wir müssen wissen, wann welche Investition kommt und wann uns die Finanzierung mit welchen Folgekosten belastet. Ein Teil in dieser Richtung wurde gesetzt durch die Umstrukturierung im Budget. Wir erkennen bei den Einzelanschlagsposten wenigstens jetzt, in welchem Ausmaß uns die Finanzierung bisher mit Finanzierungsfolgekosten belasten wird. Das ist sicherlich ein sehr wertvoller Beitrag zur Transparenz auch für die Mandatäre und die werden in weiterer Folge dann auch darauf zurückkommen. Aber nicht nur dieses Konzept wird notwendig sein, wenn wir die Ausgabendisziplin behalten wollen, sondern darüberhinaus auch noch eine begleitende Kontrolle bei den Ausgaben, bei den einzelnen Maßnahmen. Denn es ist zu spät, wenn Geschirr zerbrochen ist, im nachhinein zu sagen, das hätte nicht passieren dürfen. Das ist eine Milchmädchenweisheit, die ich hier von mir gebe. Ich gehe auch nicht näher ins Detail, ich nenne auch keine Anläßfälle zu der Feststellung, weil das hier nicht der Rahmen und der Platz ist dafür. Aber ich glaube, wenn man ernsthaft an die Aufgabe geht, mit dem Budgetvolumen bewußt umzugehen, daß auch die begleitende Kontrolle beim Budgetvollzug durchaus erforderlich ist. Die Aufgaben, die vor uns stehen, die sind weiß Gott gewaltig. Der Kanalbau wird noch Unsummen verschlingen, sei es städtisch oder sei es im Reinhaltverband und über den Reinhaltverband dann wieder das städtische Budget belasten. Wir haben heute schon die zu erwartenden Mitgliedsbeiträge dargestellt bekommen, wir haben auch schon die Kanalbauvolumina genannt bekommen für das nächste Jahr und ich erspare uns allen die Wiederholung. Wir werden die Wasserversorgung sichern müssen, also zusätzliche Brunnenfelder aufspüren müssen. Ich bitte schon, daß da endlich wirklich Maßnahmen gesetzt werden in dieser Richtung. Wir werden die Wirtschaftsstruktur weiter verbessern müssen. Darüber wird auch später noch die Rede sein. Ich möchte nur daran erinnern, daß wir die Förderung von Betriebsansiedlungen zweifellos weitertreiben müssen, aber auch der Erhaltung bestehender Betriebe unser Augenmerk zuwenden müssen. Und daß wir die Dienstleistungsbranche weiter ausbauen müssen, hat dieser Gemeinderat ohnehin mit seiner großzügigen Förderung für den Fremdenverkehrsverband bisher schon bewiesen und wird es auch, wenn man das Budget anschaut, weiter tun. Ich bedanke mich sehr als Fremdenverkehrsreferent für das Verständnis des Kollegiums. Die Entwicklung im heurigen Jahr gibt ja dem Gemeinderat Grund dazu, daß er annehmen kann, daß die Zuwendung an den Fremdenverkehrsverband keine vergebliche ist. Ich kann auch hier berichten, daß das Versprechen des Fremdenverkehrsverbandes auch eingehalten wurde, daß die Interessenbeiträge erheblich erhöht mit eingebracht werden. Ich bedanke mich bei allen jenen, die zur Kenntnis genommen haben, und zwar die Bürger, die Unternehmen, die zur Kenntnis genommen haben, daß sie für das übergeordnete Ziel einen erhöhten Beitrag beibringen müssen. Wir haben auch noch die große Aufgabe der Revitalisierung der Altstadt vor uns. Ich glaube, es wird niemand angenommen haben, daß ich beim Beitrag zum Budget nicht darüber spreche. Wir finden zwar einen großen Investitionsschwerpunkt im Altstadtbereich auch im außerordentlichen Haushalt, jedoch der Großteil der Investition spielt sich, wenn es fertig ist, im verborgenen ab. Das ist der Kanalbau und die Straße, die darüber wieder hergestellt ist. Wenn das fertig ist, hat sich an der Altstadt nichts verändert, außer daß die Entsorgung geklärt ist. Wir werden daher, weil das Gebiet so unendlich groß ist in finanzieller Hinsicht unendlich groß ist, in räumlicher Hinsicht ja überschaubar. Aber weil es in finanzieller Hinsicht so groß ist, werden wir uns ein Altstadtkonzept geben müssen. Darunter

verstehe ich nicht nur ein Verkehrskonzept, aber auch ein Verkehrskonzept. Aber darunter verstehe ich auch eine gezielte und geplante Hausinstandsetzung. Darunter verstehe ich auch, die Voraussetzungen schaffen für Fußgängerzonen, nämlich Parkplätze vorweg. Die Zweckmäßigkeit der Altstadtrevitalisierung sollte an sich nicht bezweifelt werden. Ich möchte nur kurz in Erinnerung rufen, daß einer der markantesten Vorteile für die Stadt an sich ist, daß die vorhandene Infrastruktur wieder genutzt wird in den alten Stadtteilen. Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß richtig finanzierte Althausanierung tatsächlich billigeren Wohnraum schaffen kann als der Neubau. Bei Bedarf kann ich auch Beweise dafür vorlegen. Ich habe gesagt, daß richtig finanzierte und konsequent durchgeführte Althausanierung billigeren Wohnraum schaffen kann als Neubau. Selbstverständlich auch bei den zwei Häusern, die heute verkauft wurden. Nur wenn man nur die Primärkosten vergleicht, dann ist dieser Wohnraum sicherlich unerschwinglich. Aber man muß eben alle Instrumente einsetzen, damit das Ziel gelingt, nämlich Altstadtanierung gerade durch Denkmalpflege und nicht gegen Denkmalpflege, wie es manchmal verstanden wurde. Es wird, glaube ich, schon zweckmäßig sein, wenn wir über die Installierung eines Altstadtbeirates nachdenken. Unter diesem Altstadtbeirat würde ich empfehlen, ein Expertenkomitee zu verstehen, das über die Experten, die im Haus zweifellos vorhanden sind, hinausgeht. Daß man die Experten, die auf der Architekturszene hier in Steyr oder auch über Steyr hinaus namhaft sind, mit einlädt und mit einbindet. Und zwar sowohl bei der Auswahl der zu fördernden oder der zu sanierenden Objekte als auch - das ist ganz wesentlich bei der Prüfung der Denkmalgestaltungsvorschläge. Ich will damit nicht die Mitarbeiter im Haus abqualifizieren. Regierungsrat Scheuer ist heute schon sehr oft angesprochen worden. Aber die Sanierung eines Stadtteiles in Gedanken eines einzigen Menschen sich nur vorzunehmen, ist eine Utopie, die scheitern muß. Ein Mann ist damit allein sicher überfordert. Je mehr Köpfe mitdenken können und je mehr Köpfe dem Präsidial-Planungsausschuß, der sich ja damit auseinandersetzen soll, gedanklich beigegeben werden, desto eher wird das Ergebnis ein ganzheitlich erfolbringendes sein. Wir werden die städtischen Förderungsinstrumente überdenken müssen. Ich schlage dazu vor, daß man in diese Überlegungen mit einbezieht, ein städtisches Darlehen, so wie es die Kremser seit langen Jahren mit Erfolg machen, zu geben. Auf 10 Jahre Laufzeit mit null Zinsen. Das hat den Vorteil, daß man in revolvingierenden Beträgen neue Vorhaben mit ein und demselben Geld finanzieren kann. Ich schlage vor, die Idee, über die Wohnbauförderung des Landes hinaus, dort Mietzinsbeihilfen zu gewähren, wo Alt- raum saniert wird und neuer Wohnraum in alten Häusern geschaffen wird. Damit diese Wohnqualität, die die Altstadt bietet, auch dem Bürger im allgemeinen erschwinglich ist und nicht nur Millionären. Ich schlage vor, daß wir ein ganzes Paket schnüren aus den jetzt städtischen Förderungen, die ich angeregt hätte mit den Darlehen, mit den Mietzinsbeihilfen und dazu käme noch die städtische Mithilfe bei der Vermietung des neugeschaffenen Wohnraums. Damit ist natürlich auch verbunden eine städtische Einflußnahme auf die Bewohnung. Damit wäre verbunden eine vernünftige soziale Durchmischung der Besiedelung der Häuser. Darüber hinaus gehört in dieses Paket noch hinein das vermehrte Anbieten des zur Verfügungstellens von Hilfe für den privaten Hauseigentümer beim Ansprechen von übergeordneten Förderungsgebern. Bund und Land geben für die Sanierung von Einzelobjekten, wenn sie denkmalgeschützt sind, relativ gute Quoten. Nur der einzelne Hauseigentümer ist heillos überfordert, wenn er den Weg zu den Bundes- und Landesförderungsstellen gehen soll. Wir werden hier, wenn meine Bitte nicht ungehört verhallt, ein Förderungspaket zusammenschnüren können, das tatsächlich der Altstadt zu neuem Leben verhelfen kann. Wir werden - so hoffe ich doch sehr - im nächsten Jahr zum Abschluß einer gemeinsamen Fassadenaktion mit Bund und Land wieder kommen und dabei nach außen hin Signale setzen können im Altstadtbereich

in Richtung Fassadengestaltung. Aber die Kosmetik, das wissen wir doch alle, die Kosmetik an den Häusern alleine genügt nicht, wir müssen dem vorhandenen Raum in der Altstadt zur besseren Nutzung verhelfen. Das bedeutet nicht, daß die Stadt Steyr jedes Haus kaufen muß. Dabei würde ja der Grundstücksmarkt zusammenbrechen. Das bedeutet nicht, daß die Stadt Steyr - selbst wenn sie es finanzieren könnte - das machen dürfte. Das bedeutet nicht, daß zur gleichen Zeit jetzt 100 Baustellen oder 150 Baustellen in Steyrdorf errichtet werden sollen, weil damit nicht nur die Förderbarkeitsgrenzen erreicht wären, sondern damit auch die Wohnqualität im Stadtteil verloren ginge und damit auch die Belastbarkeit der Bauwirtschaft nicht mehr gegeben wäre. Aber wir müssen eines tun, wir müssen alle bisherigen Bemühungen - und es gibt wirklich viele in der Stadt - konsequent und konzeptiv weiterführen in ein ganzheitliches Konzept mit Hilfe der bestmöglichen, der bestdenkbaren Fachleute. Dabei sollten wir nicht unsere Blickwinkel auf die Experten im Hause alleine beschränken.

Liebe Freunde, Hand aufs Herz, was die Stadt Krems kann, das sollten wir in Steyr schon längst schaffen. Aber bitte im Miteinander und nicht im Gegeneinander und bitte nicht im Scheel ansehen von Vorschlägen oder von Bemühungen Bewußtsein zu bilden, sondern in der Betrachtung dieser Bemühungen als konstruktives Miteinander.

Ein weiterer Bereich ist heute schon erwähnt worden, der uns vor riesige Belastungen stellt, das ist der Sozialbereich. Kollege Wippersberger hat angeführt, daß in der Gruppe das nicht nur dem Volumen nach größte Budgetkapitel vor uns liegt, sondern auch im Zuschußbedarf das absolut größte. Im Sozialbereich haben wir auch noch ungeklärte Aufgaben vor uns. Wir werden ehest eine geschützte Werkstätte in Steyr brauchen - ehest. Ich glaube mit ehest tatsächlich ehest und nicht erst in Konsequenz von derzeit noch utopischen Vorstellungen. Vielleicht gelingt es uns, in bestehende Hallen - es gibt doch so etwas - in der Stadt die geschützte Werkstätte einzubauen. Mir wäre es halt recht, wenn wir uns nicht auf Phantasien verlassen könnten im Interesse der sozial Schutzbedürftigen, sondern daß wir Nägel mit Köpfen schmieden und daß wir, wenn wir eine geeignete Halle jetzt schon zur Verfügung haben - wir wissen alle, daß Hallen zur Verfügung sind - daß wir jetzt schon eine zur Verfügung stellen für die geschützte Werkstatt. Ich nenne wieder keinen Namen, weil es keinen Sinn hätte zu spekulieren, aber ich glaube, daß wir auf dem Weg mehrere Fliegen gleichzeitig klatschen könnten. Nicht nur die soziale Hilfe.

Die Finanzierung beim Zentralaltersheim wurde angeführt. Ich möchte den effektiven Zuschußbedarf noch übersetzen, der sich ja nicht nur ergibt aus dem Budgetkapitel Zentralaltersheim, sondern auch noch aus dem Abschnitt allgemeine Sozialhilfe - Zuschüsse für die Heimbewohner. Da haben wir nämlich auch noch einmal 18 Millionen Schilling Zuschußbedarf, so daß wir im Ganzen auf einen Zuschußbedarf von derzeit 44 Millionen zum Betrieb des Zentralaltersheimes gelangen. Ich nehme an, daß die Kollegin Ehrenhuber auf die gleiche Zahl bei der Betrachtung des Problems gekommen ist.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Da sind andere Heime auch dabei.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Dafür sind die Beiträge, die wir zur freien Jugendhilfe haben, da nicht dabei. Also es ist dabei natürlich die Unterbringung von Bezugschützten, z. B. in Linz im Sonnenhof. Das muß ja sein, weil wir in Steyr den Platz nicht haben. Damit sind wir exakt - danke für den Einwand, weil er mir hilft, zum nächsten Punkt zu kommen. Damit sind wir exakt beim nächsten Punkt, nämlich beim Ausbau des Zentralaltersheimes. Wenn wir uns den Bedarf jetzt schon anschauen, Unterbringung in anderen Heimen, und die Darstellung der Bevölkerungspyramide und die Entwicklung, die sich daraus ergibt, ist der Bedarf tatsächlich absehbar. Jeder

von uns weiß, wann der heute 60jährige 70 Jahre alt sein wird. Jeder von uns weiß, wann der heute 70jährige 80 Jahre alt sein wird und jeder von uns weiß, daß sich daraus die Konsequenz ableitet, daß im Zentralaltersheim ein größerer Unterbringungsbedarf auf uns zukommt. Wir dürfen also nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern wir müssen an den Ausbau des Zentralaltersheimes denken. Jedenfalls die Finanzierung dieses Ausbaues planen, bevor uns die Bevölkerungsentwicklung überrollt. Natürlich müssen wir im Wege der Hauskrankenpflege danach trachten, so lange und so gut wie möglich den alten Menschen in seinem Haushaltsverband zu belassen. Aber wenn das nicht mehr geht, weil sich die gesundheitliche Situation verändert, dann muß der Bedarf im Zentralaltersheim abgedeckt werden. Liebe Freunde, immer mehr Menschen leben immer länger, dabei bleiben sie aber nicht gesund. Es steigt also die Anzahl der Pflegebedürftigen logischerweise. Ich brauche niemandem vor Augen führen in diesem Raum, davon bin ich fest überzeugt, daß jedem Menschen das Recht auf Pflege bzw. Betreuung zukommt. Die Konsequenz aus den genannten Punkten bedeutet, wir müssen einen weiteren Ausbau im Zentralaltersheim planen, auch wenn uns das nicht in die städtischen Budgets paßt.

Essen auf Rädern, Heimhilfe und Hauskrankenpflege, können das Problem nur gering verzögern. Aber, ob wir wollen oder nicht, es kommt auf uns zu. Und dann gibt es noch die allgemeine Seniorenbetreuung, Seniorenpaß usw. Dazu, liebe Freunde, hätte ich einen Vorschlag. Die Administration des Seniorenpasses kostet ziemlich viel Geld in der Verwaltung. Man könnte jetzt kurzfristig blickend sagen, das ist nicht wahr, weil die Leute sind ohnehin da. Warum versuchen wir nicht eine Reform, die ich hier anregen möchte. Wir wissen, wann die Menschen in Pension gehen, jedenfalls wann das Pensions-Eintrittsalter erreicht ist und über die Sozialversicherungsträger können wir auch Kenntnis erlangen, wann die Pension tatsächlich beansprucht ist. Oder aber wir können die Bürger veranlassen, diesen Pensionseintritt bei uns anzumelden. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum der Bürger dann jedes Jahr sich bei - jetzt Gott sei Dank - mehreren Ausgabestellen anstellen soll, und einen Paß mit vielen Zetterln erhält, den er nur bruchteilweise benützt, wovon jeder Paß so ungefähr S 25,- Kosten darstellt effektiv. Warum geben wir nicht einmal einen Ausweis her, der den Senioren berechtigt zum begünstigten Benützen von öffentlichen Einrichtungen? Wir hätten mit einem Schlag weg dieses unangenehme Gefühl der Freifahrtsscheine beim Autobus. Dem einen werden sie zu wenig, der schimpft dann, wenn er den vollen Betrag bezahlen muß, der andere sagt, ja warum darf derjenige, der so viel Pension hat, auch gratis fahren. Jetzt könnten dabei die sozial Schwächsten durch den Rost fallen, dem könnte man durch einen Ausweis für die Ausgleichszulagenempfänger, der ja leicht als solcher durch eine Kennzeichnung ersichtlich wäre, Abhilfe schaffen. Für diese Leute sollten dann die städtischen Leistungen ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DKFM, DIR. HELMUT ZAGLER:
Unverständlicher Zwischenruf.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Nein, das ist nicht ganz so, horche mir bitte ernsthaft zu, versuche, das nicht zu verblödeln ..

GEMEINDERAT DKFM. DIR. HELMUT ZAGLER:

..... die haben zum Lehrer gehen müssen und sich das abholen, weil es sich die Eltern nicht leisten konnten. Das ist wirklich beschämend.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Es ist jedenfalls noch beschämender, von einem Ausgleichszulagenempfänger die Beitragsleistung zu städtischen Einrichtungen zu verlangen.

Ich glaube, daß es ein konstruktiver Vorschlag wäre, wenn wir die Senioren, die nicht Ausgleichszulagenempfänger sind, anteilig an den städtischen Dienstleistungskosten teilnehmen lassen in Form von ermäßigten Gebühren und wenn wir den Ausgleichszulagenempfängern, also den Ärmsten der Armen die städtischen Leistungen tatsächlich gratis zukommen ließen. Der Vorteil wäre eine erzielbare Einsparung in der Verwaltung und der Vorteil wäre eine Mitkostentragung in allen städtischen Dienstleistungsbereichen. Wenn man so ernsthaft herangeht an das Thema, wie jetzt Kollege Zagler, der da den Einwand macht mit sterben, dann hat man sicherlich nicht anerkannt, daß da jemand steht der versucht, konstruktiv mitzudenken. Aber das ist eben die alte Mentalität. Was nicht von uns kommt, über das darf man nicht reden. Es tut mir leid, Helmut, daß genau Du das wieder artikulierst.

Das Gesundheitswesen, darauf möchte ich als Referent aus dem Budgetkapitel noch eingehen. Dazu ist anzuerkennen die Bemühung des Roten Kreuzes, gemeinsam mit dem Gesundheitsreferat zur Installierung eines Notarztwagensystem - der Weg ist steinig und mühsam und längst noch nicht abgeschlossen. Ich bedanke mich für die Bemühung des Roten Kreuzes um die Verlegung der Dienststelle weg vom Stadtzentrum hin zum Krenkenhaus, weil dadurch die Probleme in der Beistellung von Notfall-sanitätern leichter lösbar scheinen. Es sieht so aus, als wäre dieser Weg erfolgreich, nur traue ich mir schon nicht mehr sagen, wir werden erfolgreich sein. Aber ich kann eines sagen, Kollege Zöchling und ich und die Funktionäre des Roten Kreuzes werden sich sehr bemühen, daß wir dann doch hoffentlich in absehbarer Zeit hier einmal stehen können und berichten können, liebe Freunde, wir haben es jetzt endlich erreicht. Spät aber doch.

Das Rettungsgesetz hat uns enttäuschenderweise zu diesem Thema keine Klärung gebracht, das Notarztsystem ist nicht enthalten. Ebenso wenig - daran möchte ich hier auch erinnern - die Systeme Bergrettung und Wasserrettung, die alle durch das Rettungsgesetz nicht bedeckt sind und die auch, weil sie notwendig sind, der öffentlichen Zuwendung bedürfen. Ich bitte also, auch die Bergrettungsdienste und die Wasserrettungsdienste weiterhin zu fördern.

Zum Gesundheitswesen möchte ich noch eine grundsätzliche Feststellung machen. Umweltschutz und Gesundheitswesen gehören zusammen, sind voneinander nicht zu trennen. Ich biete wie immer die Zusammenarbeit an und ich bitte, wie immer, um Koordinierung, weil es sich in beiden Bereichen um Dienst für alle handelt.

Über die Budgetstruktur selbst wurde schon ausführlich berichtet und ich kann mir und Ihnen auch eine Aufzählung der Einnahmen und eine Analyse der Einnahmen ersparen. Das hat Kollege Wippersberger schon gemacht. Ich kann auch eine Schilderung des Haushaltsquerschnittes uns allen ersparen, weil das auch schon geschehen ist. Ich kann zur Schuldenstandsentwicklung selbst nur die Zahlen wiederholen und vielleicht eine Ergänzung dazu machen, daß wir 1989 - abgesehen von den von Kollegen Wippersberger genannten Zahlen - eine Neuverschuldung von brutto 57,2 wurde angeführt, unter Einrechnung des Tilgungsdienstes einen Schulden-Nettozuwachs von 29,1 Millionen haben werden. Das heißt um 29,1 Millionen Schilling übersteigt die Kreditaufnahme den Darlehensdienst. Das ist die Konsequenz aus der ohnehin schon dargestellten Schuldendienstbelastung. Daß der Schuldendienst im Jahre 1989 voraussichtlich 63,8 Millionen Schilling in Summe betragen wird, hat Kollege Vizebürgermeister Wippersberger schon ausgeführt. Das heißt, pro Einwohner in der Stadt sind es 1.640 Schilling. Wenn man die Einwohnerstärke zugrundelegt, die aus der Volkszählung kommt, das sind die 38.920, die der Aufteilungsschlüssel für die Bundesertragsanteile sind. Wir müssen ja den Aufteilungsschlüssel dann für alle anderen Pro-Kopf-Ableitungen anwenden, wenn sie realistisch sein sollen.

Zum Schuldenstand selbst bietet der Haushaltsvoranschlag als Zahlenwerk eine neue Darstellung, die nach Zweck der Schuldenaufnahme geordnet ist. Ich bedanke mich bei den Beamten, die das erstellt haben, für die viele Arbeit, die das zweifellos bedeuten hat müssen, weil die Darlehenswidmung auf die einzelnen Haushaltsposten umgelegt werden muß. Es ist eine neue Darstellung, aber sie ermöglicht uns Übersicht. Für diejenigen, die es nicht gemacht haben, habe ich eine Hitliste nach Schuldenvolumen erstellt. Es ist nämlich nicht ganz uninteressant, wenn wir uns vor Augen halten, wofür wir die größten Kreditvolumina als Stadt betrachten müssen. Dabei kommt man darauf, daß für die Gemeindestraßen mit 118,9 Millionen Schilling der absolute Renner in der Schuld Aufnahme zu verzeichnen ist und sich daraus im nächsten Jahr ein Nettoaufwand von 18 Millionen Schilling ergeben wird. Also Zinsendienst und Tilgungsdienst aus dem Schuldenvolumensanteil Gemeindestraßen wird alleine 18 Millionen Schilling betragen. Die zweite Position hält erwartungsgemäß die Abwasserbeseitigung mit 92,3 Millionen Gesamtschuldenvolumen und einem Nettoaufwand von 6,3 Millionen Schilling. Aber wohl gemerkt ohne Reinhaltverband. Das sind die rein kommunalen Aufwände aus Kreditdienst, das sind also wieder Zinsen und Tilgung. Der dritte Platz sind die berufsbildenden höheren Schulen, was an sich nicht einmal eine städtische Aufgabe wäre, das muß ausdrücklich dazugesagt werden, weil das Schuldenvolumen aus dem Titel 53,6 Millionen Schilling beträgt. Das ist die Investition, die die Stadt Steyr darin gesetzt hat, daß die Kinder und Jugendlichen aus der Stadt und aus dem Umland schulbildungsmäßig besser betreut werden können und besser untergebracht werden können.

9,7 Millionen Schilling ist der dazu erforderliche Nettoaufwand. Das Stadttheater selbst, beide Stadttheater, stehen im Schuldenvolumen mit 44,5 Millionen Schilling an vierter Stelle und belasten uns im nächsten Jahr mit 6,1 Millionen Schilling Darlehensdienst. Erstaunlicherweise erst 5. Platz Grundbesitz, also die Anschaffung von Grund und der Darlehensdienst daraus. Darüber stehen noch zu Buche Restkredite mit 31,7 Millionen und am 6. Platz kommt man, wenn man alle Sportanlagen in Summe addiert mit den Sportanlagen für 25,4 Millionen Schilling. Die allgemeine Wohnbauförderung ist dann das Nächste mit 20,6. Jedenfalls wiederhole ich auch bei dieser Schuldenstandsanalyse die Nettoaufwandsbelastung von 63,8 Millionen Schilling, die zweifellos den Spielraum für das nächste Jahr bedeutend einengt. Und mit den Folgekosten bei der Neuverschuldung, die zwar netto nicht so dramatisch ist, aber mit 57 Millionen brutto doch respektabel ist, wieder einen ganz gewaltigen Zinsendienst oder Kreditdienst auf uns bringen wird. Ich bitte daher noch einmal um eine sorgfältige Investitionsplanung, damit uns nicht eines Tages aller Spielraum genommen wird. Sehr viel haben wir ohnehin nicht mehr, wenn wir uns die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes anschauen, spricht das Bände. Wenn Aktivbezüge, Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Betriebsaufwand zusammen 443 Millionen Schilling - etwas mehr sogar - ausmachen und wir dagegen halten die 632,5 Millionen Haushaltsvolumen, dann sollte das an sich alles sagen, was da im ordentlichen Haushalt noch an Spielraum über bleibt. Jetzt könnte man noch einige Daten wegaddieren, die notwendigen Ausgaben aus dem Sozialbereich zum Beispiel. Wenn man das noch wegrechnet, dann ist das Bild sicherlich nicht erfreulich, wie man vielleicht euphorisch sagen könnte nach dem Haushaltsjahr 1988. Sicher nicht erfreulich. Wir müssen also trachten, so wie es alle Fraktionen alle Jahre sagen, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren durch verbesserte Büroorganisation das vorhandene Personal zu einer bürgerfreundlichen Dienstleistung befähigen. Ich unterstelle sicherlich niemandem den Willen, hier im Haus von der Beamtenschaft, daß er nicht bürgerfreundlich sein will. Aber ich glaube, daß die Hilfsmittel durchaus notwendig sind, in der Verbesserung notwendig sind, damit das noch effektiver sein kann. Überhaupt dann, wenn Abgänge nicht ersetzt werden sollen. Das eine bedingt das andere ganz notwendigerweise. Wir müssen versuchen, die Personalkosten soweit es irgendwie geht,

im Griff zu behalten. 1988 ist dies ja weitgehend geschehen. Der Blick in die Zukunft ist nicht ganz so optimistisch. Ich möchte damit - nicht daß ich wieder falsch verstanden werde und damit nicht irgend jemand auf die Idee kommt und den Bleistift spitzt und wieder einen offenen Brief schreibt - nicht die Beschneidung von wohlerworbenen Rechten ausdrücken. Ich möchte damit nicht ausdrücken, daß Leistung nicht anerkannt werden sollte, aber ich möchte zur Behutsamkeit anregen. Ich möchte bei der Rationalisierung hinweisen, daß Einschränkung von Mehrbedarf notwendig ist und ich möchte bei der Rationalisierung noch einmal die bürgerfreundliche Verwaltung in den Vordergrund der Überlegung der Investition stellen.

Wir werden ausgewogene Bezugssysteme brauchen, wir werden eine sparsame und objektive Personalpolitik brauchen, wenn wir diese Aufgabenstellung erfüllen sollen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, der Gemeinderat hat die Halbzeit seiner Funktionsperiode hinter sich. Die ÖVP-Fraktion hat versucht, in den drei Jahren mit konstruktiven Vorschlägen mitzuhelfen, mitzugestalten. Wir sind dabei - leider - nicht immer auf Verständnis gestoßen, eine Kostprobe haben wir ja gerade wieder erlebt. Meine Bitte an die Mehrheit daher, sehen Sie doch nicht in konstruktiven Vorschlägen nur den politisch anders Denkenden, sondern den Lösungsansatz, den Denkansatz für bestehende Probleme, den Versuch zur Gemeinsamkeit. Nur im Miteinander können wir die Aufgaben meistern. Wir von der ÖVP-Fraktion, leisten unseren Beitrag, leisteten unseren Beitrag und wollen ihn auch weiter leisten. Darauf können Sie sich verlassen.

Zum Haushaltsvoranschlag 1989 wird meine Fraktion die Zustimmung geben einschließlich aller Anhänge, die aufgezählt wurden. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitern in der Finanzabteilung des Hauses, bedanke mich bei allen Mitarbeitern im Rathaus und in den städtischen Unternehmungen und wünsche Ihnen allen namens der ÖVP-Fraktion - ich bitte den Herrn Magistratsdirektor, dies an die Beamtenschaft zu bestellen - und auch Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Raum, gesegnete Weihnachten und ein gesundes und friedliches neues Jahr. Ich möchte von hier auch diesen Wunsch auch an die Bürger unserer Stadt ausdrücken.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Kollege Pragerstorfer ist der Nächste.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, ich will versuchen, daß ich es im Verhältnis 1 : 9 hinkriege, also in einem Neuntel der Zeit von Kollegen Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

War es zu lange?

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Nein, es war so interessant.

Sie kennen mich jetzt einige Monate und Sie wissen, daß ich um Worte eigentlich nie so richtig verlegen war. Beim Budgetvoranschlag für 1989 geht es mir zum ersten Mal so, daß ich eigentlich nicht die Worte finden kann für das, was ich bei den Rechnereien der letzten Wochen und letzten Nächte gefunden habe. Ich habe mir die Mühe gemacht, die Haushaltsentwicklung seit dem Jahre 1980 retrospektive nachzurechnen, Entwicklungen und Tendenzen herauszurechnen und auch eine Vorausschau zu halten auf die nächsten 5 Jahre unter gewissen optimistischen oder pessimistischeren Bedingungen. Was den Voranschlag für das Jahr 1989 in diesem Zusammenhang kennzeichnet, ist das, daß er recht gut in die Bedingungen hineinpaßt, die wir die letzten 10 oder 9 Jahre gehabt haben. Das Jahr 1988 hat anfänglich so ausgesehen, als würde es ein bißchen da herausfallen, noch schlimmer werden. Es ist zum normalen Schlimmen zurückgekommen. Die einen sagen Gott sei Dank, ich habe schon beim Nachtragsvoranschlag gesagt, eher Gott sei leider. Ich bin noch einer der Jüngeren hier im Gemeinderat und ich muß stellvertretend für die jüngeren Bürger der Stadt Steyr, die jetzt in das Alter kommen, wo sie mehr und mehr in verantwortliche Positionen ausrücken und einmal selber sehen, welche Zukunft vor ihnen liegt, sagen, vor der mittelfristigen Zukunft graut mir eigentlich, was die Haushaltsentwicklung der Stadt Steyr betrifft. Ich will mich auch nicht in Details zum Haushalt einlassen, sondern mich eigentlich auf die längerfristigen Tendenzen beschränken, damit ich mein Versprechen von 1 : 9 auch halten kann. Ich sehe in dieser Budgetentwicklung - das Jahr 1989 muß ich dazusagen, paßt da unheimlich gut hinein - in keiner Weise etwas Besonderes, ein langsames, fast im Zeitlupentempo vor sich gehendes Abrutschen in die finanzielle Unbeweglichkeit. Wenn man sich den Gesamthaushalt anschaut, fällt einem zwar durchaus Positives auf, z. B. daß man den Personal- und Sachaufwand mit einem Anstieg von etwa 3 Prozent gegenüber 1988 geringer als im Durchschnitt der letzten Jahre halten hat können. Es geht dies hauptsächlich zu Kosten der Einsparungen bei den Vertragsbediensteten der Gruppe III. Man könnte boshafterweise dazusagen, wieder einmal auf die Kleinen. Es ist nur so, daß es längerfristig nicht reichen wird. Es war Anfang der 80iger Jahre so, daß man, wenn man die Steuereinnahmen und Leistungseinnahmen genommen hat und davon abgezogen hat den Personal- und Sachaufwand - Subventionen, Personalaufwand, Sachaufwand, Aufwandsentschädigung - etwa 80 Prozent der Einnahmen dafür ausgegeben hat. Jetzt am Ende der 80iger Jahre sind wir schon bei 90 Prozent. Also jedes Jahr 1 Prozent und das nächste Jahr ist keine Ausnahme davon, gehen wir in die Richtung der finanziellen Unbeweglichkeit. Es zeigt sich, wenn man diese Trends weiterrechnet und nicht hofft, daß sich alles selber zum Guten wendet, sondern einfach so weitertut, daß man, je nachdem was man halt jetzt nimmt, entweder die ersten 7 Jahre, den Durchschnitt der ersten 7 Jahre oder den Durchschnitt der letzten 5 Jahre, irgendwann in den Jahren 1993 - 1995 spätestens dort sein wird, daß man 100 Prozent der Steuereinnahmen für fixe Ausgaben hat. Ich glaube nicht, daß wir den Punkt erreichen, weil wir ihn nicht erreichen können. Aber sie können sich natürlich vorstellen, was das heißen wird in einigen Jahren für die Budgeterstellung, für die Streitigkeiten. Für das, was da bevorsteht. Herr Vizebürgermeister Wippersberger hat von den Schwierigkeiten gesprochen, die stattgefunden haben, bis man das heurige Budget erstellen wird. Wenn Sie in der nächsten Legislaturperiode, Herr Wippersberger, noch einmal als Finanzreferent da sein werden im Gemeinde-

rat, werden Sie mit Freuden zurückdenken an die einfachen Zeiten der 80iger Jahre, wo noch was da war, damit man etwas investieren oder reparieren hat können. Irgendwann einmal am Anfang des nächsten Jahrzehnts, werden wir den Zustand erreichen, daß wir neue Schulden aufnehmen müssen, um die alten Schulden zurückzuzahlen und um die Zinsen zu zahlen. Weil unser ganzes Geld geben wir für Personal- und Sachaufwand aus, wenn man an diesen Verhältnissen nichts ändert. Ich habe schon gesagt, es gibt Bemühungen, das zu ändern. Die Bemühungen waren bei den laufenden Kosten, diese Bemühungen sieht man nicht bei den Investitionen. Bei den Investitionen ist es eher so, daß die Tendenz der Schuldenentwicklung noch verschärft wird. Die Schuldenaufnahme gegenüber dem Vorjahr ist mit 44 Prozent wesentlich mehr als dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Wir haben aber trotzdem, auch wenn man im langfristigen Durchschnitt bleiben würde, es geschafft, von 1980 bis 1990 den Schuldenstand der Stadt zu verdoppeln. Von 275 auf 550 Millionen Schilling. Wenn wir so weitertun, wie wir jetzt weitertun, können wir noch in diesem Jahrhundert die Schuldenmilliarde feiern. Nur zahlen werden wir das kaum mehr können, denn bis dorthin haben wir aus anderen Gründen schon keinen Spielraum mehr, um Schulden zu zahlen. So geht es unmöglich weiter. Ich kann als Vertreter einer so kleinen Fraktion an Sie nur appellieren, ändern Sie das, was immer auch die Kosten und Schwierigkeiten sein werden. Was immer auch die Probleme und Streitigkeiten, die da intern auftauchen, sein werden. Was immer auch die berechtigten oder mehr oder weniger berechtigten Wünsche sein werden, wir werden diese zurückstellen müssen. Ich würde Ihnen jetzt schon empfehlen, stellen Sie eine Liste der Dienstleistungen der Stadt auf, auf die die Stadt notgedrungen ermaßen verzichten wird müssen sie zu erbringen, weil irgendwann einmal wird das Geld fehlen. Ich habe in meiner Naivität nur einmal angenommen, man könnte mit einer Verwaltungsreform mittelfristig so viel Geld herausholen, daß der ordentliche Haushalt zu sanieren ist. Sie haben mir gesagt, es ist nicht möglich, weil die meisten Leistungen sind Dienstleistungen. Verwaltung ist nicht sehr viel. Also es bleibt nichts anderes als der mittlere Weg, der Einschränkung der Verwaltung. Außer es passiert wirklich ein halbes Wunder und wir nehmen auf einmal wirklich um so viel mehr Geld ein, mit dem heute niemand rechnet. Ich bin ein pessimistischer Mensch und ein vorsichtiger Mensch geworden nach 10 Jahren Gewerbebetrieb. Ich rechne also eher, daß sich die Verhältnisse so weiter entwickeln wie sie bisher waren. Es ist auch so, daß Sie gesagt haben, wir müssen schauen, daß wir unseren Kanalbau noch über die Runden kriegen, solange noch billiges Geld vom Wasserwirtschaftsfonds zu holen ist. Wer weiß, wie lange es das Geld noch gibt. Da hört man schon, daß das Geld ausgeht. Ein durchaus berechtigtes Unterfangen, aber man muß dabei auch sehen, die Hälfte Geld bekommen wir vom Wasserwirtschaftsfonds billig für den Kanalbau. Die andere Hälfte müssen wir uns teuer leihen. Bei ungefähr 25 Millionen Kanalbau, haben wir heute gehört, müssen wir 10 oder 12 Millionen für die Straßen außerdem zusätzlich noch ausgeben, wenn man sie reparieren will. Das ist auch wieder teures Geld. Das heißt, für ein Drittel billiges Geld zwei Drittel teures Geld. Das kann einfach nicht so weitergehen. Sie haben auch gesagt, wir haben noch Rücklagen gehabt, die man im vorigen Jahr gebildet hat, um heuer den ordentlichen Haushalt zum Teil abzudecken und die Schuldenaufnahme nicht so hoch zu halten, wie sie hätte sein müssen, hätten wir diese Rücklagen nicht gehabt. Soweit ich weiß, sind die Rücklagen im wesentlichen weg. Was tun wir nächstes Jahr, was tun wir übernächstes Jahr? Da ist nichts mehr da. Es gibt keinen Hinweis darauf, daß sich die Haushaltsentwicklung so gestaltet, daß man dann keine Rücklagen brauchen würde. Wir würden sie wieder brauchen. Woher nehmen wir das Geld? Alles deutet darauf hin der Zwang zur höheren Schuldenaufnahme. Wir sitzen ja schon auf ziemlich einem Schuldenberg. Ich habe also vor einigen Monaten vorgeschlagen, wir mir das zum ersten Mal bewußt geworden ist, man mache ein Fastenjahr. Einmal soll sich die Stadt hin-

stellen und sagen, liebe Leute, liebe Bürger, es erschreckt uns, wenn wir in die Zukunft schauen. Ein Jahr tun wir jetzt einmal bremsen. Sicher hilft uns das nicht über alle Runden, aber 1 Jahr tun wir nur einmal Schulden tilgen, verschieben alle nur irgendwie möglichen Investitionen um genau 1 Jahr. Ich würde sogar so weit gehen und nach dem Kanalbau den Leuten ein Schild hinstellen und sagen, liebe Leute, wir würden gerne die Straßen reparieren, wir machen es erst im nächsten Jahr, wir möchten leider nicht so viele Schulden machen. Dafür lassen wir uns auch einmal eine üble Nachrede machen. Manche Leute meinen, das geht nicht, das kann man nicht machen. Viele von Ihnen, die Jüngeren von Ihnen, werden noch erleben, was alles gehen wird müssen, wenn wir so weiterwirtschaften. Jetzt sind wir noch beim Wollen und beim Können, in drei, vier Jahren sind wir beim Müssen. Denken Sie zurück an den Ausspruch von Bruno Kreisky vor 10 Jahren, wie er gesagt hat, 1 Milliarde Schulden mehr macht mir weniger Kopfzerbrechen als ein paar tausend Arbeitslose mehr. Wunderbar. Und was sagt man jetzt auch in seiner eigenen Partei über Bruno Kreisky? Der Alte hat es gut gehabt, jetzt ist er in der Rente und wir dürfen die Schulden bezahlen. Möchten Sie wirklich, daß über den Stadtrat, über den Bürgermeister, über uns alle Gemeinderäte in 10 Jahren einmal dasselbe gesagt wird. Die haben es leicht gehabt vor 10 Jahren, wir dürfen jetzt alle zahlen.

Ich gehöre zu den Jüngeren, ich habe auch Interesse, daß wir in zehn Jahren auch noch einen Spielraum haben, um auch dann noch berechnete Wünsche erfüllen zu können. Nicht daß wir uns dann jahrelang zwangsweise mühen müssen, einfach nur Schulden rückzuzahlen, einfach nichts mehr zu investieren, damit wir überhaupt einmal wieder Luft bekommen. Natürlich wird die Stadt nicht so leicht pleite gehen, natürlich ist der Landeskommissär, der manchmal wo herumgeistert bei Gemeinden, die sich da schwer verkalkuliert haben, weit weg. Ich will es auch nicht überdramatisieren, aber leicht wird das Ganze nicht werden. Es wird leichter werden, wenn wir noch mehr, als im Voranschlag drinnen ist, in Zukunft versuchen, hauszuhalten. Wenn diese vielen berechtigten Wünsche halt noch wesentlich mehr reduziert werden. 20, 25 Millionen müssen sein, wenn wir nicht in 5 Jahren wirklich vor dem Ende stehen in der Hinsicht. Sie reden so sehr, daß wir mit der Pro-Kopf-Verschuldung noch ganz gemütlich im Mittelfeld seien. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist eine nette Zahl, die sagt gar nichts. Ich kann ja nicht die Schulden fiktiv auf so und so viele Steyrer aufteilen. Die Stadt Wels hat bei sehr viel mehr Bewohnern ein Budgetvolumen von ca. 1,4 Milliarden, Steyr ist bei 750 Millionen. Die tut sich natürlich leichter, mehr Schulden zurückzuzahlen. Man kann doch niemandem erzählen, daß man für 5.000 oder 10.000 Leute mehr, wenn wir fast das doppelte Budget zur Verfügung haben, doppelt so teure Leistungen erbringt. Es tun sich halt manche leichter, manche weniger leicht. Wir tun uns schwer und es gibt keinen Blickwinkel der sagt, wir werden uns in Zukunft leichter tun.

Ich kann daher, obwohl ich es mir nicht leicht gemacht habe, dem Voranschlag, so wie er ist, nicht zustimmen. Obwohl ich die positive Seite bei der Ausgabenentwicklung bei den fixen Kosten sehe, ist mir der Anstieg bei den Schulden, zusammengerechnet mit der Auflösung der Rücklagen, einfach zu stark, daß ich diesen Dingen so einfach zustimmen kann. Ich kann Sie hier eigentlich nur warnen, an Sie appellieren, diesen noch bequemeren Weg zu verlassen, bis es einfach notwendig ist und unbedingt sein muß. Ich weiß, daß das Budget beschlossen wird. Ich werde mir daher zur Aufgabe nehmen, im nächsten Jahr wieder darauf hinzuweisen bei den entsprechenden Positionen. Ich werde auch den Ausgaben bei den entsprechenden Investitionspositionen nicht zustimmen. Ich hoffe, daß es mir gelingt, Ihnen diese Entwicklung so lange drastisch zu schildern, bis Sie doch noch rechtzeitig einschwenken, daß uns ein bißchen ein Spielraum bleibt, bevor wirklich alles vorbei ist.

Ich möchte zum Schluß aber trotz aller dunklen Worte sagen, ich habe im Gemeinderat bisher nichts von Ihnen zu hören bekommen, wo ich mich persönlich angegriffen gefühlt hätte oder mißachtet oder so irgendwie. Sie haben mich recht freundlich und respektabel aufgenommen. Ich möchte Ihnen allen ein gutes neues Jahr wünschen, ein gesegnetes Weihnachtsfest, auch den Beamten, die ich ja wenig in Anspruch genommen habe, als Gemeinderat nachzufragen. Wo ich etwas wissen wollte, habe ich es erfahren. Ich hoffe doch, daß es gelingt, auch in fünf Jahren noch recht ruhig und ohne Nervosität vielleicht in dem Klima, das heute schon einmal beschworen worden ist oder gewürdigt worden ist, miteinander zu arbeiten. Selbst wenn ich dem Gemeinderat nicht mehr angehören würde. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, Sie ein bißchen zu erschüttern.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pragerstorfer für seinen Beitrag. Nächster Redner ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Jede Partei, die hier Stellung nimmt, geht natürlich von ihrem Standpunkt aus und so gehe auch ich von unserem Standpunkt aus, der grundsätzliche Überlegungen beinhaltet.

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1989 wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 632,570.000 und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 112,795.000,- ausgeglichen.

Das war im letzten Voranschlag nicht der Fall. Allerdings konnte dies bereinigt werden durch die hohen Steuernachzahlungen im Nachtragsvoranschlag. Demnach beträgt der Gesamthaushalt 745,365.000 Schilling. Gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1988 verringert sich der Gesamthaushalt der Stadt Steyr um 34,054.000 Schilling. Den ständig steigenden Erfordernissen für den Schuldendienst stehen die Auswirkungen des Finanzausgleiches gegenüber. Der Stadthaushalt für das Jahr 1989 ist gekennzeichnet von einer Stagnation - von meiner Warte aus - bzw. Rückentwicklung. Bei der Erstellung des Haushaltsvoranschlages ging man vom finanziellen Ergebnis, nämlich nicht vom Vorjahr, sondern vom Jahr 1987 aus plus einer Steigerung von 5 Prozent. Gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1988 verringert sich der ordentliche Haushalt um 15 Millionen Schilling auf 632,570.000 Schilling und der Gesamthaushalt wie gesagt um 34 Millionen.

Wie man aus dem umfangreichen Ziffern- und Zahlenwerk des Voranschlages ersehen kann, wächst der Anteil von Jahr zu Jahr für die Schulden, Rückzahlung und für die Kreditaufnahme. Die Schuldentilgung macht im kommenden Jahr S 28,100.000, aus. Und über 57 Millionen muß die Stadt bei den Banken aufnehmen, um die präliminierten Ausgaben für 1989 bedecken zu können. Das bringt immerhin eine Steigerung der Pro-Kopf-Verschuldung eines Steyrer Bürgers auf über 1.400 Schilling.

Die Gesamtverschuldung erhöht sich damit am Ende des Jahres 1989 auf rund 552 Millionen Schilling.

Für uns Kommunalpolitiker stellt sich daher die berechtigte Frage, nämlich nach der Ursache der Schwächung der Finanzkraft der Stadt Steyr. Die Hauptursache, meine Damen und Herren des Gemeinderates, liegt bei der finanziellen Benachteiligung der Gemeinden durch Bund und Land. Diese Benachteiligung wurde wiederum zementiert im neuen Finanzausgleich, der mit 1. Jänner 1989 auf 4 Jahre in Kraft tritt. Ebenso kommt es zu Mindereinnahmen durch die ab 1. 1. 1989 in Kraft tretende Steuerreform. Und dies ist mit ein Grund, wie mir bei einem persönlichen Gespräch der Finanzreferent, Vizebürgermeister Wippersberger, erklärte, daß eine Reihe berechtigter Wünsche, die ich im Interesse der Steyrer Bürger zur Erstellung des Voranschlages schriftlich einbrachte, unberücksichtigt bleiben. Allerdings möchte ich dazu kritisch anmerken, daß bei der Unternehmerförderung,

die ja zur Tarnung immer wieder als sogenannte Wirtschaftsförderung bezeichnet wird und auch bei den Politikerbezügen keine so große Sparsamkeit festzustellen ist und daher auch keine Einsparung erfolgt.

Für die Unternehmerförderung sind im außerordentlichen Haushalt über 8 Mill. S vorgesehen und für die Bezüge und Pensionen der Steyrer Politiker S 10,772.000,-. Und wenn die 2,9prozentige Gehaltserhöhung für die Beamten und Bediensteten auch für die Gemeindefunktionäre zum Tragen kommt, wird diese Voranschlagspost sogar auf ca. 10,892.388 steigen. Die präliminierten 205 Millionen Bundesertragsanteile sind ebenfalls in die finanzielle Rückentwicklung unserer Stadt eingebunden. Gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1988 kommt es zu einer geschätzten Mindereinnahme um 7 Millionen. Eine schwere Finanzbelastung ist für die Stadt Steyr, daß im kommenden Jahr an Landesumlage 18 Millionen Schilling und an Krankenanstaltensprengelanteil 23,5 Millionen an das Land abgeführt werden müssen. Aber insgesamt, meine Damen und Herren, kommt die Benachteiligung der Stadt gegenüber dem Land dadurch zum Ausdruck, daß z. B. das Land an die Stadt 25 Millionen Schilling an Bedarfszuweisungen und Beiträgen leistet und die Stadt an das Land über 66 Millionen abliefern muß.

Es zeigt sich auch im allgemeinen, daß die Gemeinden immer mehr unter einen gewissen Finanzdruck kommen. So haben z. B. in Oberösterreich die 445 Gemeinden insgesamt rund 2,25 Milliarden Schilling als Umlagen zu leisten. Nach den letzten Berechnungen haben die 445 Gemeinden in unserem Bundesland eine Finanzkraft von 8,8 Milliarden Schilling, die sich aus 5,2 Milliarden Ertragsanteilen und 3,6 Milliarden Gemeindesteuern zusammensetzen. Dem stehen freilich Schulden im Gesamtausmaß von über 8,5 Milliarden gegenüber, also etwa 10 Prozent der gesamten Finanzkraft der Gemeinden. Nach der Aussage des SPÖ-Gemeindereferenten von Oberösterreich, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner, stehen heuer von 791 Millionen Schilling Bedarfszuweisungen des Landes nur 38 Millionen zur freien Verfügung. Es ist auch Ihnen bekannt, daß im Vorjahr 70 öö. Gemeinden den ordentlichen Haushalt nicht ausgleichen konnten. Und heuer sind es bereits 84 Gemeinden. Und im kommenden Jahr ist die Finanzlage der Gemeinden auch nicht rosig. So manche Kommunalpolitiker und Landespolitiker, wie Landeshauptmann Dr. Ratzenböck, vertreten die Auffassung, daß der Finanzausgleich ein großer Erfolg sei. Nach genauer Betrachtung bleibt für die Gemeinden nicht viel übrig. Das mußte heute schon unser Finanzreferent in seiner Einleitung bei der Vorstellung des Budgets 1989 feststellen.

Der Einnahmeausfall durch die Steuerreform ab 1. Jänner 1989 beträgt, wie Kollege Wippersberger gesagt hat, für die öö. Gemeinden 400 Millionen, durch die Beteiligung an der Kapitalertragssteuer bekommen sie zwar 150 Millionen, was in Summe aber noch immer ein Minus von 250 Millionen für die Gemeinden ergibt, die andererseits die größten Investoren im öffentlichen Bereich sind. Alle anderen Forderungen der Gemeinden wurden aber bei den Finanzausgleichsverhandlungen, wie Sie wissen, vom Bund ziemlich kaltschnäuzig möchte ich sagen abgeblockt. Seit Jahren kritisierte ich als Sprecher meiner Partei den Mißstand, daß die Gemeinden durch die hohen Abgaben an das Land und die zu geringe Beteiligung an den Ertragsanteilen in die Rolle eines Bettlers gedrängt werden und damit die vielzitierte Gemeindeautonomie zur Farce wird, hat nun kürzlich Landeshauptmann-Stellvertreter Grüner ebenfalls aufgegriffen. Grüner nannte konkret, daß im Vorjahr 1987 die öö. Gemeinden 490 Millionen Landesumlage, 538 Millionen Bezirksumlage, 609 Millionen Sprengelbeiträge, 153 Millionen Berufsschulbeiträge und 462 Millionen sonstige Zahlungen, also zusammen 2,25 Milliarden Schilling zu leisten hatten.

Meine Damen und Herren, diesen Finanzdruck werden die Gemeinden auf die Dauer sicherlich nicht aushalten.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß man die Gemeindeprobleme immer im Zusammenhang mit der Bundes- und Landespolitik sehen muß. Wir Kommunisten treten

für eine grundlegende Änderung der Finanzpolitik ein, für eine soziale Umverteilung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung und der Gemeinden. Ich vertrete auch dabei die Auffassung, daß das gesamte Einkommen und Vermögen der Reichen erfaßt werden muß und wesentlich höher besteuert wird. Der jährliche Steuerausfall aufgrund der zahlreichen Möglichkeiten der Unternehmerbesteuerung zu entgehen, wird ja auch heuer wiederum von Sachverständigen mit rund 35 bis 40 Milliarden Schilling bezeichnet. Durch das Finanzausgleichsgesetz 1989 wird der finanzielle Handlungsspielraum der Gemeinden weiter eingeengt. Daher kann kein Kommunalpolitiker mit dem erreichten Ergebnis zufrieden sein. Das neue Finanzausgleichsgesetz für eine vierjährige Periode sieht die Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vor. Weiters sieht dieses Finanzausgleichsgesetz vor, daß die Gemeinden an der Kapitalertragssteuer, von dem man sich insgesamt jährlich einen Ertrag von rund 4 Milliarden Schilling erhofft, mit 23 Prozent beteiligt werden. Für die Gemeinden bedeutet dies rund 1 Milliarde Schilling jährlich. Gleichzeitig aber werden die Gemeinden durch die Steuerreform rund 2,5 Milliarden Schilling verlieren, das bedeutet, die Beteiligung an der Kapitalertragssteuer gleicht die Verluste durch die Steuerreform nicht einmal zur Hälfte aus.

Angesichts dieser Tatsache, meine Damen und Herren des Gemeinderates, kann man wohl kaum von einer Stärkung der Finanzkraft der österr. Kommunen sprechen. Und durch die zunehmende Verschuldung einerseits und der geringen Ertragsanteile an den Steuern andererseits werden die Spielräume der österr. Gemeinden, darunter auch der Stadt Steyr, weiter eingeschränkt. Die Tendenz, sich für notwendige Investitionen auch weiterhin die nötigen Finanzmittel über die überhöhten kommunalen Tarife und neuen Gemeindesteuern zu holen, wird sich nach meiner Meinung nach auch in unserer Stadt wiederum verstärken. Wie schon im vergangenen Jahr werden sich die Kommunalpolitiker der Mehrheitspartei auch hier im Rathaus die notwendigen finanziellen Mittel von der Bevölkerung holen, um dringend notwendige Aufgaben und Investitionen in Bereichen der Beschäftigungspolitik, des Umweltschutzes oder der Sozialpolitik leisten zu können. Oder anders ausgedrückt, man wird sich die fehlenden, notwendigen Finanzmittel durch Gebühren- und Tarifierhöhung wiederum von der breiten Bevölkerung holen. Durch den neuen Finanzausgleich wird auch die gemeindefeindliche Landesumlage nicht beseitigt. Daher wird unsere Stadt auch im Jahre 1989 18 Mill. S an Landesumlage zu entrichten haben. Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, nicht nur wir Kommunisten verlangen seit Jahren die Abschaffung dieser gemeindefeindlichen Landesumlage, sondern auch - das möchte ich positiv hervorheben - die sozialistische Mehrheit des Gemeinderates. Allerdings ist der SPÖ vorzuwerfen, daß sie trotz ihrer Machtposition im Bund, in den Ländern und auch Gemeinden die Landesumlage nicht über den Finanzausgleich, wenn schon nicht völlig beseitigt, so doch zumindest auf ein unbedeutendes Maß reduziert hat.

Auch im Landesbudget für das Jahr 1989 vermisse ich wirksame Maßnahmen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, für greifenden Umweltschutz, für soziale Sicherheit und vor allem zur Stärkung der Gemeinden. In der Wirtschaftspolitik des Landes müssen nach meiner Meinung nach im Vordergrund jeglicher Förderungen die heimischen und vor allem die Steyr-Werke stehen. Die Verlängerung der Wohnbauförderung macht eine gravierende Veränderung auch beim Einsatz der Finanzen notwendig. Ich plädiere daher für

eine gezielte Förderung beim sozialen Wohnungsbau, Maßnahmen, um den Wohnbau aus den Fesseln der Banken zu befreien, und für eine wirk-
same Wohnbeihilfe für alle sozial Bedürftigen bei Einbeziehung
der explodierenden Betriebskosten. Dringend notwendig erscheint
mir auch eine gesetzliche Regelung zur Erfassung der leerstehen-
den Wohnungen in unserer Stadt, damit auch die Stadt ein Einwei-
sungsrecht bekommt. Sie wissen auch aufgrund der Erhebungen, daß
mehr als 645 Wohnungen in unserer Stadt nicht benützt werden bzw.
leer stehen. Grundsätzlich möchte ich dabei feststellen, daß eine
Erhöhung des Anteils der Gemeinden aus dem Topf des Finanzaus-
gleichs notwendig sei, um die Gemeinden aus der sich verstärken-
den Rolle des Bettlers um Bedarfszuweisungen beim Land zu befreien
und ihre Autonomie ernst zu nehmen.

Ich fordere daher erneut die Reduzierung der extrem hohen Politi-
kerbezüge um ein Drittel. Sie könnten, meine Damen und Herren, da-
mit beweisen, ob Ihre zur Schau getragene Spargesinnung wirklich
ernst gemeint ist.

Die Arbeitsmarktentwicklung in unserer Stadt und in der Region
Steyr ist besonders bedenklich und wäre eigentlich eine Aufforde-
rung zum Handeln für alle politisch Verantwortlichen. Im Vormonat
gab es, wie Bürgermeister Schwarz heute einleitend schon berichtet
hat, in unserer Region über 2.333 Arbeitslose. Um 2,5 Prozent mehr
als im Vergleichsmonat des Jahres 1987. Damit liegt die Arbeits-
losenrate in unserer Region deutlich über dem Bundesdurchschnitt
und auch deutlich über dem oberösterreichischen Durchschnitt.
Besonders schlimm ist der hohe Anteil der Langzeitarbeitslosen, die
Jugend- und die Frauenarbeitslosigkeit. Immerhin sind es 600 junge
Menschen bis 25 Jahre, die keine Arbeit haben und viele sind gar
nicht registriert. Und immerhin sind über 1.137 Frauen ohne Be-
schäftigung. Das alles stellt der Politik der Sozialpartner ein
schlechtes Zeugnis aus. Der Grund der hohen Arbeitslosigkeit in
unserer Region ist die verstärkte Rationalisierung und der Einsatz
neuer Technik ohne Rücksicht auf das soziale Umfeld. Betroffen da-
von sind die Frauen, was wiederum beweist, daß sie von den ÖVP-
und SPÖ-Verantwortlichen der Wirtschaft nach wie vor nicht als voll-
wertige Arbeitskräfte betrachtet werden.

In der letzten Arbeiterkammer-Vollversammlung in Oberösterreich -
sie fand vor wenigen Wochen statt - an der Bundeskanzler Dr. Vra-
nitzky teilnahm, kritisierte Kollege Pimsl mit Recht, daß die CA
und der Vorstand der Steyr-Daimler-Puch bei der Sanierung trotz
bereits gebrachter Opfer über die Interessen der Belegschaften
drüberfahren - der Ausdruck war wörtlich. In emotionsloser Banker-
manier erwiderte der Bundeskanzler Pimsl und meinte unter anderem,
die Betriebsräte hätten sich zu wenig für Ersatzarbeitsplätze oder
über den genauen Inhalt von Betriebsverkäufen, etwa vom Verkauf
des Steyr-Wälzlagerwerkes an den schwedischen SKF-Konzern bemüht.
Dazu möchte ich feststellen, daß in erster Linie die Bundesregie-
rung, an der Spitze Bundeskanzler Dr. Vranitzky, für diese Entwick-
lung bei Steyr-Daimler-Puch AG voll verantwortlich ist. Die Zer-
schlagung des einheitlichen Konzerns konnte nur mit Zustimmung
der Regierung erfolgen. In den letzten 10 Jahren sank der Beschäf-
tigungsstand des entscheidenden Betriebes in der Region Steyr, in
den Steyr-Werken, von rund 11.000 auf 4.300. Direktor Freudenthaler
hat ja heute um 13 Uhr im ORF mitgeteilt, es seien nur mehr 4.200
Arbeitsplätze. Dem gegenüber wurden in dieser Zeit nur rund 2.500
Arbeitsplätze geschaffen, im besonderen durch die Ansiedlung des

BMW-Motorenwerkes mit rund 1.900 Arbeitern und Angestellten. Ich habe mich als Sprecher der Kommunisten hier im Gemeinderat in all den Jahren bemüht und immer wieder davor gewarnt, die Steyr-Daimler-Puch AG zu zergliedern und dann anschließend Teile des Betriebes an das ausländische Kauptal zu verkaufen. Die Entwicklung hat den Befürchtungen der KPÖ-Fraktion leider, möchte ich sagen, recht gegeben. Die völlige Zerschlagung des größten, entscheidenden Unternehmens in der Region, der stolzen Steyr-Daimler-Puch AG, ist mit dem sogenannten lastenfreien Verkauf des Wälzlagerwerkes an SKF nun endgültig vollendet. Bekanntlich hat der schwedische Konzern SKF 75 Prozent der Anteile am Wälzlagerwerk erworben. Am 30. November 1988 wurden die im Werk beschäftigten 858 Arbeiter und 320 Angestellten von dem ausländischen Großkonzern gekündigt. Mit 1. Dezember wurden 690 Arbeiter und Angestellte von der neuen Firmengemeinschaft SKF Steyr übernommen. 150 Beschäftigte wurden auf ein Jahr befristet und weitere 190 auf nur ein halbes Jahr befristet eingestellt. Gleichzeitig wurden Kollegen in die Frühpension geschickt bzw. 25 gekündigt. Man hat außerdem sofort Sozialleistungen gestrichen und den Arbeitern und Angestellten des Wälzlagerwerkes einen Teil der ihnen zustehenden kollektivvertraglichen Lohn- und Gehaltserhöhung gestrichen. Gleichzeitig kassieren die Manager von Steyr-Daimler-Puch zusammen mehr als 17,5 Millionen Jahresgehalt. Der Generaldirektor Voisard und seine vier Vorstandskollegen bezogen im Krisenjahr 1986 pro Mann und Nase im Durchschnitt mehr als 3,5 Millionen Schilling für eine derartige Leistung, die sie uns jetzt präsentieren.

So, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sieht die vielgerühmte Sozialpartnerschaftspolitik in Wirklichkeit aus. Ein kleiner Teil bereichert sich auf Kosten der Opfer und Mehrleistung der Werktätigen auch in schweren Zeiten.

Nun erlauben Sie mir einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen zu einem größeren Problem. Ein EG-Beitritt Österreichs würde nach Schätzungen das Loch im Bundesbudget um 40 bis 60 Milliarden vergrößern, was letztenendes wiederum zu Lasten der Finanzkraft vor allem der untersten Einheit, nämlich der Gemeinden, ginge. Die EG und die Frage, EG-Beitritt ja oder nein, bewegt die Gemüter in Stadt und Land. Manche Politiker wollen uns immer wieder einreden, daß unser Land seine Probleme nur durch einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft lösen könnte. Aber gerade diese Herren müßten wissen, daß die EG wahrlich kein Paradies ist. Dort gibt es derzeit 17 Millionen Arbeitslose bis zu einer Arbeitslosenrate, wie z. B. in Spanien, von fast 20 Prozent. Es gibt in diesen Ländern einen brutalen Sozialabbau und gleichzeitig auch die Vernichtung von Bauernhöfen und Gewerbebetrieben durch eine übermächtige Konkurrenz von Agrarfabriken und Riesenkonzernen. Und will man vielleicht damit unsere Probleme lösen? Oder geht es um ein anderes Problem, nämlich darum, daß österreichische Großunternehmer schon jetzt unter dem Schlagwort "Europareife" einen verstärkten Angriff auf Löhne, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen gestartet haben? Das Beispiel von Spanien und Portugal, die als letzte der EG beigetreten sind, zeigt, daß es nach dem Beitritt in diesen Ländern einigen wenigen vielleicht besser ging, der großen Mehrheit aber schlechter. Man versucht, uns einen EG-Beitritt mit dem Argument der Verbilligung der Preise schmackhaft zu machen, verschweigt aber, wie hoch der politische Preis wäre, den wir

bezahlen müßten. Es geht um den Staatsvertrag und die immerwährende Neutralität, die Grundlagen unserer Republik. Selbst ÖVP-Außenminister Mock hat sich von seinem konservativen belgischen Amtskollegen Thindemanns belehren lassen müssen, daß Neutralität und EG-Mitgliedschaft unvereinbar sind, weil die EG nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine politische Union mit militärischen Ambitionen ist.

Eigentlich, meine Damen und Herren, gehört das zum politischen ABC eines Politikers. Es ist daher traurig, daß sich ein österreichischer Politiker in dieser Frage vom Ausland Nachhilfeunterricht geben lassen muß. Nun, wenn es auch manche Großkoalitionäre nicht gerne hören wollen, wen die Neutralität wichtiger ist als die EG, für den kommt ein EG-Beitritt Österreichs nicht in Frage. Es ist auch einfach nicht wahr, daß die Existenz Österreichs von der Mitgliedschaft zur Europäischen Gemeinschaft abhängt. Die letzten Jahrzehnte haben in ausreichendem Maß bewiesen, daß unser Land außerhalb der EG eine bessere wirtschaftliche Entwicklung genommen hat als der Durchschnitt der EG-Länder. Aber damit das weiter so bleibt, muß ein wirklicher österreichischer Weg beschritten werden. Österreichisch handeln heißt nach meiner Meinung daher, daß unser Land gleichwertige Beziehungen zu allen Staaten Europas in Ost und West entwickelt und unterhält. Denn die europäische Gemeinschaft ist nicht Europa und schon gar nicht die ganze Welt. Österreichisch handeln heißt auch, daß man sich wieder auf die Stärke unseres Landes besinnt und nicht an das Ausland eine wirtschaftliche Schlüsselposition nach der anderen ausliefert. Die Privatisierung gut gehender Staatsbetriebe ist nicht bloß ein Ausverkauf des Tafelsilbers, sondern schon ein Griff auf unser Volkvermögen. Österreichisch handeln heißt nach meiner Auffassung auch, ein Neuaufleben des unheilvollen Zweifels an der Lebensfähigkeit unseres Landes nicht zuzulassen und die Existenz einer österreichischen Nation voll anzuerkennen. Das ist eine sehr wichtige Frage, Kollege Schloßgangl, weil das hängt sehr eng mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Wir Österreicher sind keine Deutschen, das sei auch dem Großgrundbesitzer aus Kärnten in sein braunes Stammbuch geschrieben. Handeln wir daher österreichisch und sorgen wir dafür, daß die Wiederbelebung von Deutschtümelei, nationalistischer Engstirnigkeit und Ausländerfeindlichkeit nicht nur eine ideologische Mißgeburt, sondern eine politische Totgeburt wird.

Ausgehend von meiner grundsätzlichen Einschätzung und Schlußfolgerung zum Voranschlag 1989 wurden von der KPÖ-Fraktion bereits im Sommer konkrete Vorschläge zur Erstellung des Budgets unterbreitet. Und nun daraus einige Schwerpunkte.

Wir sehen nach wir vor als Hauptproblem in unserer Stadt die Wohnungsfrage. An die 2.000 Familien bewerben sich, wie Sie wissen, oft seit vielen Jahren um eine GWG-Wohnung der Stadt Steyr, natürlich mit erschwinglichen Mieten. Aus diesem Grund sind wir für einen verstärkten Wohnungsbau und daß neben den geringer werdenden Förderungsmitteln des Landes Oberösterreich auch die Stadt Steyr den finanziellen Zuschuß für den Wohnungsbau wesentlich im Budget erhöht. Leider muß ich sagen, findet dieser Vorschlag keinen Niederschlag im Budget 1989. Weiters wird vorgeschlagen, das gemeindeeigene freie Grundstück zwischen den Liegenschaften Haratzmüllerstraße 33 und 37 mit einer Wohnanlage zu verbauen und dort Zwei- und Dreizimmerwohnungen mit sozialen Mieten zu errichten.

Ich sehe im Budget keinen Ansatz.
Fortgesetzt werden sollen auch die Instandhaltungs- bzw. Renovierungsarbeiten bei den gemeindeeigenen Althäusern, im besonderen in der Wehrgrabengasse, ohne eine Belastung der Mieter. Dieser Aufgabe hat sich die Mehrheit des Gemeinderates durch den Verkauf der zwei in Gemeindeeigentum befindlichen Wohnhäuser - mit der heutigen Beschlußfassung - entzogen. Wir sind auch der Auffassung, daß die Elendsquartiere in der Steinfeldstraße aufgrund des miesen Zustandes entweder saniert oder im kommenden Jahr beseitigt werden. Im Falle einer Abtragung sollte jedoch vorgesorgt werden, daß Ersatzwohnungen in einem Neubau mit Sozialmieten errichtet werden. Außerdem haben wir eine Reihe von Vorschlägen neben den angesprochenen Wohnungsfragen als Schwerpunkt auch zum Sozialbereich, zur Umwelt und Verkehr unterbreitet. So wird die Bereitstellung der Gehaltskosten von S 300.000,- für einen Notfallsanitäter verlangt, um endlich auch in Steyr einen Notarztwagen einsetzen zu können. Bereits im Vorjahr regte ich die Einführung eines Familienpasses an, der Familien mit zwei Kindern 50 Prozent Ermäßigung bei der Autobusgebühr ermöglichen soll. Außerdem ist die KPÖ-Fraktion der Auffassung, daß der Seniorenpaß der Stadt Steyr für alle Pensionistinnen und Pensionisten unabhängig vom Alter gewährt werden soll. So soll auch der bereits im Jahre 1986 gefaßte Beschluß für die Errichtung eines Naturlehrpfades am Steinbruchweg zwischen Schwimmschulstraße und Unterhimmler Au endlich im kommenden Jahr realisiert werden. Damit könnte man zumindestens die zwei Tafeln, die dort schon seit Jahren aufgestellt sind, entfernen. Der provisorisch angelegte Parkplatz beim Pensionistenwohnheim Steinfeldstraße soll asphaltiert und mit Bodenmarkierungen versehen werden. Stärker als bisher soll auch die Stadtverwaltung bei Bund und Land die Errichtung einer unbedingt notwendigen vierten Ennsbrücke verlangen. Wir haben auch bei unseren Vorschlägen neuerlich die Schaffung einer leistungsfähigen Straßenverbindung von Steyr zur Westautobahn bzw. in den ö. Zentralraum urgiert. Zum wiederholten Male habe ich im gemeinderätlichen Verkehrsausschuß aber auch hier im Gemeinderat auf die Umweltbelastungen durch den Fahrzeugverkehr im Wohngebiet Resthof-Tabor hingewiesen. Die KPÖ-Fraktion hat auch dazu konkrete Verkehrsmaßnahmen vorgeschlagen, um die Umweltbelastung in diesem dicht verbauten Wohngebiet zu mildern. Aber durch eine bestimmte Laxheit offenbar werden Erledigungen solcher wichtiger Probleme für die Bevölkerung verhindert oder hinausgeschoben. Das gleiche kann man auch zum notwendigen Umbau des Ennsner Knotens feststellen. Seit über 10 Jahren wird von den Straßenverantwortlichen des Bundes und des Landes geplant und umgeplant, wie wir sehen kommt es aber einfach zu keiner Realisierung bzw. zu keiner Bauausführung. Unser Vorschlag war vor 10 Jahren die Errichtung eines Kreisverkehrs und einer Fußgängerunterführung am Ennsner Knoten, um vor allem die Verkehrssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Der Straßenverkehr würde flüssiger und die Bevölkerung an der Ennsner Straße durch Lärm und Abgase weniger belastet werden. Um diese wichtigen Vorschläge und Wünsche im Interesse großer Teile der Bevölkerung erfüllen zu können, bedarf es auch bei uns im Gemeinderat eines Umdenkens. Denn die dafür notwendigen Finanzmittel können nur dadurch gesichert werden, wenn die Stadt in Zukunft keine Finanzausschüsse und Begünstigungen in

Millionenhöhe für Großunternehmer gewährt.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates besonders von SPÖ und ÖVP, welche anstehenden Probleme der Stadt wurden von Ihren Abgeordneten, z. B. Landtagsabgeordnetem Kogler, Dresl, Derflinger oder Landesrat Reichl im Rahmen der Budgetdebatte des Landtages vor einigen Tagen aufgerollt? wie z. B. Fragen der mieten Bahnverbindung von und nach Steyr oder die Frage der verstärkten Wirtschaftsförderung für die Krisenregion Steyr. Dafür, meine Damen und Herren, sind im Landesbudget im kommenden Jahr keine Mittel vorgesehen. Es blieb auch dem Klubobmann und Sprecher der SPÖ, Abgeordnetem Schwarzinger vorbehalten, die Forderung nach einem Notarztwagen für Steyr zu urgieren. In seinem Generaldebattenbeitrag zum Landesbudget erklärte Schwarzinger u. a. wörtlich: Das Ziel sozialistischer Gesundheitspolitik sei es, ständig neue Aktivitäten zum Wohle der Bevölkerung zu setzen. Er sieht die Aufgabe des neuen Gesundheitsreferenten, Landesrat Fritz Hochmayr, darin, weitere Maßnahmen zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung zu setzen und daß z. B. die Notfallversorgung durch die Installierung zusätzlicher Notarztwagen in Steyr, Wels und Ried verstärkt wird. Daraus ist auch zu sehen, daß das Engagement der Steyrer Politiker im Landtag nicht allzu groß ist. Wir als Gemeinderat von Steyr müssen uns daher gemeinsam mit den engagierten Ärzten des Landeskrankenhauses Steyr für die rasche Installierung eines Notarztwagens stärker als bisher verwenden und einsetzen. Ich gehe aus Zeitgründen nicht auf alle Schwerpunktausgaben für das kommende Jahr ein. Es wurde schon von meinen Vorrednern sehr deutlich unterstrichen, wo die Schwerpunkte gesetzt werden, z. B. im Bereich des Umweltschutzes und des Kanalbaues, wofür 44 Millionen präliminiert wurden. Die Sanierung im Zentralaltersheim und die Erneuerung der Heizanlage erfordern Mittel in Höhe von 4,5 Millionen. Auch für den Wohnbau, den ich kritisiert habe, und für die Wirtschaftsentwicklung.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben heute schon gehört, es gibt im Gemeinderat ausgesprochene Sparer. Von diesen werden, ausgehend von einer unsozialen Haltung, die hohen Personalkosten der Stadt immer wieder kritisiert. Obwohl man genau weiß, daß die Leistungen der Gemeindebediensteten laufend zunehmen und sie mehr Aufgaben haben, vor allem im Zentralaltersheim und in der Pflegeabteilung. Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen unsere Arbeiter, die unter schwersten Bedingungen den Straßen- und Winterdienst besorgen oder eingesetzt sind bei der Müllbeseitigung. Hier wird immer pauschal festgestellt, die Personalkosten seien zu hoch, hier müßte gespart werden. Ich erspare mir, obwohl ich es vor hatte, Ihnen das Punkt für Punkt zu zergliedern, wo die Schwerpunkte der Ausgaben für das Personal liegen. Der Schwerpunkt liegt im Sozialbereich und im ZAH, wo allein insgesamt von den rund 235 Mill. nur 54 Millionen verwendet werden. Ich glaube auch, daß man diesen Kritikern vor Augen halten müßte, sich selbst von den Leistungen unserer Beamten und Bediensteten zu überzeugen. Sie sollen einmal unter den gleichen Bedingungen und mit gleichem Lohn oder Gehalt nur eine Woche diese schwierigen Aufgaben selbst übernehmen. Dann würde hier bestimmt ein Umdenken auch im Gemeinderat vor sich gehen.

Nun zu den grünen Ratschlägen. Gemeinderat Pragerstorfer meint zum Budget 1989, daß ein Fastenjahr ohne jegliche Investitionen und eine Verwaltungsreform mit Personalumschichtung die einzige

Rettung für die Finanzen der Stadt Steyr wäre. Konkret sollten alle Investitionen nach seiner Auffassung um ein Jahr verschoben werden und kein Ersatz für ausscheidendes Personal und keine neuen Schuldenaufnahmen gemacht werden. Nach seiner Meinung sollte die Stadt Steyr, das ist immerhin ein 800 Millionen-Betrieb, wie er meint, wie ein kapitalistisches Unternehmen geführt werden. Das hieße im Klartext, beim Personal kräftig abbauen und verstärkt rationalisieren. Diese politische Weisheit, meine Damen und Herren, führt aber zwangsläufig dazu, lieber Kollege Pragerstorfer, daß man im Personal den Sündenbock für die Finanzprobleme einer Stadt zu suchen hat und nicht in der Benachteiligung der Stadt Steyr durch Land und Bund.

Nun zu einem Umweltproblem. Bereits vor mehr als drei Jahren machte ich den Gemeinderat aufmerksam, daß es durch die Verbrennungsanlage des Landeskrankenhauses Steyr zu einer penetranten Geruchs- und Umweltbelästigung der umliegenden Bewohner kommt. Aber lange Zeit wurde dies in Abrede gestellt. Ja man erklärte sogar der Öffentlichkeit, die Anlage sei technisch so umgerüstet, daß es zu keiner Umwelt- bzw. Geruchsbelästigung kommen kann. Es blieb aber die Tatsache, daß laufend unkontrolliert Giftstoffe in die Luft geblasen werden, die die Gesundheit der Menschen angreifen. Die zuständige Landesbehörde ist in voller Kenntnis dieser Sachlage und bis heute wurde nichts dagegen unternommen. Ja im Gegenteil, sie erklärt dazu, daß die Verbrennungsanlage weiterhin zumindest bis Ende 1989 in Betrieb bleiben wird. Gegen diese Umweltbelastung und Gefährdung der Gesundheit der Steyrer Bevölkerung protestierte ich auf das schärfste und verlange die sofortige Einstellung der Verbrennung von gesundheitsgefährlichem Krankenhausmüll.

Nun zum Problem, das uns heute von Bürgermeister Schwarz unterbreitet wurde, und zwar zu den lecken Giftfässern.

Am Samstag, 3. Dezember, entdeckten Grundwehrdiener des Bundesheeres bei der Aktion "Saubere Umwelt" zwei verrostete Fässer mit Lackresten. Von den Soldaten wurde sofort das Umweltschutzreferat der Stadt Steyr alarmiert. Oberamtsrat Gergelyfi und Umweltschutzstadtrat Pimsl nahmen gemeinsam einen Lokalausweis vor. Die einfachen Soldaten, die Grundwehrdiener, haben rasch gehandelt. Die Analyse des Inhalts der Fässer ergab neben Lackresten auch Spuren von Chrom, Blei, Kupfer und Zink. Und das Umweltschutzreferat ist überzeugt, daß noch mehr Fässer in diesem Grundstück vergraben sind und daß eventuell auch Giftstoffe in das Erdreich und damit in das Grundwasser gelangt sind. Während wir da sitzen, haben die Grabungsarbeiten laut ORF auf diesem Grundstück begonnen. Als Mitglied des gemeinderätlichen Umweltausschusses erfuhr ich erst am 7. Dezember durch eine ORF-Sendung davon. Ich stelle daher an OAR Gergelyfi und Stadtrat Pimsl die berechtigte Frage, warum haben Sie es verabsäumt, den zuständigen Ausschuß rechtzeitig zu informieren und aus welchem Grund haben Sie diesen Vorfall verschwiegen? Seit dem Vorfall vom 3. 12. tagte nämlich am 5. 12. der Umweltausschuß und es wurde dort mit keinem Wort von den Giftfässern berichtet, obwohl sogar Kollege Bachner dort an Ort und Stelle eine Firma in einer ähnlichen Form verdächtigte im Zuge der Meldungen, nämlich daß gegenüber der Ennsseite auf der Mülldeponie der Steyr-Werke ebenfalls solche giftigen Stoffe vor Jahren abgelagert wurden. Das wäre zumindest für Dich, Kollege Pimsl, Anlaß gewesen, daß man dem Umweltschutzausschuß Mitteilung gemacht hätte, was drinnen war, also den Inhalt, das muß

man ja nicht gleich wissen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Ich habe diese Mitteilung gemacht, das hat auch Koll. Pragerstorfer bestätigt, daß ich am Montag den Vorfall, also am 5. 12, den Umweltausschuß bei der Betriebsbesichtigung der Fa. Bachleitner zum Schluß, wie wir beisammen gestanden sind - wenn Du nicht aufpaßt, kann ich nichts dafür - informierte, daß wir am Samstag vergangener Woche anläßlich einer Umweltaktion Fässer an der Enns entdeckt haben, deren Inhalt wir nicht kennen, aber einer chemischen Analyse zugeführt haben. Ein entsprechendes Ergebnis ist noch ausständig. Ich kann nicht schon vorweg ein Ergebnis sagen, das ich nicht kenne. Es hätte sich genau so als harmlos herausstellen können. Aber mir zu unterstellen, ich hätte den Ausschuß nicht informiert, ist gelinde gesagt falsch.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Kollege Pimsl, das nehme ich zurück und möchte aber doch feststellen, daß diese Erklärung irgendwo in einem Raum gefallen ist, aber nicht offiziell in einer Sitzung, sondern in Gegenwart von anderen - ich kenne den Betrieb nicht - geäußert wurde. Du weißt genau, daß auch zwischendurch Gespräche mit dem Besitzer oder dem Ingenieur von mir aus geführt wurden. Das ist nicht eine Unaufmerksamkeit gegenüber dem Referenten, aber das ist nicht die Form, wie man hier den Umweltausschuß informiert. Trotzdem nehme ich das zur Kenntnis, daß zumindest ein Großteil der Ausschußmitglieder davon in dieser Form in der Sondermüll-Lagerhalle wahrscheinlich erfahren hat. Es hat viele Gespräche gegeben, wo man nicht jede Äußerung verfolgen kann.

Nun zu einem entscheidenden Problem, wo es notwendig ist, daß man bei jeder Budgetdebatte das in Erinnerung ruft.

Im Sommer 1986 wurde von einer internationalen Tagung der St. Ulricher Friedensappell beschlossen, dem sich die Stadt Steyr im September 1986 sowie weitere 100 Gemeinden in Österreich anschlossen. Und seither haben die öö. Friedensbewegung und die Friedensinitiativen und auch verschiedene Gemeinden durch ihre gesetzten Aktivitäten sehr wesentlich dazu beigetragen, daß es zu ersten wichtigen Schritten in der Kernwaffenabrüstung kam. Das Übereinkommen zwischen der Sowjetunion und den USA über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa führte, wie Sie wissen, zu einer Entspannung auf unserem Kontinent. Und nun hat der Generalsekretär der KPdSU, Gorbatschow, in der UNO-Vollversammlung weitere einseitige Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion unterbreitet. So sollen bis 1991 - ohne Gegenleistung von Westen - eine halbe Million Sowjetsoldaten und 10.000 Panzer aus Europa abziehen und abrüsten. Aber auch wir im Steyrer Gemeinderat dürfen nicht nur vom Frieden sprechen, sondern müssen in der Praxis mehr für den Frieden tun. Denn Frieden sichern heißt gleichzeitig, mehr Gerechtigkeit in der Welt durchzusetzen. Derzeit verhungern in der Dritten Welt Tausende von Menschen täglich und mit dieser Situation dürfen wir uns als Gemeinderäte nicht abfinden.

Im Budget der Nachbargemeinde St. Ulrich mit rund 3.000 Einwohnern sind S 120.000,- für Friedens- und Entwicklungshilfe vorgesehen und es gibt seit Jahren einen aktiven gemeinderätlichen Friedensausschuß. Bei der österr. Friedenstagung am 3. und 4. Dezember in St. Ulrich und im Casino Steyr, bei der die Stadt durch Vizebürgermeister Wippersberger würdig vertreten wurde, hat auch Bürgermeister Graf aus Ebensee über die Friedensarbeit und den Friedensausschuß seiner Marktgemeinde informiert. Es wurde dabei übereinstimmend festgelegt, daß in Zukunft über die Friedensaktivitä-

ten ein Austausch zwischen den Gemeinden und der Friedensbewegung erfolgt.

Im Stadthaushalt der Stadt Steyr ist für die Friedensarbeit und für die Entwicklungshilfe kein einziger Schilling vorgesehen. Und dieser Mangel müßte meiner Meinung nach schnellstens beseitigt werden. Konkret schlage ich vor, daß im kommenden Jahr ein gemeinderätlicher Friedensausschuß durch den Gemeinderat ins Leben gerufen wird. Gleichzeitig soll ein Entwicklungsprojekt in Nicaragua, in der 6.000-Einwohnerstadt San Carlos, unterstützt werden. Eine direkte Verbindung und Entwicklungshilfe seitens der öö. Landeshauptstadt Linz gibt es bereits seit Jahren, der sich die Stadt Steyr nach meiner Auffassung anschließen soll. Ich bin auch der Meinung, daß ein Budgetansatz auch gleichzeitig die Bürger unserer Stadt zur moralischen und finanziellen Hilfeleistung für die Schwächeren, für die Dritte Welt motiviert. Denn im Jahre 2000 wird die Situation so sein, daß 80 Prozent der Weltbevölkerung in den sogenannten Entwicklungsländern leben und nurmehr 20 Prozent in den Industrieländern. Wie auch Sie wissen, werden viele Milliarden Finanzmittel sinnlos für die Rüstung hinausgeschmissen und für die Weiterentwicklung der atomaren Waffen ausgegeben. Ich bin fest überzeugt, daß die Völker in der Lage sind, unsere Welt von der nuklearen Vernichtung zu bewahren. Ich bin auch überzeugt, daß die Völker in der Lage sind, die Welt zu verändern, die globalen Probleme zu lösen und eine Welt zu schaffen, die frei ist von Armut, Hunger und Haß sowie eine Welt ohne Krieg und Gewalt. Wir Kommunalpolitiker und die Friedensinitiativen müssen auch unserer Regierung nahelegen, daß sie sich für die zügige Weiterführung des Abrüstungsprozesses einsetzt und für die Beendigung aller Kernwaffenversuche, für den Abschluß eines Vertrages über die Halbierung der Anzahl der Langstreckenraketen und schließlich für eine massive Reduzierung der sogenannten konventionellen Streitkräfte einsetzt. Und die durch diese Maßnahmen eingesparten, gigantischen Mittel sollten den Völkern in den Entwicklungsländern zugute kommen.

Abschließend möchte ich Ihnen und der Steyrer Bevölkerung öffentlich sagen, daß ich wie in den vergangenen Jahren auch im Jahr 1989 meine Aufgabe im Gemeinderat darin sehe, vor allem für die Arbeiter, Angestellten, Pensionisten und Gewerbetreibenden sowie für die sozial Schwächeren unserer Stadt zu wirken. Obwohl eine Reihe von mir gestellter Forderungen, Vorschläge und Wünsche im Interesse der Bevölkerung in diesem Budget nicht erfüllt werden, bin ich dennoch fest überzeugt, daß im Voranschlag 1989 so ein großer Spielraum vorhanden ist, um den einen oder anderen von mir erhobenen Vorschlag im Interesse unserer Bevölkerung zu verwirklichen. Trotz meiner sehr kritischen Feststellungen werde ich dem Voranschlag für das Jahr 1989 im Namen der KPÖ-Fraktion die Zustimmung geben.

Ich wünsche Ihnen persönlich und Ihren Familien sowie den Beamten und Bediensteten der Stadtgemeinde Steyr frohe Festtage und ein friedliches Jahr 1989. Helfen Sie auch persönlich mit, den Frieden in der Welt zu sichern.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Nächster ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich mich bemühen werde, nicht von Kärntner Großgrundbesitzern, aber auch nicht vom Globus-Verlag, wo bekanntlich die KPÖ-Millionäre sitzen, zu sprechen, sondern mich dem Budget der Stadt Steyr 1989 zuzuwenden. Die FP Steyr ist auch diesmal der Einladung des Finanzreferenten Herrn Vizebürgermeister Wippersberger nachgekommen, Wünsche und Anregungen für die Erstellung des Voranschlages 1989 einzubringen. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation unserer Stadtgemeinde konzentrierten wir uns aber mehr auf Einsparungsvorschläge, da nur neue Projekte nicht zur Sanierung des Stadthaushaltes beitragen. Bewußt wiederholten wir aber auch jene Forderungen der Vorjahre, die bisher nicht realisiert wurden.

Im einzelnen sahen die Anregungen der FPÖ, neben der im Verlaufe des Jahres 1988 eingebrachten Vorschläge, zum Budget 1989 folgendermaßen aus.

1. Mittelfreigabe für eine Universitätsstudie in Richtung mittel- und langfristiges Wirtschafts- und Investitionskonzept.
2. Förderung von Betriebsansiedlungen.
3. Lockerung der Vergaberichtlinien.
4. Steuererleichterungen für Steyrer Gewerbe- und Handelstreibende, die neue Betriebe errichten oder beabsichtigen, ihre Betriebe auszubauen, betreffend die Gemeindesteuer.
5. Vervollständigung des Radwegenetzes.
6. Übernahme der Haus- und Gehsteigreinigung für ältere und kränkliche Mitbürger unserer Stadt durch den Wirtschaftshof - Im Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt wie in Graz, auch für die Schneeräumung.
7. Schaffung neuer und Sanierung vorhandener Kinderspielplätze in Stadtteilen mit dichter Besiedelung.

Nun die Einsparungsvorschläge:

1. Senkung der Repräsentationskosten um 50 Prozent.
2. Streichung der Stadtratspensionen für jene, die bereits eine Pension aus dem Berufsleben beziehen.
3. Verwaltungsreform, die zielorientiert Einsparungen bringt.
4. Teilprivatisierung der Stadtwerkebetriebe. Da haben wir bereits darauf hingewiesen bei der Vorlage der Bilanz 1987 und folgende Vorstellungen geäußert, die ich jetzt wiederhole. Die Städt. Unternehmungen sollen in Aktiengesellschaften umgewandelt und Aktien zum Verkauf angeboten werden, analog jenen Privatisierungsmaßnahmen, die durch Bundes- und Landesregierung bereits zum Zwecke der Sanierung der Haushalte gesetzt wurden (z. B. OKA, ÖMV, Bundesforste). Auch heute darf ich feststellen, daß es nicht möglich ist, über einzelne Budgetkapitel getrennt abzustimmen. Wir hätten sicherlich die Möglichkeit gehabt, unter der Voraussetzung, daß man über einzelne Budgetkapitel getrennt abstimmen kann, einiges gut zu heißen und das auch dementsprechend bei der Abstimmung zum Budget zum Ausdruck zu bringen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, für dieses Gesamtwerk sehe ich mich namens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion aus Gründen, die ich bereits ausführlich dargelegt habe, außerstande, durch Zustimmung die Mitverantwortung zu übernehmen. Namens der FPÖ lehne ich das Budget 1989 ab. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte es nicht verabsäumen, von der Valorisierung mit Beamtengehältern, das heißt Einfrierung für den Zeitraum bis zur nächsten Gemeinderatswahl im Jahre 1991, zu sprechen.
6. 50 Prozent Einsparungen beim Amtsblatt.

Nun, meine Damen und Herren des Gemeinderates, was ist aus diesen unseren Anregungen zum Budget 1989 seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion geworden? Offensichtlich wurden vor allem die Einsparungswünsche vom Finanzreferenten als unerfüllbar gleich an das Christkind weitergegeben, denn der von uns geforderten Senkung der Repräsentationskosten um 50 Prozent wurde nicht entsprochen, im Gegenteil, die Repräsentationskosten werden im Voranschlag 1989 gegenüber dem Voranschlag 1988 um 2,2 Prozent ausgeweitet und es sind unter diesem Titel Ausgaben in der Höhe von S 566.000 geplant.

Von einer von uns geforderten Streichung der Pensionen für jene Stadtsenatsmit-

glieder, die aus dem Berufsleben keine Pension beziehen, ist keine Rede. Im Gegenteil, für ausgeschiedene Stadtsenatsmitglieder bezahlt man laut Voranschlag im Jahre 1989 insgesamt S 2,397.000,-, das sind um 3,2 Prozent mehr als 1988. Für die Pressestelle und das aufwendige Amtsblatt, im Volksmund auch Bürgermeister-Postille genannt, werden S 3,451.000,-, um 9,5 Prozent mehr als für 1988 aufgewendet. Öffentlichkeitsarbeit kostet Geld, aber so viel Geld muß man für Propaganda und Werbung auch nicht ausgeben. Und man muß feststellen, weitere Werbung für die SPÖ ist wegen dieses Amtsblattes gar nicht mehr notwendig. Sie wird von den zwei Mitarbeitern der Pressestelle bei Personalkosten von S 1,370.000,- erledigt.

An eine von uns geforderte Verwaltungsreform wird nicht einmal gedacht. Die Summe der hauptberuflich und nebenberuflich Beschäftigten soll auf 808, laut Soll-Stand ausgeweitet werden. Der Ist-Stand vom 1. 10. 1988 lautet 740 Beschäftigte. Dazu kommen noch 33 auf Karenzurlaub befindliche weibliche Bedienstete. Zieht man die unumgänglich notwendigen 82 Kindergärtnerinnen von dieser Beschäftigungszahl des Magistratsbereiches ab, dann verbleiben noch immer 759. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen - auch an die Adresse von Kollegen Trembl gerichtet - wir wollen niemanden vertreiben, aber die Tatsache, daß wir Personalkosten von S 278,526.000,-, davon S 10,772.000,- nur für die Bezüge und Pensionen des Gemeinderates ausgeben, sollte uns mehr als nur zu denken geben. Immerhin macht dieser Betrag von über 278 Millionen 46,6 Prozent der Reinausgaben des OH aus. Ein weiterer Punkt unserer Forderungen ist in diesem Budget nicht sichtbar, Der Verzicht auf Erhöhung der Mandatarsbezüge, die ja mit den Beamtenbezügen gekoppelt sind. Wir haben eine Einfrierung dieser Bezüge bis 1991, also bis zur nächsten Gemeinderatswahl, gefordert. Es ist überhaupt ein Unding, daß derartige Politikergehälter mit Beamtengehältern valorisiert sind.

In diesem Zusammenhang erinnere ich an den Landtagsbeschluß von SPÖ und ÖVP, der Anhebung der Bürgermeistergehälter in einer Zeit, wo gespart werden soll. Von hausgemachter Spargesinnung ist insgesamt gesehen keine Spur zu entdecken. Keiner unserer mit Schreiben vom 30. September 1988 an den Herrn Finanzreferenten deponierten Einsparungsvorschläge ist in diesem Voranschlag auch nur ansatzweise verankert. Wir haben auch eine Privatisierung von Teilen der Stadtwerkebetriebe gefordert - ohne Erfolg. Es ist bekannt, daß manche Private Arbeitsleistungen billiger und einen besseren Erfolg erbringen können als die öffentliche Hand. Allerdings müßte die Stadt die Rahmenbedingungen schaffen, wie z. B. den unumgänglichen Ankauf eines City-Busses, ein attraktiveres Stadtbad usw.

Aber, meine Damen und Herren, beleuchten wir einmal diese Betriebe. Der Voranschlag 1989 sieht für die 7 Teilbetriebe einen Aufwand bzw. einen Ertrag von 125,6 Mill. vor. Dazu kommen neue Erfordernisse von 30,7 Mill. für verschiedene Neuananschaffungen, die nur zu 30 Prozent durch aktivierte Eigenleistungen gedeckt werden können. 21,4 Millionen werden durch Kredite und Rücklagenentnahmen bedeckt. Für den ersten sogenannten Erfolgsplan der Stadtbetriebe muß die Stadt Steyr insgesamt 6,8 Millionen unter dem Titel Gemeindegewinnzuschuß gewähren, wie man auch auf S 341 des Voranschlages feststellen kann.

Und wenn es darum geht, etwas zu sanieren oder neu anzuschaffen, wie z. B. die Hallenbad-Gebäudesanierung, dann müssen Rücklagen oder Kredite zur Bewältigung dieser Aufgaben herhalten. Daher, meine Damen und Herren des Gemeinderates, und wegen der Personalkostenexplosion haben wir die Mittelfreigabe für eine Universitätsstudie gefordert, um zu überprüfen, wo kann gespart werden, wo und in welchen Zweigen können Privatunternehmungen effizienter als die öffentliche Hand Leistungen erbringen, in welche Richtungen sollen Investitionskonzepte entwickelt und realisiert werden, wie kommt man mit welchen Mitteln zu einem erfolgsbringenden Wirtschaftskonzept? Es kann doch niemand ernsthaft von sich behaupten, daß alle bisher getroffenen Maßnahmen und Beschlüsse und die immer

wiederkehrenden und äußerst konservativen Entscheidungen zur Schuldenabdeckung durch immer wiederkehrende Neuverschuldungen im Ausmaß von z. B. S 57,235.000,- für das Jahr 1989, der einzig richtig Weg ist um einer Ausuferung der Gesamtschulden zu begegnen? S 552,800.000,- Darlehensaufnahmen bedeuten bereits eine Pro-Kopf-Verschuldung von S 14.170,-, bedeuten eine jährliche Tilgungsrate von S 28 Millionen, eine jährlich ansteigende Zinsenlast von zur Zeit 36 Millionen. Also gehen 64 Millionen nur für den Schuldendienst auf. Wie soll das bitte weitergehen, das frage ich Sie? Jährlich 60 Millionen Neuschulden bedeuten, daß Steyr in 8 Jahren einen Schuldenstand von 1 Milliarde erreicht, das wäre die doppelte Höhe eines Jahresbudgets. Deshalb sollten berufenere Experten als wir es sind, sich über unsere Stadt, die Wirtschaft, die Verwaltung, die mögliche Privatisierung von Stadtbetrieben mit der Erstellung einer Studie befassen.

Nun wieder zu Einzelheiten des aoH. Um die Entnahme von Rücklagen wieder halbwegs wettzumachen, werden unbebaute Grundstücke um 10 Millionen verkauft, damit wieder Rücklagen gebildet werden können. Die Rücklagenentnahme zur Finanzierung des aoH beträgt 28,5 Millionen. Für den mit fast 112 Millionen angesetzten aoH müssen bei 11 Positionen insgesamt über 57 Millionen an Darlehen aufgenommen werden. Sogar für die im Rathaus notwendig gewordene Brandmeldestelle, die S 110.000,- kostet, müssen Rücklagen entnommen werden, für die Sportanlage des SK Vorwärts wird sogar ein Darlehen in der Höhe von 1 Million aufgenommen. Vom Land erhält die Stadt hingegen nur Geld bei zwei Positionen, einmal 6 Millionen für den mit über 31 Millionen bezifferten Straßenbau und einmal 8 Millionen für den mit 25 Millionen bezifferten Kanalbau. Dafür knöpft uns das Land eine Landesumlage von 18 Millionen ab. Gewinnt also nach Abzug der Landeszuschüsse für Straßen und Kanalbau noch 4 Millionen.

Es ist kein Wunder, daß das Land knausriger wird, ist doch der Landesfinanzreferent selbst schuld, wenn er als Chefunterhändler der Bundesländer gegenüber dem Finanzminister im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen auf 1 Milliarde Schilling verzichtet hat. Dieser Verzicht von Dr. Ratzenböck zugunsten der großen Koalition auf Bundesebene hat folgende Negativauswirkungen auf unser gesamtes Bundesland, darunter auch auf Steyr:

Das Land muß mit 560 Millionen an Ausfällen rechnen. Die Gemeinden werden um 400 Millionen weniger erhalten. Das Land wird statt 800 Millionen Haushaltsabgang ein Defizit von 1.935 Millionen aufweisen, die Gesamtschulden auf 12 Milliarden steigen. Der Dienstpostenplan für Lehrer wird um 402 gekürzt, weil dem Land 120 Millionen fehlen. Das wird sich auch auf die Steyrer Pflichtschulen negativ auswirken, auf die Kinder sowie auf die zu kündigenden Lehrer. Die Sonderförderung für die Region Steyr scheint im Voranschlag des Landes für 1989 überhaupt nur mehr bei null auf. Die Vereinbarung zwischen Bund und Land im Rahmen der Sonderförderung eines Staatsvertrages läuft im März 1989 überhaupt aus. Ich habe weder von SPÖ noch von ÖVP im Bund, Land oder hier in Steyr etwas gehört, daß diese Sonderförderung weiter aufrecht bleiben soll. Den Wohnbeihilfen-Empfängern, es gibt sehr viele auch hier in Steyr, kürzt man die Wohnbeihilfe im Jahr 1989 um 164 Millionen, um 18 Prozent, und im Jahre 1990 um 300 Millionen, also um 32 Prozent. Das ist zweifelsohne eine Verschlechterung, das ist eine massive Kürzung für viele, die im Vertrauen auf diese Regelung eine Wohnung übernommen haben, die sie sich ohne Förderung nicht mehr leisten können. Was wird die GWG machen, wenn diese Kürzungen der Wohnbeihilfe nächstes Jahr wirksam werden? Wer wird die Ausfallhaftung für jene Mieter übernehmen, die ihre Mieten nicht mehr wegen der Beihilfenkürzung bezahlen können?

SPÖ und ÖVP stimmten im Bund und Land diesen aufgezeigten Verhandlungsergebnissen zu. Unsere Vorschläge und Forderungen wurden leider ignoriert. Wir können jedenfalls solchen bedenklichen Vorgangsweisen nicht zustimmen.

Da gerade in letzter Zeit ohne freiheitliches Zutun ein Mietervereinigungs-skandal in der Öffentlichkeit bekannt wurde, möchte ich nochmals auf diesen Bereich zurückkommen. Bekanntlich sind ja zugunsten des Herrn Ex-Generalsekretärs Keller, des SP-Fraktions-Obmannes Lustig sowie 10 weiterer Mieterfunktionäre insgesamt mehr als 8 Millionen Taschengeld geflossen. Seit Bekanntwerden dieses unlustigen Skandals rund um den SP-Abgeordneten Lustig, ist nicht nur die gesamte Bevölkerung Österreichs, sondern vor allem sind die Bewohner von Mietwohnungen diverser Mietervereinigungen und Wohnungsgesellschaften äußerst beunruhigt und empört. Seither häufen sich auch die Gerüchte, daß z. B. bei der Berechnung von Verwaltungskosten nicht alles mit rechten Dingen zugehen könnte. Um diesen Gerüchten entgegenzutreten, meine Damen und Herren, sollten alle Wohnungsgesellschaften oder Genossenschaften ihre Bilanzen offenlegen. Auch die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der GWG Steyr werden ersucht, diesem Gedanken näherzutreten. Wir erhalten zwar eine Endbilanz des Wirtschaftsplanes der GWG auf Seite 357 dieses Voranschlages, aber nur Aufwendungs-gesamt-titel ohne Zuordnung von Einzelsummen. Vielleicht wäre eine totale Offenlegung im Hinblick auf die Abstellung von Gerüchten z. B. über den Betrag von 8,4 Millionen für Verwaltungskosten besser, um diesen Gerüchten den Nährboden zu entziehen. Schließlich erhält die GWG vom OH 3 Millionen aus Rücklagenentnahme als Hilfe, damit sie 1989 einen Gewinn von 6,2 Millionen erwirtschaftet. Die Selbstkontrolle, also die Eigenrevision ist doch zu wenig und wenn man guten Gewissens ist, dann braucht man auch eine differenzierte Offenlegung nicht zu scheuen.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Du weißt scheinbar nicht was Du sagst. Das ist eine Anschuldigung, eine Beschuldigung der Geschäftsführung der GWG, daß sie ihre Aufgaben nicht richtig wahrnimmt!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich beschuldige niemanden, ich darf das sagen, um allen Gerüchten den Nährboden zu entziehen. Das war keine Beschuldigung, sondern ich habe zum Ausdruck gebracht, das soll gemacht werden, um den Gerüchten den Nährboden zu entziehen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte jetzt nicht näher auf weitere Forderungen und Anregungen der letzten Jahre seitens der FP-Fraktion eingehen, aber doch kurz darauf hinweisen, wie beispielsweise einen verkehrsfreien Stadtplatz mit Einsatz eines City-Busses, sowie auf die Errichtung von zentrums-nahen Parkplätzen. Oder um einen anderen wichtigen Lebensbereich anzusprechen, Wohnungen nach einem Punktesystem zu vergeben sowie einen sogenannten Mietkauf zu ermöglichen. Das heißt, Wohnungsmietern nach etwa zwei Jahrzehnten anzubieten, die Wohnung zu einem angemessenen Preis zu kaufen, wie es auch die ÖVP fordert. Oder eine Statutenänderung entsprechend der OÖ. Gemeindeordnung herbeizuführen, um den kleinen Fraktionen z. B. die Möglichkeit zu geben, Ersatzpersonen für die Ausschüsse zu nominieren. Ebenso, meine Damen und Herren, wäre es angebracht, auch den Minderheitsfraktionen alle schriftlichen Unterlagen, den Kontrollaus-schuß betreffend, zur Verfügung zu stellen. Dies, wie gesagt, nur ein Hinweis auf einige Forderungen und Anregungen, um sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Auf eines möchte ich aber doch zum Abschluß noch näher eingehen, obwohl oder gerade weil ich bereits bei der letzten Budgetdebatte darauf hingewiesen habe. Bereits vor Jahren hat sich die Stadt Steyr zur Christkindlstadt erklärt. Mit Freuden haben wir das registriert, nicht zuletzt deshalb, weil wir seitens der FP-Fraktion Anregungen in diesem Zusammenhang öfters eingebracht haben und weil wir uns durch entsprechende Begleitmaßnahmen, wie die Abhaltung eines der

Christkindlstadt Steyr würdigen Advent- oder Christkindlmarktes, auch eine entsprechende Belebung unserer Wirtschaft erwarteten. Wo aber bleibt dieser Christkindlmarkt? Es ist einfach eine Schande. Jede kleine Gemeinde wie Garsten, Siering oder wohin man auch immer blickt, hat da mehr zu bieten, muß ich beschämt feststellen. Dabei hätte gerade die Stadt Steyr für die Abhaltung eines solchen Marktes geeignete Plätze anzubieten. Bereits vor Jahren habe ich darauf hingewiesen, daß sich der Bereich Promenade - Schloßpark dafür geradezu anbietet, wenn man schon den Stadtplatz als nicht geeignet für die Abhaltung eines Advent- oder Christkindlmarktes ansieht. Gerade aber der neugestaltete Stadtplatz wäre dafür geeignet.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich hoffe im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft, aber vor allem im Interesse des Ansehens unserer Stadt weit über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus, daß man endlich darangeht, dem Namen Christkindlstadt in diesem Bereich gerecht zu werden, worin immer auch die Gründe liegen, daß seit geraumer Zeit kein derartiger Markt in Steyr durchgeführt wird.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Voriges Jahr war der letzte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das war aber auch nur eine Notlösung, Kollege Holub, wie Du ja weißt, weil ja kurzfristig der Markt am Stadtplatz abgesetzt wurde.

Dann könnte auch in Zukunft der österr. Gewerkschaftsbund nicht wie bisher eine Einladung zum Besuch eines Christkindlmarktes im Ausland, sondern zum Besuch der Christkindlstadt Steyr werbewirksam aussenden.

Zurückkommend auf den Voranschlag 1989, meine Damen und Herren des Gemeinderates, darf ich festhalten, daß es uns nicht darum geht, nur zu kritisieren. Wir haben auch im Verlauf dieses Jahres immer wieder konstruktive Vorschläge zu den verschiedensten Themen und Problemen eingebracht und auch wieder bewiesen, daß wir bereit sind, Verantwortung und Beschlüsse mitzutragen. Nach Vorlage und Studium dieses Voranschlages stelle ich auch heute wieder fest, wenn es möglich wäre, über einzelne Budget-Kapitel getrennt abzustimmen, könnten wir durchaus einigen Teilbereichen die Zustimmung geben seitens der freiheitlichen Partei. Dem Gesamtwerk dieses Voranschlages 1989 kann ich aus Gründen der bedenklichen Vorgangsweise in mehreren Bereichen und der ständigen Ablehnung unserer Einsparungsvorschläge und Anregungen die Zustimmung namens der FP-Fraktion nicht geben.

Zum Schluß meiner Ausführungen, meine Damen und Herren, möchte ich so wie jedes Jahr allen Bürgern unserer Stadt, den Herren Bürgermeistern, allen Beamten und Bediensteten des Hauses sowie Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ein schönes Weihnachtsfest aber vor allem Glück und Gesundheit für das neue Jahr wünschen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einleitend möchte ich doch zu dem, was Kollege Eichhübl hier gesagt hat, mit aller Entschiedenheit darauf hinweisen, daß man auch damit, daß man ein Gerücht wiederholt, ein Gerücht fortsetzen kann. Du hast ausdrücklich gesagt, es ist ein Gerücht und ich würde bitten, daß man solche Äußerungen hier unterläßt. Es ist eine grobe Unterstellung, es gibt in dieser Richtung überhaupt keine Veranlassung. Alles ist in Ordnung, die Buchhaltung ist jederzeit einsehbar bei der GWG. Hier haben wir wirklich und unsere Beamtenschaft, die hier die Arbeit macht, die Geschäftsführung ..

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist ein Mißverständnis, ich habe nicht behauptet, daß irgend etwas nicht stimmt im Bezug auf die Arbeit oder Tätigkeit der Beamten, sondern es ist darum gegangen, eine Offenlegung zu ermöglichen, um zu sehen, welche Gelder für Verwaltungsaufgaben verbraucht werden. Ich möchte das mit aller Deutlichkeit noch einmal wiederholen. Es ist nicht darum gegangen, jemandem etwas zu unterstellen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Aber diese Äußerung habe nicht nur ich so verstanden, sondern alle anderen Kollegen auch.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das tut mir leid, wenn das mißverstanden wurde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gut, das wird zur Kenntnis genommen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Es ist eine ganz üble Methode, Gerüchte in die Welt zu setzen, indem man behauptet, es gäbe Gerüchte. Das ist eine ganz üble Methode. Ich bin wahnsinnig enttäuscht von Dir, Roman, daß Du auf diese Methode heruntersteigst. Aber das hast Du wohl dem Fuchs gestohlen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schwerpunkte dieses Budgets hat Kollege Wippersberger bereits einleitend in seiner Budgetrede dargestellt. Gestatten Sie mir aber doch einige grundsätzliche Überlegungen. Ich bitte auch um Verständnis dafür, daß ich nicht auf einzelne Debattenbeiträge, einzelne Erklärungen hier im Detail eingehen kann, das wird sicher Kollege Wippersberger im Schlußwort vornehmen. Wir haben für das Jahr 1989 eine geänderte steuerliche Situation in Österreich. Aufgrund dieser geänderten Situation ist die Einnahmenentwicklung sehr schwer abschätzbar. Wir haben keine Erfahrungswerte, wir sind darauf angewiesen, daß Berechnungen ihre Richtigkeit haben. Es hat sich in der Vergangenheit immer wieder herausgestellt, daß man sich auf solche Berechnungen, solche Mutmaßungen nicht immer verlassen kann. Nächstes Jahr werden wir uns da sicher schon etwas leichter tun. Ich glaube, daß daher - ich möchte das betonen - die vorsichtige Budgeterstellung für das Jahr 1989 gerechtfertigt ist. Deswegen auch ist eine nicht unwesentliche Einschränkung des außerordentlichen Haushaltes gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Das darf ich auch sehr deutlich hier sagen. Aufgrund dieser Situation ist mancher Wunsch nicht sofort erfüllbar und ich bitte um Verständnis dafür. Es wurden alle im Gemeinderat vertretenen Parteien eingeladen, Vorschläge zum Budget 1989 zu unterbreiten. Kollege Wippersberger hat in jedem einzelnen Fall mit den Vertre-

tern der Parteien verhandelt. Ich möchte hier keine Zahl sagen, aber wenn wir alle diese Wünsche, die sowohl bauliche als auch andere Maßnahmen beinhalten, wie Reduzierung bei Tarifen und Gebühren berücksichtigen würden, müßte das Budget wesentlich anders ausschauen. Das gebe ich ohne weiteres zu, es wäre wesentlich höher zu erstellen gewesen.

Kollege Pragerstorfer, ich darf sagen, daß Ihre Äußerungen für uns hier keine Neuigkeiten sind. Wir kennen die Problematik, in der wir uns befinden, sehr wohl, wir sind ja nicht alleine auf der Welt, sondern in allen anderen Gemeinden ist die Situation ähnlich. Sie haben verschiedene Vorschläge unterbreitet, allerdings nur sehr grob. Sie haben die Einnahmenentwicklung hier ein wenig beleuchtet, daß man auch auf diesem Gebiet etwas tun müßte. Sie haben sich sehr wohl davor gehütet, da müßte man natürlich auch, wenn wir das verwirklichen wollen, was ich mir vorstelle, auf tariflichem und gebühlichem Sektor das eine oder andere nach oben verändern. Das muß man der Ordnung halber sagen.

Ich glaube aber, daß wir verschiedene Positionen haben, die wir einfach nicht verändern können. Wir dürfen - das ist meine Überzeugung, und ich bin der Meinung, diese Überzeugung ist die Überzeugung fast aller Gemeinderäte - die Sozialleistungen und die Serviceleistungen für unsere Bevölkerung nicht einschränken. Der Aufwand dafür wird sich, so sehe ich das, in der nächsten Zeit aufgrund der Veränderungen der Strukturen, der Altersstruktur usw., eher noch erhöhen. Das muß uns klar sein. Wir haben hier die Verpflichtung gegenüber unseren älteren Menschen. Auch die Aufgaben für den Umweltschutz und in diesem Zusammenhang des Kanalbaues dürfen wir nicht einschränken, wenn wir nicht unliebsame Überraschungen in der Zukunft erwarten oder erleben wollen.

Meine Damen und Herren, ich bekenne mich auch zur Förderung der Wirtschaft, der Kultur. Zu dieser Kultur gehört natürlich auch die Denkmalpflege. Ich habe mit Bedauern festgestellt, daß hier eine Veranstaltung einer Partei stattgefunden hat und bei dieser Veranstaltung so getan worden ist, als habe diese Partei die Denkmalpflege erfunden. Das möchte ich schon sehr deutlich sagen. In diesem Raum und in diesem Haus bekennen sich ...

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Unverständlicher Zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich da dazu sagen, wenn auf einer Einladung die Verantwortung der Österr. Volkspartei dokumentiert ist und das Parteiabzeichen darauf ist, dann ist es für mich eine Parteiveranstaltung und sonst nichts. Das ist doch ein ganz klarer Fall. Ich möchte sagen, daß wir die Denkmalpflege miteinander zu betreiben haben. Das wäre ohne weiteres möglich, wenn man vorher mit uns spricht, daß wir eine gemeinsame Veranstaltung seitens der Stadt in dieser Richtung vornehmen. Jeder, der hier herinnen ist, bekennt sich dazu. Wir haben Verpflichtungen für unsere historische Bausubstanz, die wir hier haben, das ist ja nicht erst jetzt entdeckt worden. Der Gemeinderat war in seiner Gesamtheit schon vor vielen Jahren einmal gemeinsam in Krems und hat sich die Situation angeschaut. Es ist doch so, daß man nicht alles genau umlegen kann und vergleichen kann. Es gibt viele Möglichkeiten, die man hier wahrnehmen kann, das ist durchaus denkbar. Ich bekenne mich dazu und ich würde einladen, daß wir künftighin in dieser Weise, weil wir mehr erreichen, wenn wir gemeinsam vorgehen und eine gemeinsame Basis hier haben. Das ist meine Vorstellung und mein Vorschlag.

Es kommen natürlich auch immer wieder zu uns seitens der Wirtschaft die Wünsche um Förderungen. Es kommen auch von den Vereinen, von den Kulturvereinen, Wünsche von Förderungen, erhöhte Förderungen. Da möchte ich auf eine kleine Diskrepanz hinweisen. Da hat es einmal so ein liebes Plakat gegeben, da ist daraufgestanden "weniger Staat, mehr privat". Interessanterweise bei den Förderungen

verlangt man immer mehr Staat und weniger privat. Das ist ja gerade das Gegenteil. Es ist doch so, daß gerade jene Vertreter, die das unterstützen und die das immer wieder verlangen, daß gerade die zu uns kommen und sagen, der Kulturverein bekommt viel zu wenig Geld und der Kulturverein bekommt viel zu wenig Geld. Und bei der Wirtschaft ist es so, der Betrieb, dem haben wir nur S 100.000,- gegeben, es wäre besser, wenn wir dem S 500.000,- geben würden. Aber da muß man schon konsequent sein. Wenn ich das will, dann darf ich nicht diesen Slogan gebrauchen, weniger Staat, mehr privat. Das gilt für alles in diesem Bereich, das möchte ich sehr deutlich sagen. Das mit dem Staat, das ist ja nur der Oberbegriff, damit ist die öffentliche Hand gemeint. Ich freue mich darüber, daß Kollege Holub die Errichtung der geschützten Werkstätte hier angezogen hat. Ich stelle einen Sinneswandel fest. Ich habe jetzt nicht direkt das FAZAT gemeint, sondern einen Sinneswandel insofern, weil eine ähnliche Einrichtung von uns gefördert wird, das ist die Lehrwerkstätte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Das ist schon etwas anderes.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist schon sehr stark zu vergleichen. Ich glaube, daß man in der Ausbauphase des Hack-Areals diese Einrichtung zunächst planen soll, dort auch verwirklichen soll, weil dort die Möglichkeiten gegeben sind. Ich bin durchaus bereit, darüber zu reden, daß man unter Umständen andere Möglichkeiten sucht. Wir haben dort ein Konzept und in diesem Konzept ist diese geschützte Werkstätte vorgesehen und ich könnte mir das dort sehr gut vorstellen.

Meine Damen und Herren, noch zu einigen Punkten. Wir leisten - das wurde heute schon angeführt - 66,5 Millionen Schilling an das Land, Krankenanstaltenbeitrag, Landesumlage usw. Ich möchte das jetzt nicht im Detail wiederholen, weil das ja schon gesagt worden ist. Das sind also rund 10 Prozent unseres ordentlichen Haushaltes und ich möchte heute auch wieder mit besonderem Nachdruck sagen, daß unsere Forderungen in dieser Richtung, daß man die Landesumlage einschränkt, daß man sie abschafft, meinetwegen auf Etappen abschafft, daß man diesem Gedanken bisher nicht nähergetreten ist. Ich wiederhole, die Aufgabenstellungen der Gemeinden werden immer größer, immer schwieriger, immer umfangreicher. Mehr Aufwand ist dazu notwendig. Und da, glaube ich, ist es notwendig, daß man eben bei der Landesumlage aber auch beim Finanzausgleich bessere Ergebnisse erzielen. Wir werden - das darf ich hier sagen - mit großem Nachdruck das fordern.

Nun zum - weil das auch mehrmals angeschnitten wurde - Personalbudget. 44 Prozent am ordentlichen Haushalt betragen die Ausgaben für das Personal, 37 Prozent für den gesamten Haushalt. Das sind wirklich große Ausgaben. Ich möchte aber dazu sagen, daß wir im abgelaufenen Jahr hier Einsparungen vorgenommen haben, daß aber weitere - Kollege Wippersberger hat, glaube ich, schon darauf hingewiesen - Reduzierungen auf dem Personalsektor kaum mehr vertretbar sind, weil rein im Verwaltungsdienst die Zahl der Beschäftigten nicht steigt, sondern eher stagniert, eher geringer wird, aber bei den Servicediensten ergibt sich eben automatisch eine Ausweitung. Und noch etwas möchte ich dazusagen, weil hier auch unter Umständen die Meinung vertreten wird, wir sind sehr großzügig usw. zu unseren Bediensteten. Das möchte ich zurückweisen, im Gegenteil. Ich glaube, daß es gerechtfertigt ist, daß eine angemessene Entlohnung gewährt wird, damit wir nicht mit einer negativen Auslese die Arbeit durchführen müssen. Ich sage auch einige Beispiele. Wir haben kürzlich einen Baupolier eingestellt, der gegenüber seiner bisherigen Tätigkeit bei uns um S 10.000,- weniger verdient als vorher und einen Dipl. Ing., der vorher in der Privatwirtschaft tätig war und zu uns gekommen ist. Diese beiden sind trotzdem zu uns gekommen und ich glaube, es sind beides gute Leute. Ähnlich ist die Situation auch im Pflegedienst in unserem Zen-

tralaltersheim. Wir wollen ja, daß die Leute, die dort unsere älteren Mitbürger betreuen, auch die entsprechenden Qualifikationen haben. Das wollte ich zu diesem Argument sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in den Fraktionsobmännerbesprechungen in den letzten sehr ausführlich über die partnerschaftlichen Beziehungen gesprochen. Ich glaube, daß es nicht sehr sinnvoll ist, eine Partnerschaft mit einer Stadt in Nikaragua abzuschließen. Wir haben ja zwei Partnerstädte und ich teile die Meinung, daß man einzelne Objekte nach unseren Möglichkeiten in solchen Gebieten unter Umständen künftighin fördern wird können. Ich denke da aber nicht nur an Nikaragua, sondern auch an andere Gebiete in Afrika usw., die man durchaus hier ins Auge fassen soll. Ich habe ja bei meiner Berichterstattung zu Beginn der Sitzung schon gesagt, daß so besondere Situationen, so tragische Katastrophenfälle, natürlich nicht so ohne weiteres vorbeigehen dürfen, sondern daß auch die Stadt hier eine Verpflichtung hat, nach ihren Möglichkeiten solche zu fördern.

Ich möchte noch sagen zur Situation mit dem Land. Hier muß ich feststellen, daß wir im Bereich der Bedarfszuweisungen und der Mittelzuweisungen seitens des Landes, der einzelnen Referate, nicht sehr günstig beteiligt werden. Wir haben beispielsweise für den Gemeindestraßenbau, der eine sehr hohe finanzielle Aufwendung erfordert, - das wurde ja angeführt, denn es gehören ja auch die großen Brücken dazu - als Stadt kaum Bedarfszuweisungen erhalten seitens des Landes. Oder nur im Rahmen der Bedarfszuweisungen etwas, aber direkt dafür nichts.

Nun möchte ich noch etwas sagen zum Christkindlmarkt, der von Kollegen Eichhübl angeschnitten wurde. Wir haben das einvernehmlich mit dem Fremdenverkehrsamt heuer so geregelt. Es waren zwei Gründe dafür maßgebend. Erstens, daß die bisherigen Standorte des Christkindlmarktes nicht funktioniert haben, das möchte ich sehr deutlich sagen, wir waren alle nicht sehr glücklich darüber. Zweitens sind die Bauarbeiten auf unserem Stadtplatz und wir werden diskutieren drüber, denn überall sind die Märkte in den Zentren und ich kann mir vorstellen, daß man über eine Möglichkeit auf dem Stadtplatz reden kann, nur muß man die Gestaltung richtig machen. Das darf ja kein Basar sein, sondern es soll ein richtiger Christkindlmarkt sein. Man sollte darüber reden, ob es nicht sinnvoll ist, den im Zentrum zu machen. Das wäre heuer nicht möglich gewesen aufgrund der Bauarbeiten, weil wir nicht genau gewußt haben, wie es genau wird. Die Vorarbeiten für einen Christkindlmarkt müssen ja relativ bald beginnen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich drängen wir nach wie vor darauf und wir werden immer wieder von Betrieben darauf hingewiesen, daß wir die Nordspange bald erhalten und wir drängen darauf, daß wir eine bessere Verbindung, eine bessere Eisenbahnverbindung erhalten. Wir sind der Meinung, daß die Strecke St. Valentin - Steyr als erster Abschnitt für den Interregio-Verkehr auszubauen ist. Das ist unsere Forderung, eine realistische Forderung, so glaube ich, die wir nicht nur beim Land, sondern selbstverständlich auch bei den zuständigen Bundesstellen entsprechend verfolgen werden.

Zur Parkplatzgestaltung darf ich sagen, daß hier die Verhandlungen laufen. Es geht darum, daß wir im Gebiet des Bahnhofes Steyr, des Frachtenbahnhofes Steyr, in Verhandlungen sind, daß die Österr. Bundesbahn dort gerade für das park and ride-System - Herr Pragerstorfer - diese Einrichtung bauen wird. Es sollen nach den Plänen rund 600 Stellmöglichkeiten geschaffen werden. Ich hoffe, daß damit wirklich dieses Parkplatzproblem entschärft wird, denn das wäre ja nicht sehr weit vom Stadtkern entfernt. Selbstverständlich muß man auch die entsprechende Zubringung zum Stadtkern überlegen und planen. Ich hoffe, daß damit, wenn das gelingt, viele unserer Sorgen beseitigt werden können.

Bevor ich einem weiteren Kollegen das Wort gebe, möchte ich die Sitzung noch einmal kurz unterbrechen zum Zwecke einer Lüftungspause.

Pause von 19 - 19.15 Uhr

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf die Sitzung wieder eröffnen. Als nächstem Redner darf ich Kollegen Zöchling das Wort erteilen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich diese Budgetsitzung dazu benütze, um über einige Probleme im Wohnungswesen unserer Stadt zu sprechen, dann glaube ich, ist es sicherlich notwendig.

Jeder Mandatar weiß, daß Wohnung und Arbeit die Hauptanliegen unserer Bevölkerung sind. Fast in jeder Familie gibt es irgendwie ein Wohnungsproblem. Wir sind bemüht als größte Wohnungsgesellschaft in dieser Stadt, die Vergabe von Wohnungen so gut wie möglich durchzuführen. Ich darf Ihnen sagen, daß wir genau 2.089 Wohnungssuchende hier in unserer Stadt haben. Ich könnte Ihnen, aber die Zeit ist schon sehr fortgeschritten, genau aufzählen, welche verheiratet sind, welche ledig usw. Ich könnte Ihnen sagen, welche Wohnungen gewünscht werden. 754 z. B. suchen eine Einraumwohnung, 868 eine Zweiraum-Wohnung, 595 eine Dreiraumwohnung und 169 eine Vierraumwohnung. In diesem Jahr haben fast 1.000 Personen ein neues Ansuchen bei uns abgegeben. Insgesamt 246 Wohnungen konnten wir in diesem Jahr vermitteln bzw. vergeben. Es wird immer schwieriger, Wohnungen zu bauen, denn die Wohnbauförderungsmittel sind eigentlich in den letzten Jahren an unserer Stadt vorbeigegangen. Wir haben früher ungefähr 200 Wohnungen gefördert bekommen und jetzt sind es nur mehr 50. Das heißt, daß für uns die Förderung nicht besser wird und wir daher viel weniger Wohnungen bauen können. Wir haben auch deshalb an den neuen Wohnbaureferenten, Landesrat Habringer, bereits einen Brief geschrieben und ihn auf unsere Sorgen aufmerksam gemacht. Wir haben in diesem Jahr außer den Pensionistenwohnungen Münichholz nur mehr 35 Wohnungen vergeben, und zwar im Resthof. Im nächsten Jahr - der Wohnungsausschuß wird sich im Jänner damit beschäftigen - werden im November an die 54 Wohnungen im Resthof fertig und auch zu beziehen. Das heißt, daß im Jahr 1989 von unserer Genossenschaft 54 neue Wohnungen übergeben werden können. Wir haben versucht, daß wir noch in diesem Jahr im Sommer mit dem Pensionistenwohnhaus auf der Ennsleite beginnen können. Leider wurde uns die Wohnbauförderung für dieses Jahr versagt und wir sind bemüht, daß wir im Jahr 1989 die Förderung für diesen Wohnbau bekommen. Sollten wir das nicht erreichen, dann würde ich Sie alle bitten, daß wir eine Vorfinanzierung durch die Stadt bzw. GWG machen. Wenn wir das nicht erreichen, dann haben wir im Jahr 1990 überhaupt keine Neubauwohnung zu vergeben. Desgleichen sind seit 1986, genau seit 1. Oktober 1986, 56 Wohnungen im Resthof eingereicht. Auch hier wollen wir versuchen, daß wir im Jahre 1989 damit beginnen können. Sollte das nicht möglich sein, dann wird aller Voraussicht nach im Resthof der Wohnbau kurzfristig eingestellt werden müssen. Was das bedeutet, wissen sicher alle Kolleginnen und Kollegen. Wir werden aber auch versuchen, in der Industriestraße ein Pensionistenhaus mit 24 Wohnungen zu bauen. Und in der Resthofstraße, wo wir auch ein Haus auf Nr. 14 haben, wollen wir wiederum Zwei- und Einraumwohnungen, insgesamt 39 Wohnungen, bauen.

Ich hoffe, daß unser Hilferuf bis nach Linz gehen möge, damit wir auch weiterhin mehr Wohnungen für unsere Bevölkerung, für unsere jungen Menschen, aber auch für die älteren, bauen können.

Ich danke Ihnen und hoffe, daß Sie alle mithelfen, damit wir wiederum neue Wohnungen für unsere Stadt, für unsere Bevölkerung, bekommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Zöchling für seinen Beitrag. Kollege Schloßgangl ist der Nächste.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich werde mich, so weit es geht, kurz fassen, muß aber doch zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters kurz Stellung nehmen.

Mehr privat - weniger Staat hat er gesagt. Dieser Slogan wurde geprägt vor den letzten Wahlen und hatte als Ursache den Niedergang der Verstaatlichten zum Inhalt. Die Verstaatlichte wurde ja leider Gottes nicht nach wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt, sondern es wurde politisch hineinregiert. Als es nicht mehr weiterging, war vor den letzten Wahlen die Forderung mehr privat, weniger Staat. Zum Zweiten sollte es heißen, daß den Betrieben die Möglichkeit geboten werde, Rücklagen zu bilden, um investieren zu können, und daß ihnen nicht alles durch Mehrbelastungen weggenommen wird. Wenn das der Fall gewesen wäre, werter Herr Bürgermeister, dann wären die Betriebe und auch die Wirtschaft nie an die öffentliche Hand herangetreten und hätten eine Förderung verlangt.

Ich möchte einige Anmerkungen zu den Budgetansätzen für Wirtschaftsförderung bzw. für wirtschaftliche Maßnahmen machen. Eigentlich müßte ich mich gleich wieder hinsetzen und schweigen aus Scham darüber, wie dürftig die wirtschaftsfördernden Maßnahmen im Budget 1989 dotiert sind. Der Voranschlag 1989 der Stadt Steyr sieht für wirtschaftsfördernde Maßnahmen gegenüber 1988 eine Reduktion von rund 37 Prozent vor. Nämlich von 12,9 Millionen auf 8,155.000 Schilling. Davon sind wieder rund 5,250.000 als laufender Zuschuß für die BMW-Motorenwerke vorgesehen. Ich habe auch schon beim letzten Budget erwähnt, richtigerweise gehört dieser Ansatz ja in den ordentlichen Haushalt, weil es laufende Zahlungen betrifft. 1 Million Schilling ist wiederum für die Großlehrwerkstätte der Steyr-Werke angesetzt und 800.000 Schilling sind für die Gewerbeegründe Tabor - sprich VTS - und Haager Straße, Gußwerk II, vorgesehen.

100.000 Schilling sind als Zinsenzuschüsse geplant, so daß für eine echte Gewerbebeförderung 500.000 Schilling für Investitionsdarlehen bzw. Rückvergütungen und 500.000 Schilling für die Kleingewerbebeförderung, also insgesamt ein Betrag von 1 Million Schilling zur Verfügung steht. Ich glaube, da wurde am völlig falschen Platz gespart. Im Vorjahr waren 7 Millionen Schilling für Gewerbeegründe vorgesehen, für unbebaute Grundstücke, heuer sind null Schilling ausgewiesen. Ich weiß schon, daß es heuer ein Sparbudget zu beschließen gibt. Doch hat sich erstens das Steueraufkommen wesentlich günstiger als ursprünglich angenommen entwickelt und zweitens ist die Ansiedlung neuer Betriebe, die Expansion bestehender Betriebe, die Umsiedlung der Betriebe auf den Reithoffergründen, die Beschaffung neuer und wenn Sie wollen auch alter bebauter Grundstücke oder Gewerbeegründe dringend notwendig. Ohne entsprechende Gewerbeegründe keine neuen Betriebe. Ich halte die derzeit praktizierte Gewerbebeförderung für einigermaßen problematisch. Bei der Kleingewerbebeförderung, bei den bekannten S 10.000,-, gibt es zwar Richtlinien, doch werden die eher nach Gutdünken und parteipolitischen Überlegungen gehandhabt, so daß manchmal förderungswürdige Betriebe leer ausgehen, wobei die Begründung für eine Ablehnung manchmal geradezu kurios ist. Der eine hat niedrige Investitionen und bekommt eine höhere, der andere hat hohe Investitionen und bekommt eine niedrige Förderung. Der dritte hat einen zu hohen Umsatz, der bekommt überhaupt keine Förderung. Und wiederum einem anderen sagt man, was sind denn die S 10.000,-, die machen das Kraut nicht fett, also ist es gescheitert, sie verzichten gleich darauf.

Ich glaube, so geht es auch nicht. Hier fordern wir eine objektive Vergabe von Gewerbebeförderungen und Kleingewerbebeförderungen und keine willkürliche.

Für größere Gewerbeförderungen ist leider kein Geld vorgesehen. Es sollten daher nach unseren Vorstellungen 2 Millionen zusätzlich vorgesehen werden. Zurückkommend auf die Reithoffer-Gründe, die dem Vernehmen nach nun doch für Wohnbauvorhaben verwendet werden sollen. Wogegen ja prinzipiell nichts einzuwenden ist, man müßte aber die dort noch ansässigen Betriebe ab- bzw. umsiedeln, wozu sicher auch die Stadt einen entsprechenden Beitrag leisten müssen. Sonst wird dies nicht möglich sein. Von einer gemischten Verbauung auf diesen Gründen halte ich nichts. Entweder Wohnungen oder Betriebe, sollte die Devise sein. Wobei hier eigentlich schon viel zu lange zugewartet und zugeschaut wurde, wie Objekte und Grundstücke von den Steyr-Werken an einzelne Interessenten verkauft wurden. Doch wenn die verschiedenen Wohnbauträger noch rasch handeln und die Gründe erwerben, ließe sich eine anspruchsvolle der Umgebung am besten angepaßte Lösung mit entsprechenden Wohnbauten finden. Sollten sich jedoch noch mehr Betriebe dort etablieren, dann ist diese Chance für die Wohnbauten dahin.

Wo bleiben noch Möglichkeiten für Gewerbeansiedlungen? Die Gründe beim Gußwerk II für Erzeugungsbetriebe wegen des Gleisanschlusses und später wegen der Nordspange sicher interessant, und die Liegenschaft der ehemaligen Hack-Werke. Ideal für Innovations- und Gründerzentren für junge Unternehmer oder als Gewerbehof. Sie sollten in diese Überlegungen einbezogen werden.

Das geplante Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik, kurz FAZAT genannt, kann kein ernstgemeinter Beitrag zu einer Wirtschaftsförderung bzw. Belebung unserer Region sein. Ich habe in der Aktuellen Stunde des letzten Gemeinderates die Gründe für eine Ablehnung dieser Institution dargelegt. Ich halte eine Investition von 210 Millionen Schilling für die Errichtung bzw. Einrichtung sowie laufende jährliche Betriebskosten von geschätzten 16 Millionen einfach für unverantwortlich, weil keine auch nur einigermaßen adäquate Gegenleistung zur Belebung der Wirtschaft geboten scheint. Daß es Arbeitslosigkeit gibt bei uns und warum es diese gibt, ist allgemein bekannt. Das brauchen wir nicht wissenschaftlich zu erforschen. Was wir brauchen sind neue, junge, leistungsfähige Betriebe. Hiefür müssen wir Möglichkeiten und Anreize schaffen, z. B. unser mehrmals gefordertes Konzept von Gewerbehöfen. Wir müssen Anreize bieten, um Unternehmer für Steyr zu interessieren. Wir müssen aber unbedingt raschest die Verkehrsprobleme lösen.

Die Nordspange, den Anschluß an die Autobahn bzw. an den öö. Zentralraum, sowie eine entsprechende Anbindung an die Westbahn. Der Herr Bürgermeister hat das ja schon ausgeführt. Das heißt, hier muß seitens der Stadt alles unternommen werden, vor allem aber mit mehr Nachdruck als bisher und eine rasche Erledigung urgiert und gefordert werden.

Zusätzlich zu dem Innovations- und Betriebsgründungszentrum auf dem ehemaligen Hack-Areal könnte ich mir die große Hackhalle ganz gut als Markthalle vorstellen, wo speziell im Winter der Markt unter normalen Bedingungen, ohne Regen, Kälte und Schnee sowohl für die Beschicker als auch für die Besucher wesentlich angenehmer abgehalten werden könnte als im Freien. Vielleicht würde sich dort auch ein Fischmarkt etablieren und auch die Fleischwaren könnten hygienischer, besser gekühlt und geschützt vor Staub und Abgasen dargeboten werden. Als wesentlicher Beitrag für eine Wirtschaftsbelebung ist nach wie vor die Althausanierung anzusehen. Ich hoffe, daß mit dem vor einiger Zeit geschaffenen Beirat für Stadterneuerung gemeinsam mit der Denkmalpflege hier deutliche Akzente speziell im Steyrdorf, aber auch im Wehrgraben, gesetzt werden können, die ja auch gewisse Impulse für die Wirtschaft geben.

Es wurde schon angesprochen ganz kurz von Vizebürgermeister Holub, wir sollen uns für die Prospektierung bzw. Wasservorsorge Gedanken machen und neue Brunnenfelder erschließen. Ohne Wasser ist das Leben unmöglich. Es gehört zur lebensnotwendigen Nahrung des Menschen. Wenngleich unsere Wasservorräte für die

nächste Zeit ausreichen, wird es dringend geboten sein, neue Wasserfelder zu erschließen. Der Wasserverbrauch nimmt ständig zu und wird sich auch in Zukunft noch verstärken. Derzeit liegt er bei 300 bis 400 Liter pro Tag und Person. In den Niederlanden und in Deutschland wird das Wasser zum Teil aus reinen Gewässern, zum Teil aus dem Meer entnommen und muß mit großem finanziellem Aufwand chemisch behandelt werden, gefiltert, entsäuert. Der heute schon erwähnte Nitratüberschuß, der nicht durch die Landwirtschaft, durch die Düngung, sondern durch die Stickoxyde bewirkt ist, muß mit teuren Phosphatimpfungen neutralisiert werden. Auch das ist problematisch, weil zwei Drittel dieser Phosphate wieder durch die Abwässer ausgeschieden werden.

Wir sind in Österreich in der relativ glücklichen Lage, sehr gutes Quellwasser zu besitzen, trotzdem sollten wir, trotz vorsichtiger und sparsamer Nutzung desselben neue Quellen erschließen.

Zusammenfassend möchte ich unsere Forderungen für wirtschaftsfördernde Maßnahmen festhalten. Aufstockung der Gewerbeförderung um 2 Millionen Schilling, Beschaffung von Gewerbegründen - unbebaut oder auch bebaut. Sicherstellung der Mittel dafür, Errichtung von Innovations-, Betriebs- und Gründerzentren, verbunden mit einem Technologiezentrum. Verstärkte Althausanierung auch bei den städtischen Wohnbaugesellschaften, nicht nur Private. Weiterverfolgung eines Stadt- - wenn Sie wollen - Altstadt-Entwicklungskonzeptes, Schaffung zentrumsnaher Parkplätze, Untersuchung über Fußgeherzonen - Stadtplatz, Steyrdorf. Verstärkte Förderung und Forcierung des Fremdenverkehrs. Ganz wesentlich eine Verkehrsanbindung von Steyr - sowohl auf der Straße als auch mit der Bahn. Davon wird Steyr auch wirtschaftlich profitieren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Schloßgangl. Kollegin Wieser bitte.

GEMEINDERAT CHRISTINE WIESER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In der Gemeinderatsitzung am 9. Juni 1988 wurde der ÖVP-Antrag für objektive Wohnungsvergabe durch ein Punktesystem von Ihnen abgelehnt.

Erlauben Sie mir, daß ich heute noch einmal auf dieses Problem eingehe .

Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, haben zwar einen eigenen Antrag eingebracht, aber geändert hat sich am System der Wohnungsvergabe leider nichts. Über den Wohnungsausschuß wurden heuer 110 Wohnungen vergeben. Wenn es heißt, der Wohnungsausschuß vergibt, dann ist das im Prinzip nicht ganz richtig. Denn der Wohnungswerber kann sich vorher schon eine bestimmte Wohnung anschauen. Ist er mit dieser einverstanden, kommt er auf eine Liste, die dann dem Wohnungsausschuß vorgelegt wird. Nach der Beratung in der sozialistischen Fraktion wird dann im Ausschuß beschlossen, worüber eigentlich schon vorher die Entscheidung gefallen ist. Das heißt, in vielen Fällen wird durch Intervention entschieden und oft hat jener Wohnungswerber die größere Chance, der die besseren Beziehungen zur Rathaus-Mehrheit hat.

Genau mit dieser Wohnungsvergabemodalität sind 60 Prozent der Steyrer Bevölkerung nicht einverstanden. Ich kann mir nicht vorstellen, meine Damen und Herren von der SPÖ, daß Sie die Meinung einer solchen Mehrheit einfach negieren. Ich hoffe, daß über ein objektives Vergabesystem wir noch einmal miteinander reden können.

Gestatten Sie mir nun noch einige Worte zum Wohnbau selbst. Es ist heute ja leider so, daß Wohnbauten nur mit Landesförderung gebaut werden. Von der GWG der Stadt Steyr ist derzeit ein Wohnblock im Resthof mit 57 Wohnungen im Bau. Im Budget 1989 der Stadt sind 3 Millionen Schilling für 52 Pensionistenwohnungen

auf der Ennsseite vorgesehen. Dem gegenüber aber stehen 2.089 Wohnungssuchende, die eine Hausstandsgründung oder eine Wohnungsveränderung wollen und ca. 460 Senioren, die auf eine Pensionistenwohnung warten. Da die Landesförderungen leider begrenzt sind, sollte man sich auch andere Finanzierungsmöglichkeiten überlegen. Ein Weg wäre sicherlich das Angebot an Mieter, ihre Wohnung ins Eigentum übernehmen zu können.

Die GWG verwaltet derzeit 4.666 Wohnungen, die Stadtgemeinde 871. Aber nur 14 Eigentumswohnungen wurden von der GWG vergeben. Selbst wenn nur 2 - 3 Prozent der Mieter bereit sind, ihre Wohnung zu kaufen, wären das etliche Millionen Schilling, die wiederum für den Wohnbau zur Verfügung stünden. Es wäre sinnvoll, darüber nachzudenken, ob man dieses Geld wiederum nur für Neubauten verwenden sollte, denn Baugrund ist nicht in unbegrenztem Maß vorhanden. Aus jenen Mitteln, die durch einen Verkauf von Wohnungen bereit wären, könnte von einer Wohnungsgesellschaft auch ein Beitrag zur Altstadtrevitalisierung geleistet werden, indem sie Altstadthäuser kauft, diese saniert und damit wiederum Wohnraum schafft. Aber auch für Hausbesitzer müßte ein Anreiz geschaffen werden, ihre Häuser zu sanieren, indem z. B. die Stadtgemeinde günstige Kredite für diesen Zweck zur Verfügung stellt. Dies könnte auch in Form eines Fonds geschehen in Zusammenarbeit mit Bund und Land, wie uns dies das Kremser Modell zeigt. Aus diesem Fonds werden in Krems sogar zinsenlose Darlehen gewährt. Natürlich immer mit der Auflage, neuen Wohnraum zu schaffen.

Einen Weg nach Art des Kremser Modells einzuschlagen, wäre sicherlich sinnvoll. Für die Revitalisierung und Belebung unserer alten Stadtteile und gleichzeitig für unsere wohnungssuchenden Mitbürger.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Sablik bitte.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe kein Rede-konzept, sondern drei Referate. Nachdem weit über 100 Millionen Schilling hinausgehen, habe ich da meine Sorgen. Diese meine Sorgen habe ich dem Finanzreferenten im Laufe des Jahres unterbreitet und natürlich auch dem hohen Gemeinderat. Sie wissen ja, wie die Erstellung des Budgets ist, es wird immer wieder ein Kompromiß. Aber erlauben Sie mir, daß ich nun auf einige Punkte von diesen meinen Referaten eingehe. Es beginnt mit dem großen Brocken von 62 Millionen Schilling bei der sozialen Wohlfahrt. Keine Angst, ich werde nicht jede Haushaltspost besprechen, aber es sind doch einige Dinge dabei, die mir Sorge bereiten bzw. die hier im Budget den Niederschlag gefunden haben. Wenn Sie die Seite 125 aufschlagen und sich das von mir erklären lassen, dann sehen Sie den großen Brocken von 18 Millionen Schilling Entgelt für sonstige Leistungen, Fürsorgepflichtige im ZAH. Wenn man gegenüberstellt auf der anderen Seite die Einnahmen von 13,5 Millionen Schilling, das sind die 80 Prozent, die wir von Fürsorgeinsassen im ZAH wieder hereinbekommen, dann zahlt das Sozialamt intern 4,4 Millionen Schilling zu diesen 44 Mill. Schilling, die wir heute schon gehört haben. Diese 4,4 Millionen Schilling fehlen uns bei anderen Ausgaben. Natürlich wissen wir, daß es sein muß, aber es zeigt auch, daß wir mit den Tarifen bei einer gewissen Personengruppe im ZAH an der Grenze des möglichen anstoßen.

Weiters haben wir hier einen Betrag von 10,5 Millionen Schilling, laufende Barleistungen und Sozialhilfebezieher. Wir machen immer wieder die Erfahrung, daß die älteren Sozialhilfebezieher aussterben - es sind noch ein paar, die aus der Ungar-Flüchtlingswelle usw. hier sind - daß sich aber der Bezieherkreis von Sozialhilfe radikal verjüngt, oft bis zu Jugendlichen heransteht. Daß die aber auf lange Zeit gesehen die Stadt wesentlich mehr belasten, wie früher

die Sozialhilfebezieher im Schnitt altersmäßig waren. Dieser Personenkreis, der mit 10,5 Millionen bar hier aufscheint, verursacht aber auch andere Kosten. So z. B. auf der nächsten Seite die 2 Mill. Schilling. Das sind nur Versicherungsbeiträge an die Gebietskrankenkasse für die freiwillige Versicherung dieses Personenkreises. Ansonsten zahlen wir nämlich, wenn ein solcher Sozialhilfebezieher ins Krankenhaus kommt, den vollen Tarif. Da gibt es nicht den Massentarif mit der Gebietskrankenkasse ausgehandelt, sondern das ist die allgemeine Gebührenklasse, die um 40 bis 50 Prozent teurer zu Buche schlägt, als wenn ein Gebietskrankenkassenversicherter in der Gebührenklasse behandelt wird. Wir haben einen Betrag von 5,7 Millionen Schilling an andere Gemeinden zu zahlen, wenn jemand innerhalb von 3 Monaten in eine andere Gemeinde übersiedelt und dort Sozialhilfebezieher wird, dann hat nach dem Sozialhilfegesetz die andere Gemeinde das Recht, sich die Sozialhilfe von uns zu holen. Wir haben lauter Leute, die nach außen gehen, weil sie sich von gewissen Behörden verfolgt fühlen. Das macht einen Betrag von 5,7 Millionen aus, die wir unnötigerweise dort hinzahlen müssen.

Für die Behinderten zahlen wir 9,4 Millionen Schilling an das Land, auch im Zuge dieser Transferzahlungen. Diese 9,4 Millionen sind verlorenes Geld, denn wenn jetzt - es handelt sich dabei hauptsächlich um behinderte Kinder - unsere Abteilung solche Kinder in ein Heim einweist, dann müssen wir erst recht dort den vollen Tarif in diesen Heimen, die wir schon einmal mitfinanziert haben, bezahlen. Das ist der Nachteil einer Bezirkshauptmann-ähnlichen Einrichtung, daß wir unser eigener Sozialhilfeverband sind. Es gibt in anderen Gemeinden keine solchen Dabatten über derartige Dinge, denn die bezahlen einen gewissen Betrag an den Bezirks-Sozialhilfeverband, der regelt die Tarife für das Altersheim und alles. Über so etwas wird dort überhaupt nicht gesprochen.

Unser Jugendamt verwaltet für 772 Kinder in Amtsvormundschaft und für 518 Kinder im Kuratel -Verfahren die Einkünfte und den Lebensunterhalt dieser Kinder. Also fast 1.300 Kinder werden von der Stadt Steyr praktisch wie sonst von einem Familienvater erhalten und betreut. Wir haben leider zu wenig Pflegeeltern. Ich möchte von dieser Stelle aus den Appell an die Öffentlichkeit richten, wer Pflegeeltern weiß, soll uns das umgehend melden. Die Anzahl der pflegewilligen Eltern wird immer geringer. Trotzdem brauchen wir für dafür 1,1 Millionen Schilling praktisch ohne Rückfluß. Wir brauchen 1,5 Millionen für Personenhilfe in besonderen Lebenslagen. Wir benötigen z. B. für jene Kinder, die ich vorhin genannt habe, - davon sind ca. 50 in Kinderdörfern untergebracht, die kommen uns noch relativ billig. Wir zahlen in den Kinderdörfern 3.300 bis 3.900 Schilling pro Kind plus Familienbeihilfe als monatliche Leistung, bekommen aber, wenn es gut geht, 1.500 oder 2.000 Schilling - das ist etwa so die Grenze der Unterhaltsleistung der verpflichteten Väter oder Mütter. Manchmal gibt es die überhaupt nicht, dann zahlt das die Stadt zur Gänze. Wenn aber das Kind psychisch oder physisch behindert ist, dann müssen wir diese Kinder in geeignete Heime einweisen und das kostet dann z. B. im Kinderheim Reichenau/Niederösterreich 830,- Schilling täglich, das sind 24.900 Schilling im Monat. Wir bezahlen für die Kinderpension Heidlmayr in Kremsmünster S 750,- täglich, das sind S 22.500 im Monat. Das sind aber nicht 3 Personen, die oben sind, sondern das geht in die zig Kinder. Die bisher billigste Kinderpension Dr. Hofer in Reichraming hat ja leider geschlossen und dadurch kommen auch hier höhere Kosten auf uns zu.

Ich möchte hier an dieser Stelle einen Dank aussprechen an die Geschäftswelt, die uns vor einigen Wochen, ergänzt von der Sparkasse, 100.000 Schilling für das Aufstellen der Stände beim Stadtfest übergeben hat, wo wir dann problemlos für in Not gekommene Kinder Barleistungen geben. Da geht die Kindergärtnerin oder Lehrerin direkt in das Geschäft einkaufen und die Kinder werden mit diesen Sachen eingekleidet.

Es ist leider so, daß manche Väter jedes Maß und Ziel verloren haben und Barunterstützungen für sich selbst verwenden und nicht für ihre Kinder, die es notwendig hätten.

Dank auch an die Fa. Hartlauer, die uns vorige Woche einen Scheck mit 10.000 S für diesen Zweck überreicht hat. Das nur am Rande.

Die Bediensteten des Sozialamtes, die möchte ich hier besonders hervorheben, bei denen möchte ich mich bedanken und den Herrn Obersentsrat bitten, diesen Dank meinerseits zu überbringen. Die müssen wirklich manchmal über ihren Schatten springen, um diese Konfrontation mit echtem und unechtem Leid auszuhalten. Auf gut deutsch gesagt, sie müssen manchmal einen Magen haben, um das tagtäglich auszuhalten und nicht zu verhärten, sondern nach wie vor ihrer Pflicht, nämlich den wirklich Armen zu helfen, nachzukommen.

Bei der Abteilung " Essen auf Rädern". Sie wissen, 1,100.000 Schilling zahlt hier die Stadt dazu. Ich möchte nur erwähnen, daß die in diesem Raum angezogene Wiederverwertung der Leergeschirre klaglos funktioniert. Die Firma, die das neue Geschirr anliefert, nimmt allmonatlich das gereigte Geschirr zurück. Wir haben eine Quote von etwa 70 Prozent Rücklauf. Das ist praktisch eine Mülltrennung auf sehr hohem Niveau.

Bei der Abteilung soziale Wohlfahrt - Altenbetreuung möchte ich ein paar Worte zu den Seniorenpassen sagen, weil Kollege Holub auch einen Vorschlag gemacht hat, der mir nicht gefällt. Es ist ein Vorschlag, der sich sehr gut anhört. Wenn Kollege Tremml von der KPÖ-Fraktion sagt, er wird sich besonders für die Pensionisten einsetzen, dann muß ich sagen, wir tun das auch. Kollege Zöchling und ich vertreten immerhin 6.500 eingeschriebene Mitglieder des Pensionistenverbandes in unserem Bezirk und wir haben wirklich mit den Sorgen und Nöten dieser Leute zu tun und betrachten uns als einer der ihnen. Aber man muß auch abwägen, daß es eben Sorgen der Pensionisten gibt, Sorgen der Personen, die im Berufsleben stehen und Sorgen der Jugend, die in das Berufsleben eintreten will. Unser Budget muß darauf Rücksicht nehmen und das schlägt sich natürlich nieder in der Betrachtung des Kapitels der Altenfürsorge. Wenn es sie interessiert, wir haben 1988 4.233 Senioren-pässe ausgegeben an Pensionisten, die den Kostenbeitrag geleistet haben und wir haben 345 Ausgleichszulagenbezieher, die den Seniorenpaß ohne Eigenleistung erhalten haben. Das sind zusammen in etwa 4.600 Personen. Wenn sie dem die Anzahl der Pensionisten in Steyr gegenüberstellen - wir haben die genaue Zahl der Gewerbpensionisten und der anderen Pensionsformen der öffentlich Bediensteten nicht zur Hand - kommen wir auf eine Zahl von 8.000 in etwa Personen, die Pensionen beziehen, wobei sehr viele darunter sind, die das 65. Lebensjahr bei Männern und das 60. bei Frauen noch nicht erreicht haben. So würde sich doch eine erkleckliche Anzahl anbieten, wo nach dem Vorschlag des Kollegen Holub der Seniorenpaß zugesendet werden soll. Abgesehen davon, daß die Verwaltungsaufwand gleich bleibt, ob ich die Pässe ausbebe oder zusende.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Wir leben im Zeitalter der EDV!

STADTRAT ERICH SABLİK:

Sage nicht Zeitalter der EDV, denn nach dem Datenschutzgesetz haben wir in Steyr nicht die Möglichkeit, die Pensionisten gesammelt zu warten in unserer EDV und auszudrucken. So etwas gibt es einfach nicht, denn von der Pensionsversicherung erhalten wir nicht einmal die Namen der Pensionisten, die wir betreuen könnten. Weil eben nach dem Datenschutzgesetz diese Institutionen diese Daten ganz einfach nicht zur Verfügung stellen. Daher bleiben wir bei dem System der Ausgabe über Antrag und bemühen uns, das so rasch, freundlich und höflich wie möglich zu machen, damit der vorsprechende Bürger nicht das Gefühl bekommt, er bekommt zu einer Behörde und bekommt etwas geschenkt, sondern wir bitten ihn, das in Empfang

zu nehmen. Ende Jänner ist alles abgewickelt und ich habe nur 3 Beschwerden gehabt voriges Jahr. Zwei davon deswegen, weil wir die nicht verbrauchten Fahrscheine vom Vorjahr dieser Frau nicht gutgeschrieben haben für das neue Jahr. Die 1,700.000 Schilling, die die Seniorenpaßbefundierung für Fahrten an die städtischen Unternehmungen ausmacht, bleiben in etwa gleich, wir haben sie im Budget von 1,8 auf 1,7 reduziert. Die Wirklichkeit wird zeigen was wirklich ist. Wir haben 140.000 Schilling von diesen Seniorenpässen nur abgerechnet über die Bäder und wir haben nur 170.000 Schilling abgerechnet für kulturelle Veranstaltungen. Das ist unser großer Kummer. Die Richtlinien des Gemeinderates waren ja gedacht, damit die ältere Generation teilnehmen kann am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Was ist passiert? 13 Prozent dieser kulturellen Abschnitte werden nur verbraucht, vielleicht sind es 14, aber in dieser kleinen Größenordnung. Wir haben deswegen heuer 200.000 Schilling über meine Bitte aufgenommen, weil der Bürgermeister verfügt hat, daß die Senioren diese Abschnitte, die für die Kultur gedacht sind, auch zu 50 Prozent für Volkshochschulaktivitäten - Kurse und dergleichen - in Zahlung geben können, um sie herauszuholen aus ihren Wohnungen, damit sie auch hier teilnehmen können. Wir hoffen, daß es ein Erfolg wird und wir werden nächstes Jahr sehen, wie es dann wirklich ist.

Es wäre verlockend, weiter über diese Dinge zu reden, aber für jemanden, den es nicht direkt beruflich oder halbberuflich interessiert, ist es schwer, dem zuzuhören.

Der nächste Brocken ist Verkehr, Straßen und Wasserbau. Eine ganze Reihe von Bauten hat bereits der Finanzreferent in seinem Referat erwähnt und es wäre müßig, das zu wiederholen. Ich möchte nur auf ein paar Kleinigkeiten eingehen, und zwar die Instandhaltung mit 2 Millionen Schilling. Dieser Betrag wird uns natürlich zu wenig. Nicht nur, daß wir auf Wünsche der Gemeinderäte aus verschiedenen Wohnbezirken dort und da eingehen, sondern es rächt sich jetzt, daß in den vergangenen Jahren manchmal Straßen der vierten Größenordnung, das sind Zufahrtsstraßen zu Siedlungen und dergleichen, entweder mit einer Spritzdecke versehen worden sind ohne tragfähigen Untergrund, nur damit es dort nicht gestaubt hat, oder es wurde eine 5 cm Asphalt-Bitumendecke aufgetragen. Durch die Straßenverkehrsordnung sind die Achsdrücke erlaubterweise erhöht worden, so daß jeder Öltankwagen mehr Achsdruck auf die Straße bringt wie früher. Der Erfolg ist, daß unsere ganzen Seitenstraßen - wenn ich da Kollegen Sturmberger von der Gründbergsiedlung anschau, dann weiß er ja wovon ich spreche. Diese Straßen zerbröseln direkt, werden zu palatschinken- bzw. tellergroßen Flecken zerfahren. Beim nächsten Frostaufbruch können wir das mit dem Bagger wegführen. Da kommt noch eine große Reparatur auf uns zu. Wenn ich da vorgreife auf den Wirtschaftshof, wir haben heuer doppelt so viel Bitumen verbaut im Wirtschaftshof wie sonst, weil wir neuere Maschinen haben beim gleichen Personalstand. Aber das kann kein Ersatz für eine maschinelle Fertigung sein. Der Wirtschaftshof ist eben nur geeignet zur Reparatur, denn die Privatwirtschaft ist nicht interessiert an quadratmetergroßen Reparaturen. Das muß man da auch einmal sagen.

Die Müllbeseitigung fällt auch in dieses Referat und mit 8,8 Millionen Schilling sind auch die Beträge enthalten, die für die Sperrmüllabfuhr ausgegeben werden und auch die Beträge, die wir aufwenden, um den Mülltourismus aus den umliegenden Gemeinden nach Steyr zu beseitigen. Es ist völlig unmöglich, daß beim Gußwerkparkplatz der Steyr-Werke die vier Container tagtäglich und Nacht für Nacht von den Bewohnern der Waldrandsiedlung angefüllt werden. Das gibt es gar nicht. Das gleiche gilt für den Platz bei der Kaserne, auch dort ist es nicht möglich. Wir bemühen uns sehr, dem entgegenzuwirken, soweit es geht. Aber Sie wissen ja, in der Nacht sind alle Katzen schwarz und daher kommen die Leute nachts und bringen eine Fuhr Schutt, sie bringen Lederabfälle aus der industriellen Fertigung

usw. Das wäre an sich Sondermüll und wir müssen immer wieder händisch aussortieren, was in diesen Containern alles drinnen liegt. Dagegen sind die zwei Fässer in der Auja noch harmlos. Wenn wir bei diesen 8,8 Millionen Schilling auch noch rechnen würden, was das Deponieren kostet. Die Deponiekosten sind ja von hier schon bewilligt und zum Teil in den Krediten, die wir rückzahlen müssen, drinnen, diese viel angefeindeten Kredite, dann würde sich dieser Betrag wesentlich erhöhen. Wenn wir Jahr für Jahr das gekauft hätten, was sich gehört, nämlich einen neuen Müllwagen, dann müßte sich dieser Betrag erhöhen.

Mit Dank darf ich anmerken, daß wir einen neuen Müllwagen haben, der hier bestellt wurde - bezahlt wird er ohnehin erst nächstes Jahr, leider. Aber dieser neue Steyr-Diesel bewährt sich blendend. Ich kann nur sagen, die Kammschüttung erspart uns pro Stunde des Betriebes fast 16 Liter Dieselöl. Es ist nicht nur für die Umwelt weniger belastend, sondern spart auch noch Geld. Deswegen wurde das nicht gekauft, sondern weil das in der betriebswirtschaftlichen Rechnung so anders ausschaut. Das war eine Pioniertat der Steyr-Werke zusammen mit MUT, so etwas auf den Markt zu bringen. Ich kann mir denken, daß es hier schon Exportchancen dafür gibt.

Unser neuer UNIMOG, das möchte ich auch hier berichten, das kommt da nicht mehr vor, das Kontrollamt hat das auch schon überprüft, bewährt sich glänzend. Diese Kehrmaschine, die wir gekauft haben, um in schmalen, unübersichtlichen Straßen zu kehren, die wird sehr oft nicht benützt. Warum? In Zusammenarbeit mit der Polizei stellt der Wirtschaftshof Halteverbotstafeln auf in engen Straßen mit der Bitte, diese zu beachten. Was glauben Sie, was nächsten Tag in der Früh dort steht, wenn der mit dem Kehrwagen kommt? Es stehen alle Autos dort und die Kehrmaschine fährt unverrichteter Dinge wieder heim. Auch das würde zur Disziplin der Steyrer Bewohner gehören, uns das zu erleichtern, wofür der Wirtschaftshof da ist.

Beim Sommerdienst mit 6 Millionen Schilling, hier ist die Straßenreinigung drinnen, händisch und auch mit dem Kehrwagen. Der Winterdienst mit 6,5 Millionen Schilling ist ein wenig brustschwach dotiert. Wenn ich daran erinnern darf, daß wir schon Winter gehabt haben mit 12 Millionen Schilling, dann sehe ich tagtäglich hinaus und denke mir Gott sei Dank regnet es bei uns und in Ternberg schneit es, die fahren schon mit dem Schneepflug und bei uns werden höchstens die Straßen gewaschen, ohne daß es uns einen Schilling kostet. Wir sind sehr sparsam und verbrauchen im Durchschnitt nur 2.000 Tonnen Splitt im Jahr. 1000 Tonnen davon werden zu Staub zerfahren, weil wir leider Kalksplitt haben. Diese 1000 Tonnen Staub hängen in der Luft und schädigen die Umwelt genau so wie Rauch oder Immissionen aus einem chemischen Betrieb.

Ich darf Ihnen zu diesem Thema Winterdienst etwas vorlesen. Das Wirtschaftsministerium hat Kriterien erlassen, wonach der Winterdienst in den Bundesländern genau geregelt ist. Ein erstes und für jeden Autofahrer sofort spürbares Ergebnis ist das vom zuständigen Wirtschaftsministerium per Erlaß an alle Landesregierungen vorgeschriebene neue Anforderungsniveau Winterdienst.

Es macht nichts, wenn Ihr nicht so aufpaßt, Ihr bleibt dafür im Winter hängen. Dieser Erlaß legt nunmehr die Mindestanforderungen an die Schneeräumung fest. Demnach sind die österreichischen Straßen, Autobahnen, Schnellstraßen, Bundesstraßen und Landesstraßen in vier Kategorien eingeteilt. Je nach Bedeutung und Verkehrsbelastung ist nunmehr klar definiert, in welchem Ausmaß die Schneeräumung durchzuführen ist. Dies reicht von Straßenzügen der Kategorie A, das sind die Autobahnen, bei denen außer im Katastrophenfall zumindest ein Fahrstreifen freigehalten werden muß. Es geht bis zur Kategorie C, das sind unsere Nebenstraßen, und zwar unter 1.000 Kfz pro Tag Frequenz, wo bei anhaltendem Schneefall lediglich die Befahrbarkeit mit Schneeketten gewährleistet sein muß. Wir müssen uns nicht daran halten, aber, meine Damen und Herren, in diesen 6,5 Millionen Schilling ist ja bereits der Rückfluß eingerechnet, der vom Land kommt,

von der Bundesstraßenverwaltung für die Bundesstraßen, die durch unsere Stadt gehen. Für die Landesstraßen, z. B. die Wolfener Straße. Die sind schön geräumt, aber nach diesen neuen Richtlinien brauchen wir sie nachts überhaupt nicht mehr streuen und nur mehr räumen, wenn mehr wie 10 cm Schnee gefallen ist. Dem Bürger dieser Stadt ist es ja egal, wer das bezahlt, die wollen das geräumt haben. Wenn wir das jetzt räumen laut GR-Beschluß wie früher, bekommen wir das nicht mehr refundiert und automatisch steigt die Höhe der Ausgaben für den Winterdienst. Das sind nur so kleine Einsparungsmaßnahmen, die uns treffen und die wir nächstes Jahr diskutieren können.

Ich höre schon auf, aber wenn Sie weiterhin solche Botschaften hören wollen, dann mache ich Sie aufmerksam, daß unser Dienstleistungen bei öffentlichen Beleuchtungen die Stromrechnung auf 4,5 Millionen angestiegen ist und diese 4,5 Millionen, die Tag und Nacht leuchten und jeder von Euch hat noch irgend einen Wunsch, noch irgend ein Gasserl in das Beleuchtungsprogramm aufzunehmen und dort ohnehin "nur 3 Lichtpunkte" anzubringen. Wir müssen uns jetzt bemühen, daß wir durch das Anbringen von Natrium-Dampflampen und anderen Stromsparmaßnahmen diese 4,5 Millionen zumindest nicht erhöhen, denn sonst können wir von Verbesserung der Beleuchtungen nicht einmal mehr reden.

GEMEINDERAT DIR. DKFM. HELMUT ZAGLER:
Zugabe!

STADTRAT ERICH SABLİK:
Zugabe, bitte. Wirtschaftshof

Gelächter

STADTRAT ERICH SABLİK:
Nachdem keine Zugaben mehr gewünscht werden, meine Damen und Herren, so muß ich nur noch sagen, daß ich nicht gewußt habe, daß unnötige Ausgaben in Millionenhöhe einen solchen Spaß hervorrufen.
Ich möchte mich noch äußern zur Beschuldigung des Gemeinderates Pragerstorfer. Er hat gesagt, alle die, die so lange herinnen sitzen, die sind mitschuldig, wenn eine Milliardenlast auf unseren, auf meinen Kindern und Enkeln, lasten. Ich kann Ihnen nur eines sagen, Herr Kollege, daß ich - ich bin einer der dienstältesten Gemeinderäte in diesem Gremium, - überall mitgestimmt habe. Aber nicht, weil das so gesund ist, die Hand zu heben, sondern weil aus der Situation es damals einfach notwendig war. Es war z. B. notwendig, einen Tunnel zu bauen, und es war notwendig, Schulen zu bauen, diese vorzufinanzieren. Für all das haben wir uns bekannt als Mehrheitsfraktion. Zu all dem stehe ich heute auch noch. Ich habe es nicht so leicht wie Kollege Treml, der gegen alles ist und dann eine wirtschaftliche Rechnung verlangt. Kollege Treml, Du hast seit 25 Jahren immer das gleiche, Du bist gegen alles. Man braucht da gar nicht so genau aufpassen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Du paßt nie auf, Du schläfst ja die meiste Zeit während der Sitzung.

STADTRAT ERICH SABLİK:
Es kommt darauf an, wer hier redet ..

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Darf ich bitten, die Sitzung wieder halbwegs normal fortzuführen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Wenn Kollege Tremml hier statt zu Gemeindeproblemen zu allem möglichen spricht, nur nicht zur Sache, dann kannst Du es mir nicht verübeln, wenn ich bei 55 Minuten kurz einmal eine Augenpause einlege. Die Ohren bleiben aber offen!

Meine Damen und Herren, ich empfinde das Budget und vor allen Dingen die Ausgaben, die notwendig sind, als humanitär und als treffend für die Wesenszüge der Sozialdemokratie, nämlich den Ärmern zu helfen.

Ich bitte Sie daher, dem Budget die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke dem Kollegen Sablik für den ebenso umfangreichen wie lockeren Vortrag und gebe den Vorsitz zurück an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Als Nächsten bitte ich Kollegen Hochrather.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte mich auch heuer wieder in meinem Beitrag zum Budget mit den Kapiteln Straßenbau, Verkehrskonzept und Umweltschutz befassen. Bevor ich aber auf meinen eigentlichen Beitrag, gestatten Sie mir ganz kurz ein paar Bemerkungen zu meinem Vorredner. Aufgefallen ist mir folgendes. Kollege Sablik hat gesagt, die zulässigen Achsdrücke laut - ich glaube, ich kenne mich aus in der StVO - StVO wurden erhöht. Mir ist nichts Derartiges bekannt. Die zulässigen Gesamtgewichte sind schon seit Jahren gleich geblieben mit 16 Tonnen für zwei Achsen und 22 Tonnen für drei Achsen.

Auch zum Winterdienst eine Bemerkung. Du hast gesagt sparen beim Winterdienst. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur sagen, man kann auch am falschen Platz sparen, wie es in den letzten Jahren manches Mal der Fall war. Da hat es Spurrinnenbildung gegeben und dann war der Einsatz schwerer Baumaschinen notwendig, damit man diese festgefahrenen Spurrinnen wieder wegbringen konnte. Wenn einmal mehr in der Früh der Schneepflug gefahren wäre, hätte man sich sicherlich viel Geld ersparen können.

Nun zu meinem eigentlichen Beitrag. Rund 22,6 Millionen Schilling bei den Ausgaben sind im ordentlichen Haushalt unter dem Kapitel Gemeindestraßen vorgesehen. 9,5 Millionen Schilling verschlingt davon allerdings wieder der Zinsendienst für aufgenommene Darlehen zur Instandsetzung und Erhaltung der Gemeindestraßen. Im außerordentlichen Haushalt, wo der eigentliche Ausbau unserer Gemeindestraßen seinen Niederschlag findet, sind 25,3 Millionen Schilling ausgewiesen. Zur Verwirklichung der im außerordentlichen Haushalt angeführten Straßenbauvorhaben ist allerdings eine Schuldaufnahme von rund 14 Millionen Schilling erforderlich. Dabei sind bei weitem nicht alle vor der Budgeterstellung geäußerten Ausbauwünsche berücksichtigt worden. Es ist völlig verständlich, daß bei der angespannten Finanzlage unserer Stadt eine Verwirklichung all dieser Vorschläge unmöglich ist und daß Prioritäten gesetzt werden müssen. Da Sie im kommenden Jahr am Straßenbausektor so gut wie keine Anregung meiner Fraktion verwirklichen werden, ist für mich eher enttäuschend. Da dies aber in den letzten Jahren immer so war, stellt sich für mich die Frage, ob ÖVP-Vorschläge, die gut überlegt und eingehend auf ihre Notwendigkeit geprüft wurden, von Haus aus erst einmal auf die lange Bank geschoben werden, ehe sie vielleicht einer Verwirklichung zugeführt werden. Ich hoffe aber doch, daß aus dem Instandhaltungs- und Asphaltierungsprogramm der eine oder andere Vorschlag eine Erledigung findet. Ich könnte genug Beispiele aufzählen.

Ich will nun einige unserer Vorschläge und Anregungen herausgreifen und ihre Notwendigkeit begründen. Als erstes habe ich aufgeschrieben den Enns-Knoten. Der wurde heute schon oft angezogen als die meist frequentierteste Kreuzung in unserer Stadt. Ich bin der Auffassung, daß hier eine sowohl für den Auto- als auch für den Fußgängerverkehr akzeptable Lösung gefunden werden muß und daß keine Benachteiligung einer der beiden Gruppen, im besonderen schon gar nicht der Schwächsten, der Fußgänger, erfolgen darf. Eine Entlastung für diesen verkehrsmäßig sicher sehr sensiblen Bereich würde sicherlich, wie heute die schon mehrmals angesprochene Nordspange, bringen, deren notwendige Errichtung ich hiermit ebenfalls ausdrücken will.

Dringende Bundesstraßen-Bauvorhaben stellen für mich auch der Umbau des Ulricher Knotens und der Kreuzung Haager Straße - Plenkberg dar. An der zuletzt genannten Kreuzung kommt es bei Arbeitsschluß im Motorenwerk täglich zu Verkehrsinfarkten. Es ist auch hier ein ehester Ausbau zu fordern. Dies sollte die Stadt bei jeder sich bietenden Gelegenheit bei den zuständigen Stellen vorbringen. Bei der Betrachtung der wenigen bis jetzt von mir aufgezeigten problematischen Schnittpunkte einzelner Straßenzüge stellt sich von selbst die Forderung nach einem generellen Verkehrskonzept für unsere Stadt. Ein Verkehrskonzept, in dem sowohl die zu den Arbeitsplätzen einpendelnden Fahrzeugbenutzer, der Durchzugsverkehr und insbesondere hier der Schwerverkehr, aber auch die Besucher und der Einkäufe tätige motorisierte Verkehrsteilnehmer Berücksichtigung finden. Jedoch nicht nur an den motorisierten Verkehrsteilnehmer darf ein verantwortungsbewußter Verkehrsplaner denken, auch dem Fußgänger und Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel muß Rechnung getragen werden. Überhaupt bin ich hier der Auffassung, daß die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel neu zu überdenken ist. Ich will in diesem Zusammenhang erneut für die Errichtung eines Verkehrsverbundes Region Steyr eintreten. Ich bin hier mit allen meinen Fraktionskollegen von der ÖVP der Überzeugung, mit einer gemeinsamen Fahrkarte für die städtischen Buslinien und die Buslinien von Bahn und Post könnte die Attraktivität der Massenverkehrsmittel erheblich gesteigert werden und damit auch eine Verringerung des Straßenverkehrs erreicht werden.

Beim Thema öffentliche Verkehrsmittel finde ich auch überlegenswert, ob nicht die Schnittstellen der städtischen Busse vom Merkur-Markt weg zum Bahnhof verlegt werden sollte, da meiner Meinung nach dort der geeignetere Platz hierfür wäre. Nicht zufriedenstellend für mich ist die Situation im Zusammenhang mit dem Fußgängerübergang über die Sierninger Straße im Bereich des Landeskrankenhauses. Die Rampe der Fußgeherüberführung führt nicht zur stadteinwärts gelegenen Autobushaltestelle, sondern von dieser weg. Der Fußgeherübergang wird daher von den Krankenhausbesuchern nur mäßig angenommen. Ich habe selbst schon wiederholt zu Besuchszeitenden Krankenhausbesucher wie die Hasen über die zu dieser Zeit stark frequentierte Voralpen-Bundesstraße hopsen gesehen. Abhilfe könnte hier sicher mit der Verlegung der Autobushaltestelle zum Auslauf der Fußgängerrampe geschaffen werden, da ein Umbau der Überführung sicher kostspieliger sein dürfte.

Wenn ich nun schon bei den Fußgehern angelangt bin, so will ich auch einen oft geäußerten Wunsch der Fischhub-Bewohner vorbringen. Es ist ein kinderwagengerechter Abstieg im Bereich Grenzgasse von der Haratzmüllerstraße zum Wanderweg entlang der Enns. Es ist dies sicher ein berechtigter Wunsch der Bewohner aus dem Bereich Fischhub, möglichst ohne Beeinträchtigung von Lärm und Abgasen in den Stadtkern gelangen zu können. Eben solche Bedeutung kommt aber dem Verlangen von Resthofbewohnern nach einem ebenfalls kinderwagengerechten Abstieg vom Resthof über den Rohrsteg nach Münichholz zu. Zu begrüßen sind die Initiativen der Stadt auf dem Gebiet des Ausbaues des Radwegenetzes. Ich will aber in diesem Zusammenhang eine Miteinbeziehung des Brunnenschutzgebietes in Dietach in das Radwegenetz anregen.

Da man dort wirklich Ruhe und Erholung abseits von Autolärm und Abgasen finden kann. Auch bin ich für die Schaffung von kombinierten Rad- und Wanderwegen positiv eingestellt. Es ist dabei aber unbedingt auch auf die Sicherheit der Benutzer Bedacht zu nehmen. Ich will hier konkret die Situation am Taborweg ansprechen. Der Taborweg wird von vielen Altenheimbewohnern als Spazierweg geschätzt und auch gerne benützt. Da es sich hier aber um meist ältere Leute handelt, die zum Teil gehbehindert sind und demnach einem herannahenden Radfahrer nicht so rasch ausweichen können, kann es schon manchmal zu gefährlichen Situationen kommen für die Fußgänger, aber auch für die Radfahrer. Als einfache Abhilfe schlage ich hier eine Trennung des Weges mittels einer Bodenmarkierung in Fußweg und Radweg vor. Dringend notwendig für den Fußgängerverkehr erscheint mir auch die Errichtung oder Fortführung des Gehsteiges entlang der Ennser Straße von Dornach bis zur Kreuzung mit der Niedergleinker Straße.

Ich bin nun an den Grenzen unserer Stadt angelangt und da muß ich auch heuer wieder erinnern an die von mir schon oft vorgetragene Forderung nach einem Ausbau der Pyrachstraße, und zwar von Pyrach in Richtung Garsten - im Volksmund geht es hier um den Gschaidlerberg. Es handelt sich hierbei um ein besonders gefährliches Straßenstück, auf dem schon wiederholt Unfälle mit Personenschaden passiert sind. Die Unfälle passieren zumeist im Bereich der Stadt Steyr und dann purzeln halt die Autos nach Garsten und daher weiß ich das von meiner beruflichen Arbeitsstelle her. Zweimal waren auch im letzten Winter Fahrzeuge des städtischen Wirtschaftshofes davon betroffen. Gott sei Dank ist nichts Ärgeres passiert dabei. Das dürfte aber auch der Grund gewesen sein, warum dieses Problem vom Garagenmeister des städtischen Wirtschaftshofes und Gemeinderat von Garsten, Herrn Sluka, aufgegriffen und dem Finanzreferenten der Stadt Steyr vorgetragen wurde. Aus einer Aussendung der SPÖ Garsten, in dem ein Interview mit unserem Finanzreferenten Herrn Vizebürgermeister Wippersberger abgedruckt ist, entnehme ich, daß nun auch seitens der Stadt der Ausbau bzw. eine Entschärfung dieses gefährlichen Straßenstückes in Erwägung gezogen wird. Ich möchte das nur begrüßen und hoffe, daß damit eine frühere Argumentation, die Stadt sei an einer Verbesserung der dortigen Verkehrssituation überhaupt nicht interessiert, denn da könnten Steyrer nach Garsten einkaufen gehen, überholt ist. Ich erwarte auch keinen großzügigen Ausbau für den Fahrzeugverkehr, sondern lediglich eine Verbesserung für den Fußgängerverkehr. Derzeit ist nämlich an manchen Stellen des Berges nicht einmal ein Begegnen von einem Pkw mit einem Fußgänger möglich und das vorwiegend in dem in der Stadt Steyr gelegenen Teil des Berges. Die Gemeinde Garsten, so hat mir Bürgermeister Steininger versichert, würde sich an einem Ausbau gerne beteiligen und auch ihren Teil dazu beitragen. Dem Vernehmen nach wird im Rathaus nun auch über die Verlegung der Einmündung der Feldgasse in die Steiner Straße und die dadurch erforderliche Anpassung der Autobushaltestelle nachgedacht. Ich kann dies ebenfalls nur begrüßen, gleichzeitig aber auch den Wunsch nach einer Verbreiterung der Verbindungsstraße zwischen Steiner und Ennser Straße in der Nähe des Bauernhauses Knogler vorbringen, da dies für die Gleinker Feuerwehr die kürzeste Verbindung zum Resthof darstellt. Da bei Feuer in Wohngebieten zur Rettung von Menschenleben jede Minute zählt, ist dies sicherlich ein berechtigtes Anliegen der Gleinker Feuerwehr, zu deren Pflichtbereich auch der Resthof zählt.

Erwähnen will ich als eine lange Gleinker Forderung auch heuer wieder eine Oberflächeninstandsetzung der Hasenrathstraße in Richtung Wolfenstraße. In diesem Zusammenhang muß auch gefordert werden, daß die Stadt neben einem dringenden Verkehrskonzept auch ein Konzept für den ruhenden Verkehr, ein sogenanntes Parkplatzkonzept, braucht. Hier ist sicher die Überlegung nach Errichtung eines Parkhauses am derzeitigen Schiffmeisterparkplatz oder zumindestens die Errichtung

eines zweiten Parkdecks angebracht. Zur Verwirklichung des Angebotes der ÖBB im Bereich des Frachtenbahnhofes durch eine Überdachung eine größere Anzahl von Stellplätzen für Pkw zu schaffen - der Herr Bürgermeister hat das angeschnitten, daß ja an ca. 600 Abstellplätze ist hier gedacht - muß nach einer für die Benützer dieser Parkmöglichkeiten akzeptablen Lösung, nämlich wie die möglichst rasch und auf kurzem Weg ins Zentrum kommen können, gesucht werden. Die ÖVP-Fraktion schlägt die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbes zur Schaffung eines Überganges über die Enns zum Stadtplatz vor. Dieser Übergang müßte jedoch für die Benützer beider angeführter Parkplätze attraktiv sein.

Überlegenswert ist in diesem Zusammenhang - auch das wurde heute bereits gesagt - doch auch in Steyr City-Busse einzusetzen. City-Busse könnten ebenfalls alle Großparkplätze anfahren und die Benützer ins Zentrum bringen. So ein City-Bus bietet für den Innenstadtbereich aufgrund seiner Wendigkeit sicherlich auch mehr Möglichkeiten als unsere Großraumbusse.

Im Zusammenhang mit der Parkplatzsituation in unserer Stadt will ich auch die Frage aufwerfen, ob nicht unsere in der derzeitigen Verfassung für den Strahlenschutz völlig ungeeigneten Luftschutzstollen als Parkgaragen ausbaufähig wären. Beim Märzenkeller-Stollen z. B. könnte ich mir das durchaus vorstellen. Dort könnte man sicher Platz für hundert Fahrzeuge schaffen.

Nur indirekt mit dem Thema Straßenverkehr, jedoch mehr mit dem Stadtbild, hat mein nächster Betrachtungspunkt zu tun. Es sind dies die Geländer unserer Brücken. Hier wäre es auch an der Zeit, die wahrlich nicht immer schönen Geländer samt ihren Handlaufleuchten durch zum Stadtbild passende Geländer und Leuchten zu ersetzen. Ich könnte mir dabei auch durchaus eine Beteiligungsmöglichkeit für die Bürger unserer Stadt nach Großraminger Vorbild vorstellen. Dort konnten nämlich die Gemeindebürger bei der Auswahl von Brückengeländer und Leuchten mitbestimmen, sie waren aber auch zu einer Kostenbeteiligung eingeladen. Man mag über die Leuchten und das Geländer in Großraming verschiedener Meinung sein. Ich bin auch nicht der Meinung, daß unsere Geländer so ausschauen sollten, sondern ich habe nur gemeint nach dem Vorbild der Finanzierung des Großraminger Brückengeländers.

Nun weg von Straßen und Verkehr und hin zu unserer Umwelt und zum Umweltschutz. Umweltschutz kann nicht von einer Gemeinde verordnet werden. Umweltschutz muß von den Bewohnern der Stadt gelebt werden. Die Stadt kann aber hier sehr wohl Bewußtseinsbildung betreiben, indem sie in ihren Publikationen die Bewohner zu mehr Sorgfalt mit der Umwelt aufruft. Ich denke im besonderen an die vielen Möglichkeiten auf dem Abfallsektor. Müllvermeidung durch Mülltrennung in verwertbaren und nicht verwertbaren Müll usw. Es gäbe hier viele Beispiele aufzuzählen. Auf diesem Sektor wird in Steyr sicher viel geleistet und es findet dies auch die gebührende Anerkennung. Auch zum Schutz der Bewohner unserer Stadt z. B. vor Lärm, diesem Schutz kommt ebenfalls Bedeutung zu. Ich erinnere wieder an eine wirksame Bepflanzung des Hanges an der Haager Straße mit schnellwachsenden Bäumen. Auch die neuerliche Forderung nach Prospektierung zusätzlicher Brunnenfelder zur Gewährleistung der Trinkwasserversorgung fällt für mich unter den Begriff Umweltschutz. Ebenso unser Verlangen nach finanzieller Unterstützung des Einbaues eines Nachrüstkatalysators in Pkw ist für mich ein Beispiel und ein Beitrag zum Schutz der Umwelt. Ich bedaure, daß dieser Antrag von der Steyrer SPÖ nicht unterstützt, sondern abgelehnt wurde.

Es gäbe unter dem Titel Umweltschutz viele Betrachtungspunkte. Eine Aufzählung dieser Themen würde den Rahmen dieser Sitzung bei weitem übersteigen. Ich will daher nur mehr ein Thema ansprechen, das heuer im Frühjahr große Wellen geschlagen hat, um das es aber in den letzten Monaten verdächtig ruhig geworden ist. Es ist dies die in Münichholz von privaten Betreibern geplante Errichtung einer Hochtemperatur-Vergasungsanlage. Sah es im Frühjahr so aus, als würde diese

Anlage absolut und gefahrlos funktionieren und schon in den nächsten Tagen mit der Errichtung begonnen werden, so wurde die Euphorie der Betreiber durch die Bedenken der Münichholzer Bevölkerung, die Gründung einer Bürgerinitiative sowie das Verlangennach einen Probetrieb erheblich gedämpft. Ich weiß auch nicht, ob dieser Probetrieb in der Voest noch läuft, da hierüber jeglicher Informationsfluß an den Gemeinderat abgerissen ist. Auch kann ich mich bis dato an keinen Bericht des Umweltschutzreferenten der Stadt über die Ergebnisse dieses Versuches bzw. Probetriebes erinnern. Ich nehme doch an, daß Herr Stadtrat Pimsl im Besitze von Informationen über die Ergebnisse dieses Probetriebes ist. Sollten diese Meßergebnisse am Ende nicht so positiv ausgefallen sein und daher für eine Weitergabe an die Öffentlichkeit nicht geeignet sein? Ich möchte aber trotzdem an Herrn Stadtrat Pimsl als den hiefür zuständigen Referenten das Ersuchen nach einer Information des Gemeinderates über die Ergebnisse des Probetriebes richten. Ich will auch schon heute die Feststellung treffen, sollten nicht alle vorgebrachten Bedenken durch den Probetrieb zerstreut werden und ein absolut gefahrloser Betrieb garantiert werden können, so kann und darf diese Anlage in Steyr nicht installiert werden. Wir sind doch keine Versuchskaninchen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es war dies ein kurzer Streifzug durch die Themen, Straßenbau, Verkehrs- und Parkplatzkonzept, Radwegenetz und Umweltschutz und ein Aufzeigen von mir wichtig erscheinenden Gesichtspunkten. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Hochrather für seinen Beitrag. Kollege Spöck ist der Nächste.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Bei meinen Budget-Vorbereitungsarbeiten bin ich, werte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates, auf eine Studie des Amtes der Oö. Landesregierung, Abt. Statistischer Dienst von Hofrat Kutzenberger, über die Bevölkerungsentwicklung in Oberösterreich gestoßen, die mir sehr zu denken gegeben hat. Zur Geburtenentwicklung. 1963 hatten wir 24.752 Geburten, 1985 waren es 15.998 und im Jahre 2000 werden es nur mehr 12.000 sein und im Jahre 2030 gar nur mehr 8.000. Nehmen wir einmal an, daß die nächste Generation zahlenmäßig nur gleich stark sein soll als die jetzige. Dazu müßte jede Frau sich einmal selbst und den Vater des Kindes ersetzen. Das sind also 2 Kinder je Frau. Bis zum Erreichen des fruchtbaren Alters sterben dann noch ein paar Kinder, es müßten daher etwas mehr Kinder zur Welt kommen, so daß letztlich zwei überbleiben. Genau sind das auf 1.000 Frauen 2.100 Kinder. Wie schaut aber nun die Wirklichkeit aus? Bei der derzeitigen Müttergeneration kommen rund 1.500 Kinder auf 1.000 Frauen. Also um 60 oder fast 30 Prozent zu wenig. Berücksichtigen muß man dann auch noch die gewollte oder ungewollte Kinderlosigkeit, das sind immerhin 30 Prozent. Da es wieder viele Frauen gibt, die aus medizinischen Gründen nicht mehr als 1 Kind haben können, müßten etwa 60 Prozent der Ehepaare vier Kinder haben. Die 4-Kinder-Familie müßte daher das neue Leitbild unserer Gesellschaft sein, nur um nicht weniger zu werden. Die Gründe für die wenigen Kinder sind eher vielfältig - unsere Konsumgesellschaft, Egoismus, Freiheit, Karriere - aber auch die nicht familienfreundliche Politik. Daher müßte die Familie auf jeder Ebene gefördert werden. Wir hier in der Gemeindeebene müssen natürlich auch versuchen, bei unseren Entscheidungen, sei es bei der Wohnungsvergabe, sei es bei den Tarifen, bei den Eintrittskarten, familienfreundlich zu entscheiden. Wenn nun eine Bürgerin in einem Leserbrief im Korrekt, am 22. November 1988 erschienen, meint, der Beitrag in den städtischen Kindergärten sei zu teuer. Sie schreibt: "mich ärgert, daß trotz vielem Gerede über soziale Politik die Steyrer Stadtväter nicht daran denken, endlich in den städtischen Kindergärten einen Halbtags-tarif einzuführen. Viele kleine Kinder wären ohnehin überfordert, würden sie ganztags den Kindergarten besuchen. Muß das sein, daß man S 700,- für eine Halbtagsbetreuung bezahlen muß?" Damit hat sie vollkommen recht. Bei der Neugestaltung der Elternbeiträge hätte man - ich habe bereits anläßlich der Neufestsetzung der Kindergartentarife in der GR-Sitzung im Juni darauf hingewiesen - auf die Kindergartenanfänger, das sind die Kinder um 3 Jahre, Rücksicht nehmen müssen. Ein sogenannter "Schnuppertarif" wäre daher wünschenswert und familiengerecht gewesen. Aber, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, es ist ja noch nicht zu spät. Vielleicht können wir dies gemeinsam mit einer breiteren Staffelung des Tarifes nachholen. Ich darf in Erinnerung rufen, bei einer Bemessungsgrundlage von über S 12.000,- - das trifft wiederum einen Großteil der Eltern - zahlt man den Höchstbeitrag von monatlich S 700,-. Vielleicht können wir dies bei einer der nächsten Sitzungen als familienfreundliche Maßnahme, die wir hier in der Gemeinde setzen können, abändern. Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, kein Gehör gefunden bei den Herren Direktoren - sie sind ja nicht mehr anwesend - der Stadtwerke hat unsere, ja man kann leider schon sagen langjährige Forderung zur Einführung eines Familientarifes, natürlich auch zur Anziehungskraftstärkung bei den städtischen Autobussen. Damit analog stellt sich die Frage, wie schaut es aus mit dem Verkehrsverbund? Ein Dornacher zahlt, wenn er das öffentliche Verkehrsmittel benützt, um in das Krankenhaus zu gelangen, mit 2 Kindern hin und zurück bei Benützung des städtischen Busses und des Bahnbusse immerhin S 164,-. Über das Thema Verkehrsverbund wurde schon in der Aktuellen Stunde in der GR-Sitzung am 28. November 1985 eingehend diskutiert. Seit Juni 1985 ist ja der

Linzer Verkehrsverbund in Kraft. Damals ist richtig gesagt worden, daß bei Inanspruchnahme des öffentlichen Verkehrsmittels eben der Nachteil besteht, daß mit dem Ankommen am Bahnhof in Steyr eine zusätzliche Fahrkarte notwendig ist, um in die Innenstadt oder zum Arbeitsplatz zu gelangen. Das heißt, zusätzlich finanzielle Belastungen einerseits und andererseits eine Umweltbelastung, die zum Teil schon unzumutbar ist. Ich darf Sie nur an die Zeit erinnern, und zwar täglich zwischen 15 und 17 Uhr, wo der Werksverkehr ja regelmäßig zusammenbricht. Allein der Beitritt zum Verkehrsverbund Linz würde zu wenig sein, da natürlich auch die Pendlerbewegungen berücksichtigt werden müssen und Steyr ja ein Pendlerschwerpunkt ist. Laut Verkehrsanalyse, die wir Gemeinderäte im Dezember 1985 bekommen haben - die Zahlen werden in etwa ja heute auch noch stimmen - beträgt ja die Gesamtzahl der Personen im Alter von über 15 Jahren, die nach Steyr zu ihrem Arbeitsplatz oder in die Schule einpendeln, runde 14.200. 12.600 Arbeitspendler und 1.600 Schulpendingler. Rund 61 Prozent, also runde 7.700, kommen aus dem Bezirk Steyr-Land und rund 25 Prozent, das sind in etwa 3.300, aus dem Bezirk Amstetten. Leider ein Großteil, nämlich runde 67 Prozent benutzen das private Verkehrsmittel und nur rund 25 Prozent das öffentliche Verkehrsmittel. Kontaktaufnahme mit dem Verkehrsverbund Linz und Verhandlungen mit dem Ziel eigener Verkehrsverbund rund um Steyr, war auch der einhellige Tenor aller Fraktionen. Unser Bürgermeister hat ja damals Verhandlungen zugesagt. Mittlerweile sind aber drei Jahre vergangen und ich hoffe, daß diese Verhandlungen bald zum Ziel führen werden. In Linz hat es ja damals auch 4 Jahre gedauert, bis eine Einigung mit der ÖBB erzielt wurde. Und ich hoffe daher, daß diese Verhandlungen bald zum Abschluß kommen.

Abschließend noch zum Thema öffentliche Verkehrsmittel zum wiederholten Mal ein Ersuchen an die Betriebsleitung der Stadtwerke Steyr, die Anregungen der ÖVP-Fraktion - niedergeschrieben im Aktenvermerk der Betriebsleitung vom 24. April 1987, insbesondere möchte ich erwähnen die Änderung der Linienführung im Resthof - zu verwirklichen. In der Gemeinderatsitzung vom 8. September 1988 habe ich anläßlich der wiederkehrenden Erhöhungsbeiträge bei den Eintrittspreisen im Stadttheater das Ersuchen an den Kulturreferenten gestellt, die Abänderungsanträge wurden ja leider in der Vergangenheit von der sozialistischen Mehrheit immer niedergestimmt, einen Nachlaß von 50 Prozent für Kinder, Lehrlinge, Schüler, Studenten, Präsenzdienler in Uniform und für Arbeitslose zu gewähren. Meine Erneuerungsbitte im Sinne der Familienfreundlichkeit, diesen Nachlaß bei der sicherlich wieder kommenden Erhöhung im nächsten Jahr zu berücksichtigen. Die Absicherung zur Straße, das Ballfanggitter beim Kinderspielplatz Resthofstraße - Kaplanstraße fehlt leider auch noch immer. Wie ich gehört habe, ist beabsichtigt, eine Absicherung durch Garagen vorzunehmen. Das ist in meinen Augen sicherlich keine Ideallösung, aber zumindest würde die derzeitige gefährliche Situation beseitigt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, anläßlich der Aktuellen Stunde am 18. September 1986 habe ich darauf hingewiesen, daß durch die Erweiterung des Bewegungsraumes des Hortes im Resthof und der damit verbundenen Schließung der Bücherei für diese Ersatz geschaffen werden muß. Bei einer Entlehnungszahl von damals 791 bis 943 und unter Berücksichtigung der Mehrkosten der Busfahrt für die Familien in die Bücherei Bahnhofstraße, war diese Forderung sicherlich gerechtfertigt. Vizebürgermeister Wippersberger hat auch damals zugesagt, eine Lösung anzubieten. Bürgermeister Schwarz hat dazu ausgeführt, wir sind natürlich interessiert, daß die Bücherei auch wieder entsprechend untergebracht wird. Wir sind daran, nicht nur Lösungen zu suchen, sondern sie auch zu finden. Das war September 1986.

Auch sollte der Wunsch vieler Resthofbewohner, den Hangkronenweg Lauberleite in das Brunnenschutzgebiet zu sanieren, schon längst kein Wunsch mehr sein. Wenn ich da ganz kurz meinen Vor-Vorredner Sablik aufgreifen darf. Du hast, ich

glaube, es ist jetzt zwei Jahre her, eine Anregung gebracht. Dabei ist es um die Engelstiege gegangen zu Kollegen Wallner. Ich würde diese Anregung stellen zu Kollegen Rohrauer. Nehmen wir uns bei der Hand, schauen wir uns die Situation an beim Hangkronenweg. Gerade am Sonntag bin ich wieder mit meiner Familie dort spazieren gegangen, man kann einfach diesen Weg in das Brunnen-schutzgebiet nicht benützen. Über die Infangstraße geht es auch nicht, die ist zwar asphaltiert bis zum neuen Sportgelände Glaser, aber nachher ist das dann ein Sumpf. Vielleicht machen wir das wirklich so, schauen wir uns das an Ort und Stelle an und Sie werden sicherlich sehen, daß mit bescheidenen Mitteln dieser Weg saniert werden kann. Ich meine nicht asphaltieren, sondern einfach beschottern, damit man diesen Weg benutzen kann, derzeit kann man ihn ja nicht als Weg bezeichnen.

Abschließend, werte Kolleginnen und Kollegen, hat ein langjähriger Kampf 1988 sein Ende gefunden, nämlich der Kampf um die Mutterberatungsstelle im Resthof. Begonnen hat er für meine Familie 1983 mit einem Leserbrief, veröffentlicht in der Steyrer Zeitung vom 9. 2. 1984, der gelautet hat: "Ruf nach einer Mutterberatung im Resthof. Ich bin Mutter einer 8 Monate alten Tochter und glaube, im Namen vieler Mütter zu sprechen. Meine zuständige Mutterberatungsstelle befindet sich im Altersheim Tabor. Für das gesamte Tabor-Gebiet einschließlich Stadtteil Resthof steht nur diese eine Beratungsstelle einmal wöchentlich zur Verfügung, und zwar in der Zeit zwischen 14 und 16 Uhr. Da dieses Wohngebiet hunderte Jungfamilien hat, herrschen manchmal katastrophale Zustände. Zunächst müssen die Mütter vom Resthof mit ihren neugeborenen Säuglingen auch bei schlechter Witterung einen 3/4stündigen Fußmarsch auf sich nehmen. Um einen Wickelplatz in der Mutterberatung zu bekommen, muß man längere Wartezeiten in Kauf nehmen. Unruhige, schreiende Babies und nervöse, schwitzende Mütter sind die Folge. Ich glaube, es müßte doch mit einigem guten Willen und geringen Geldmitteln möglich sein, eine Mutterberatungsstelle im Resthof zu schaffen - Maria Spöck, Siemensstraße 9 a". Ein Jahr später, am 29. 2. 1985, teilte die Stadt Steyr mit Schreiben dem Land mit, daß sie die Errichtung einer Mutterberatungsstelle im Wohngebiet Resthof ins Auge faßt. 17. 6. 1986 Bericht des Landeskontrolldienstes, die Aufwendungen für die Mutterberatungsstelle sind derzeit im Vergleich mit den bereits bestehenden in den Statutarstädten als über dem Durchschnitt liegend zu hoch. Adaptierungskosten runde S 200.000,-, jährliche Folgekosten runde S 130.000,-. 22. 9. 1986 gibt es einen Entwurf eines Schreibens an die Stadt von der Abteilung Jugendwohlfahrt, der die Zustimmung vorsah, aber es kam zu keiner Mitunterzeichnung von Landeshauptmann Dr. Ratzenböck. Am 3. 3. 1987 Vorsprache von Kollegen Vizebürgermeister Holub und meiner Wenigkeit bei Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck mit dem Ergebnis, der Landeshauptmann sichert bei Erstellung eines realistischen Vorschlages seitens der Stadt - gemeint ist eine Kostenbeteiligung - eine wohlwollende Bearbeitung bzw. Prüfung zu. Am 6. 4. 1987 hat der Landeshauptmann der Ablehnung seitens der Finanzabteilung nicht zugestimmt. Er gibt die Weisung, gemeinsam mit dem Magistrat der Stadt Steyr einen Weg zu suchen. Es kommt dann noch zu einem klärenden Schriftverkehr zwischen den Abteilungen Finanz und Jugendwohlfahrt und der Stadt. Ende 1987 kommt es zu einer Einigung, der Kampf hat dann endlich aufgehört 1988 mit der Eröffnung der Mutterberatungsstelle.

Werte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn dabei der Amtsschimmel ein bißchen mitgewiebert hat, bin ich doch heute froh, meinen Beitrag zur Budgetsitzung mit diesem doch positiven Teil abschließen zu können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Spöck. Kollegin Schreiberhuber bitte.

GEMEINDERAT GERTRUDE SCHREIBERHUBER:

Werte Kolleginnen, werte Kollegen!

Wenngleich ich mich nicht gerade bedanken möchte bei Herrn Gemeinderat Tremel, weil er die Frage gestellt hat, was die Steyrer Abgeordneten im Öö. Landtag im Dienste der Menschen gefordert hätten, im Dienste der Menschen dieser Stadt getan hätten, so gibt mir das aber immerhin Anlaß, eine Richtigstellung anzubringen, gewisse Tatsachen doch ins rechte Licht zu rücken. Es ist zwar nicht so, daß das Engagement der Kollegin Derflinger im öö. Landtag, als sie als Sprecherin der sozialistischen Fraktion für eine gerechte Familienförderung eingetreten ist, aufgrund der dort herrschenden Mehrheitsverhältnisse von Erfolg gekrönt gewesen wäre. Dies ist nicht nur ein sichtbares Beispiel für ihren persönlichen Einsatz, sondern auch für die Verhinderungspolitik, die unter beinhardter Ausnutzung der Machtstrukturen dort betrieben wird. Unter beinhardter Ausnutzung von Machtstrukturen wird eben dort Bevölkerungs- und Parteipolitik betrieben, die auf Kosten eines Großteils der öö. Familien gemacht wird. Wenn auch die ÖVP-Mehrheit im öö. Landtag aufgrund der heftigen Interventionen sich entschlossen hat, eine Familienförderung nicht von der Aufgabe der Berufstätigkeit der Frauen abhängig zu machen, stellt sich doch die Situation so dar, daß in diesem Land ab dem 1. Jänner 1989 nur Familien ab dem dritten Kind mit einem Betrag von S 1.000,- monatlich ein Jahr lang unterstützt werden. Ohne Rücksicht auf Bedürftigkeit, ohne Rücksicht darauf, daß viele Familien in diesem Land bereits ab dem ersten Kind förderungswürdig wären.

Ich darf in diesem Zusammenhang nur auf die bekannten unterschiedlichen Bevölkerungsstrukturen zwischen ländlichem und städtischem Raum verweisen. Eine solchermaßen beschlossene Familienförderung benachteiligt eklatant die Industrie- und Wirtschaftsregion, in der wir hier leben. Und der einbringlich gemachte Gegenvorschlag der sozialistischen Abgeordneten, eine gerechte Staffel in der beabsichtigten Familienförderung einzuführen, wurde von der ÖVP-Mehrheit im öö. Landtag schlichtweg abgelehnt. Es war, wie gesagt, nicht vorgesehen. Aber von dieser Stelle aus bringe ich die Betroffenheit der sozialistischen Fraktion und den Protest gegenüber dieser Haltung zum Ausdruck.

Im Sinne zahlreicher Steyrer Familien bleibt nur zu hoffen, daß mit Herannahen des nächsten Landtags-Wahltermines doch auch die ÖVP auf Landesebene die Kurve der sozialen Gerechtigkeit kratzen wird. Was jetzt bleibt ist ein trauriges Beispiel für partei- und wahltaktische Überlegungen, die auf dem Rücken der öö. und zahlreicher Steyrer Familien ausgetragen werden. Sicherlich aber auch auf Landesebene ein Beispiel für mangelnden Willen zur Zusammenarbeit. Bereitschaft zur Zusammenarbeit offensichtlich nur dort, wo die Mehrheitsverhältnisse derartige Machtdemonstrationen nicht zulassen. Wille zur Zusammenarbeit lediglich als Lippenbekenntnis dort, wo man gewissermaßen am kommunalen Sozialpaket mitschnüren möchte. Wenngleich ich Ihrer Fraktion im Zusammenhang mit Wirtschaftsförderung auch Polemik bei der Budgetsitzung des Steyrer Gemeinderates zugestehe, muß ich doch andererseits bezüglich der offensichtlich zur Schau getragenen Uninformiertheit bezüglich der beabsichtigten Einrichtungen im Steyrer Wehrgraben im FAZAT-Bereich ebenfalls Richtigstellungen anbringen. Hätten Sie sich wirklich mit dem FAZAT-Konzept beschäftigt, hätten Sie die Einladung des Herrn Bürgermeisters angenommen mitzuarbeiten, hätten Sie die Einladung zum Dialog angenommen, so hätten Sie feststellen müssen, daß im Hack-Bereich sehr wohl vom Konzept her Raum für Gründer- und Innovationszentren geboten wird. Es ist höchst bedauerlich, daß sich die ÖVP-Fraktion in Steyr bisher noch nicht entschließen konnte, an diesem für die gesamte Region Steyr bedeutsamen Vorhaben sich zu beteiligen. Wenn Sie vorderhand schon davon gesprochen haben, Ihre Haltung müßte die Schamröte Ihnen ins Gesicht treiben. Sie wiederholen nicht nur stereotyp Forderungen, ohne die mündlich kundgetane Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu realisieren. Vielleicht gelingt es doch noch, Sie davon zu überzeugen, daß es nicht gerade eine

Westbahn sein muß, die über Steyr führt, sondern es auch ein anderer Zug sein kann, auf den es sich doch noch lohnt aufzuspringen, mitzufahren, ein Stück Weges gemeinsam zu gehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegin Schreiberhuber. Als vorläufig letzter Debattenredner Kollege Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich meine der Bürger, und speziell der Bürger unserer Stadt, hat ein feines Gefühl dafür, unterscheiden zu können zwischen kleinen Mandataren und Parteien, die zu gewissen Anlässen eine Forderungs- und Ankündigungspolitik betreiben, und zwischen jenen, die eine seriöse, machbare und vor allem realistische Politik vollziehen. Man hat manches Mal den Eindruck, zumindest bei den Budgetsitzungen, daß hier vier Oppositionsparteien gegen die Mehrheitspartei sich verteidigen und fordern müssen, damit das geschieht, was in unserer Stadt notwendig und richtig ist. Man bedankt sich aber gleichzeitig artig beim Finanzreferenten, daß er alle Fraktionen zur Mitarbeit einlädt und auch ihre Überlegungen für die Stadt im Budget Berücksichtigung finden, soweit als möglich, und gleichzeitig erweckt man den Eindruck, daß eigentlich nichts geschieht. Es ist in Wirklichkeit so, daß mit Ausnahme des Kollegen Eichhübl, der ja hier nicht seine Ideen vorbringt, sondern leider Gottes eher mit einem Auftrag versehen ist, daß alles, was hier geschieht, als ungenügend, unzureichend und falsch hingestellt wird. Man mag dabei sicherlich da oder dort Augenblickserfolge einheimen. Aber auch hier gilt das Wort, daß man dem mündigen Bürger in unserer Stadt es sehr wohl überlassen darf, in wieweit er solchen Aussagen Glauben schenkt. Ich glaube, es ist auch das Wesen der Demokratie, daß man alle diese Dinge aussprechen kann, soll und darf und daß man auch bei seinen Beiträgen durchaus ideologische Grundsätze mit einfließen läßt, weil es auch dem Bürger zu überlassen ist, jenen ideologischen Überlegungen und Grundsätze bei der Wahl Rechnung zu tragen oder nicht. Aus diesen Überlegungen, aus der Entscheidung des mündigen Bürgers, entsteht die Zusammensetzung eines Gemeinderates. Ich glaube, daß hier eine Fraktion wie meine Fraktion sehr wohl aufgrund des Vertrauens und der Stärke im Gemeinderat eine Politik betreibt, die mehrheitlich von der Bevölkerung nicht nur verstanden, sondern auch gutgeheißen wird. Ich glaube auch, Kolleginnen und Kollegen, daß zurecht über vieles, was heute von dieser Stelle aus gesagt wurde, zurecht gemeinsam nachgedacht und überlegt werden sollte, ob man da oder dort etwas anders, besser machen kann. Durchaus einverstanden.

Kolleginnen und Kollegen, mit einer Aufzählung aller jener Möglichkeiten, die uns heute die Stadt bietet, um das Leben angenehmer zu gestalten, um noch bessere, schnellere Verkehrswege zu erschließen, um einer Forderung da oder dort mehr Nachdruck zu verleihen, sollte man zumindest auch jene Gedanken mit einfließen lassen, was es denn kostet und wer das bezahlt. Wenn ich hier Kollegen Hochrath, den ich an und für sich schätze, mir angehört habe, wenn alle Wünsche und Überlegungen aller Stadtteile im Bereich des Verkehr verwirklicht werden müßten, so weiß ich nicht, wie der Finanzreferent darauf eine Finanzierung finden würde. Es gibt ja niemanden, der offenbar bereit ist, uns die Mittel aus anderen Bereichen dafür zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte auch einige Gedanken, die speziell jene Bereiche betreffen, die meine beiden Ressorts betreffen, mit einfließen lassen. Vielleicht gleich zum Verkehr. Es hat auch der Berichterstatter, unser Finanzreferent, den Verkehr, Straßenbau im speziellen, ein wenig in den Bereich der Umwelt gerückt. Ja, aber nur teilweise. Über eines müssen wir uns schon im klaren sein, mehr als je zuvor, - der Bau von Straßen allein löst keine Umweltprobleme, sondern

er macht nämlich welche. Wir stellen fest, daß der umweltgerechte Straßenbau noch sehr wohl zu überlegen ist, man muß mehr Gedanken als bisher dafür verwenden. So weit bin ich durchaus einer Meinung, daß Straßenbau und Umweltschutz ein Begriff sind, der es wert ist, diesem Bereich zuordnen zu können. Wir haben in der Vergangenheit vielfach bemerkt, daß dies vielleicht einmal vernachlässigt wird.

Zur Forderung, ein Verkehrskonzept zu erstellen, hier dürfte den Mitgliedern des Gemeinderates entgangen sein, daß sehr wohl ein Verkehrskonzept dem Straßenbau zugrunde lag, weil ja ansonsten alle jene Straßen nicht gebaut worden wären, die das innerstädtische Verkehrsaufkommen in irgend einer Weise mitkanalisieren sollten. Ob das die Dukartstraße, der Wiesenberg, ob das die Haratzmüllerstraße, ob das der Leitnerbergabstieg ist usw. Das sind keine Zufälle, sondern sind Ausdruck eines Konzeptes gewesen, welches zur damaligen Zeit absolut dem Verkehr gerecht wurde. Nur eines haben wir dabei übersehen offenbar - und gerade Kollege Hochrath sollte das wissen - daß mittlerweile in der Stadt Steyr etwa 20.000 Kraftfahrzeuge zugelassen sind. Dies trägt heute den damaligen Überlegungen nicht mehr Rechnung. Wir müssen heute neue Überlegungen anstellen und da treffen wir uns sicher wieder zu gemeinsamen Lösungen, wenn sie gewünscht sind. Aber ich glaube, zu sagen, man hätte kein Konzept, würde jenen Unrecht tun, die sich sehr wohl in der Vergangenheit für eine Lösung gerade dieser Probleme sehr viel einfallen lassen und auch sehr viel dafür aufgewendet haben. Daß diese Verkehrslösungen heute zum Teil überholt sind, lag nicht im Unvermögen der damaligen Planer. Ich glaube, daß wir eines noch tun müssen. Der Verkehrsknoten, die sogenannte Nordspange, ist eher jüngeren Datums und wir kämpfen gemeinsam gegen eines, daß einmal gefaßte Überlegungen von der Bürokratie nicht mehr umgestoßen werden können, ohne daß dabei gewaltige zeitliche Verzögerungen auftreten oder überhaupt ein Projekt zu Fall gebracht wird.

Kolleginnen und Kollegen, hier gibt es einen Kompetenz-Wirrwarr, der vom Bund über das Land bis zur Gemeinde reicht. Es ist nicht möglich, hier eine Abstimmung und eine flexiblere Haltung bei allen beteiligten Stellen zu erhalten.

Hier haben wir sicherlich mit einem Übelstand zu kämpfen, der bei den Wurzeln gepackt gehört, der aber mit den derzeitigen Methoden nicht ausrottbar erscheint. Ich glaube, wenn wir auch hier gemeinsam diese Überlegungen zu Papier bringen und auch vertreten, dann müßte es möglich sein, wenn auch unter sehr schweren Verhältnissen, wie ich meine, eine Verbesserung zu erreichen. Wenn wir heute der Meinung sind, die S 37 sei überholt und die damaligen Verkehrsminister und Straßenreferenten des Landes Oberösterreich einigen sich dabei auf eine bestimmte Vorgangsweise. Dann haben wir aber eines dabei nicht erreicht, eine andere Lösung oder eine Alternative. Nur ein Projekt ist dabei zu Fall gebracht worden und wir haben heute mit den Auswirkungen zu tun und haben bisher kein brauchbares Instrument, um in absehbarer Zeit eine Lösung zu bekommen. Ich möchte das wirklich unterstreichen, weil vielfach bei den Diskussionen der Anschein erweckt wird, daß manche Projekte deswegen nicht realisiert werden, weil man sich darum nicht kümmert und weil es in politischen oder anderen Bereichen liegt. Ich glaube, hier müssen wir gegen eine Bürokratie kämpfen, die uns alle mitsammen offenbar ein wenig dämmt.

Zur Frage der Umwelt und da vielleicht zum Trinkwasser. Es ist zurecht angeschnitten worden und ich glaube, nicht nur Wasser, sondern auch Luft und Boden gehören zum Überleben der Menschen. Nur müssen wir auch eines hier zur Kenntnis nehmen, daß die Stadt Steyr nicht ausreichend Flächen besitzt, um nach Wasser suchen zu können. Selbst wenn wir sie hätten, wüßten wir nicht, ob dort Wasser vorhanden ist. Unser Brunnenschutzgebiet bzw. Wassergebiet liegt ja zum Teil in einem anderen Gemeindebereich und wir müssen am Verhandlungsweg unsere Wasserversorgung

sichern. Wir wissen, daß beispielsweise bei manchen Untersuchungen, die wir angestellt haben bereits in Nachbargemeinden, die Bevölkerung aufgetreten ist, um gegen eine Trinkwasserversorgung für die Stadt Steyr Stellung zu nehmen, weil sie - ob zurecht oder zu unrecht, das weiß ich nicht - eine Beeinträchtigung ihrer eigenen Lebensqualität befürchtet. Eines sollten wir dabei auch nicht übersehen, daß dann, wenn Trinkwasservorkommen gefunden werden, gewisse Auflagen zu erfüllen sind, die eine tatsächliche Beeinträchtigung gewisser Möglichkeiten zwingend vorsehen. Ob das die Bebauung, ob das die Düngung oder andere Dinge betrifft. Hier muß man den Stadtwerken sehr wohl unterstellen, denn sie tun das, weil Sie und auch ich das wissen, daß die Stadtwerke bemüht sind, bei einer Landesgesellschaft mit eingebunden zu werden, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, die Trinkwasserversorgung überregional für einen großen Teil Oberösterreichs zu sichern, und daß dies auch für die Stadt Steyr für die zukünftige Sicherung der Trinkwasserversorgung von einiger Bedeutung ist. Es ist eine Landesüberlegung und wenn hier ungläubig der Kopf geschüttelt wird, so nehme ich zumindest an, daß die meisten davon wissen. Vielleicht ist darüber bisher zu wenig oder überhaupt nicht gesprochen worden. Aber es steht fest, daß es sehr wohl in dieser Richtung seitens der Stadtwerke konkrete Überlegungen gibt, weil wir die Schwierigkeiten der Trinkwasserversorgung für die Stadt Steyr bestens kennen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Man muß halt einmal informieren über den Stand der Dinge.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sicher kann man das.

Zum Müll selbst. Es wurde - darüber freue ich mich - anerkannt, daß die Stadt Steyr bei der Müllbeseitigung, bei der Lösung von Umweltproblemen, durchaus gute Fortschritte erzielt. Daß wir noch mehr tun müssen, ist uns, glaube ich, gemeinsam bewußt, denn wir wissen, daß in der Vergangenheit allzuviel hier gesündigt wurde. Ob das mit unserem Müll ist, ob das mit den Gewässern zusammenhängt oder mit der Luft oder dem Boden. Wir haben unseren Müll vergraben und waren der Meinung, damit sei das Problem beseitigt. Leider ist das nicht so und die Vergangenheit holt uns heute ein und gerade die jüngsten Vorfälle beweisen uns das. Ich möchte hier noch überhaupt keine Verdächtigungen gegen Personen oder gegen sonst jemanden aussprechen, daß in der Vergangenheit manches Mal mit Duldung und Wissen Dinge passiert sind, die uns heute als zurecht sehr bedrohlich erscheinen, weil sie unsere Lebensqualität in einer Art und Weise beeinträchtigen, die bis zur Gefährdung reichen kann. Daher ist es unsere und vor allem auch meine Aufgabe als zuständiger Referent, schonungslos alle diese Übelstände aufzuzeigen und für die Beseitigung zu sorgen, ohne Rücksicht auf Personen oder Einrichtungen. Ich kann mich mit Meinungen überhaupt nicht identifizieren, die glauben, man sollte doch aus so kleinen Dingen nicht einen Elefanten machen. Wenn man gleichzeitig weiß, wie wenig Gift notwendig ist, um auf lange Zeit oder auf Dauer die Versorgung mit Wasser oder auch das Leben gesundheitsschädigend zu beeinträchtigen bei der Luft oder bei den Lebensmitteln, dann glaube ich, ist es ernst genug, um sich vielleicht darüber noch zu mokieren, sondern zurecht ernsthaft zur Lösung solcher Probleme zu schreiben.

Zur HTV-Anlage. Da bedauere ich eines, daß, was heute schon einmal von Ihrem Fraktionssprecher kritisiert wurde, man sozusagen untergriffig sagt, hat man leicht Angst, ein Ergebnis der Öffentlichkeit bekannt zu geben, welches der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden soll? So hat sinngemäß Ihr Beitrag gelautet, Kollege Hochrath. Ich verwehre mich gegen solche Unterstellungen, weil ich meine, daß mit Vertuschen und mit Verschweigen kein Problem gelöst werden kann. Auch hier ist der Bürger, so glaube ich, wissender, als wir

annehmen. Daher kann ich von dieser Stelle aus wieder einmal mit Nachdruck versichern, wenn uns die Ergebnisse des Probetriebes in Linz - die Zusage haben wir nicht nur als Stadt Steyr, sondern auch interessierte Organisationen haben diese Zusage bekommen vom zuständigen Referenten in Linz - vorliegen, daß diese Ergebnisse sehr wohl der Öffentlichkeit kundgemacht werden. Aber es liegen derzeit keine gültigen Aussagen vor, denn Sie wissen wahrscheinlich aus den Medien, daß der Probelauf leider Gottes zum Schaden der Firma, die diese Anlage bauen will, - und zwar des Erzeuges, nicht der, der diese kaufen will - die Hoffnungen sich zumindest in der Zeit nicht erfüllt haben, die selbst meinten, vorgeben zu können. Nach den jüngsten Ergebnissen kann ich nur berichten, was allgemein bekannt ist, daß die letzten Probelaufe befriedigend waren, daß es aber damit noch gar nicht abgetan ist und es gilt nach wie vor die Aussage des Bürgermeister, daß eine solche oder ähnliche Anlage nicht ohne entsprechende Gutachten bei uns bewilligt werden wird, die auch die Umwelt entsorgt und nicht weiter beeinträchtigt.

Aber über eines müssen wir uns auch im klaren sein, daß wir mit Ankündigungen "bei uns kommt uns nichts her" eine Lösung unserer Probleme nicht herbeiführen können. So einfach, wie man es jahrelang gemacht hat, indem man gemeint hat, weil es bei uns nicht gemacht werden darf, haben wir das Umweltproblem gelöst. Ich glaube, das müßte doch heute allen bewußt worden sein, daß wir so unsere Probleme nicht lösen. Ich kann nur den Umweltreferenten des Landes und des Bundes - wir selbst sind sicher auch in irgend einer Weise mit eingebunden - nur Glück wünschen bei der Lösung dieser Probleme, denn sie werden einerseits verlangt, aber nicht bei ihm, sondern beim Nachbarn. Und der sollte so weit weg sein, daß auf keinen Fall für ihn in keiner Weise eine Beeinträchtigung erfolgt. Wenn wir von der HTV-Anlage in Steyr reden, es gibt ein viel näherliegendes Problem, welches mir Sorgen macht, das ist die Verbrennungsanlage des Landeskrankenhauses Steyr. Hier wurde vom zuständigen Referenten, Landeshauptmann-Stellvertreter Pooart, angekündigt, daß eine Verbrennung von Sondermüll, die Dioxin freisetzen könnte, nicht mehr erfolgt. Nach den Beschwerden der Bevölkerung und auch nach einer Betriebsbegehung ist eher die Wahrscheinlichkeit, daß nach wie vor dort verbrannt wird. Allerdings die Anordnung besteht - dem möchte ich gar nicht meinen Zweifel unterstellen - daß die Kunststoffe, die dort im speziellen die Umweltprobleme ergeben, nicht mehr verbrannt werden dürfen. Eine Kontrolle ist leider in ausreichendem Ausmaß uns bisher nicht möglich gewesen.

Eines steht fest, das Problem ist nicht gelöst. Hier muß man auch - das gilt für das Land genauso - wenn sie umweltbewußt handeln, dann sollten sie es nicht bei Ankündigungen verbleiben lassen, sondern auch tun.

Ich hoffe, daß gerade mit diesem Beitrag ein Anstoß erfolgt, damit wir dieses Problem in Steyr auch einer Lösung z uführen können.

Wenn Sie mir noch gestatten, einige Gedanken mit einfließen zu lassen, die zwar schon diskutiert wurden, die es mir aber wert erscheinen, sie hier nochmals vorzubringen.

Das ist der Christkindlmarkt. Wir bedauern, daß wir in Steyr keinen Christkindlmarkt haben, weil wir mit ein wenig Neid fast auf die Gemeinden Garsten oder St. Ulrich blicken, wo mit wenigem Aufwand ein optimaler Erfolg erzielt wurde. Nur sollten wir uns deswegen nicht schämen müssen, denn unsere Überlegungen gerade auf dem Sektor des Fremdenverkehrs tragen auch Früchte. Wenn man hier hört, daß 10.000 Besucher am Wochenende zu erwarten sind, die alleine Steyr zur weihnachtlichen Zeit besuchen, um die Krippenausstellung anzuschauen, dann sind das zweifellos Anstrengungen, die auch vermerkt werden sollten. Und vielleicht einmal mehr vermerkt werden sollten, als man das üblicherweise tut. Hier machen wir etwas, was sicherlich nicht nur einen unmittelbaren Anlaß gibt, den

wir gerne aufgreifen und auch schätzen, daß es so etwas gibt. Vielleicht kommen wir in Steyr wieder zu einer Lösung, nur bedarf es der Mitarbeit mehrerer, wenn nicht vieler und vor allem gehört dazu echt ein Konzept, um zu wissen, was wir wollen. Mit Versuchen, die dann so kläglich scheitern, daß lieblos, phantasielos und ohne jede Beteiligung, vor allem der Beteiligung der Aussteller, so etwas gemacht wird, kann ich jetzt schon den Mißerfolg für das nächste Jahr, sofern das wieder überlegt wird, voraussagen. Dazu gehört sicherlich nicht viel Phantasie.

Alles in allem darf ich mit Freude sagen, daß die Stadt Steyr für den Bereich der Umwelt sehr viele Mittel aufwendet, daß diese Mittel aber keinesfalls ausreichen, weil wir wissen, daß es viele Fragen gibt, die noch zu klären sind, aber vor allem weil wir eines tun müssen, daß wir jene Altlasten, die es offenbar gibt, beseitigen müssen, um eine Gefährdung unserer gemeinsamen Umwelt zumindest dort noch abzufangen, wo es noch möglich ist. Es könnte genauso sein, daß ohne unser Wissen bereits eine Gefährdung vorhanden ist, die stündlich - das kann man fast sagen - zu einer starken Beeinträchtigung führen kann. Dazu brauchen wir aber auch Mitarbeiter und Menschen, die gewillt sind, diese Aufgabe zu übernehmen. Ich kann Sie nur von dieser Stelle aus bitten, für den Bereich des Umweltreferates Ihre gemeinsame Anstrengung zu geben. Denn was wir hier brauchen ist nicht nur Verständnis, sondern wir brauchen auch jene Mittel und Möglichkeiten, um wirksam unsere Umwelt wieder in Ordnung zu bringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl. Kollege Spöck hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Werte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Geschätzte Kollegin Schreiberhuber, zu Ihren Ausführungen bezüglich Familienförderung seitens des Landes möchte ich ganz kurz ein paar Worte sagen. Darf ich nochmals in Erinnerung rufen meine Erwähnungen eingangs meines Budgetbeitrages. Geburtenentwicklung. 1963 24.752, 1985 15.998, im Jahre 2000 werden es nur mehr 12.000 sein, im Jahre 2030 gar nur mehr 8.000. Die 4-Kinder-Familie müßte daher neues Leitbild unserer Gesellschaft sein, nur um nicht weniger zu werden. Zum Zweiten darf ich Ihnen eine Statistik zu Gehör bringen, neueren Datums, über das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Schilling. Daraus geht hervor, daß die kinderreiche Familie benachteiligt wird. Und zwar an Beispielen von Ehepaaren mit und ohne Kindern, das Alter des Haushaltsvorstandes beträgt 30 bzw. 35 Jahre. Und zwar Paare ohne Kinder durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen S 14.000,-. Mit 1 Kind S 9.000,--, mit 2 Kindern S 7.000,-, mit 3 Kindern S 6.000,- und mit 4 und mehr Kindern gar nur S 5.000,--. Daher auch der Vorstoß seitens des Landes. Es war auch, wie Sie richtigerweise gesagt haben, nur ein erster Schritt, es wird laut Aussagen von Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck bzw. von Abgeordnetem Dozent Deick noch ein zweiter Schritt folgen. So weit zur Richtigstellung bzw. Ergänzung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zum Budget zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte daher Kollegen Wippersberger um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich darf als Finanzreferent der ÖVP-Fraktion und der KPÖ danken für die Zustimmung zum Budget. Ich kann natürlich unmöglich auf alle Debattenbeiträge im Detail eingehen, das würde noch etliche Stunden dauern. In Anbetracht der sehr fortgeschrittenen Zeit, werde ich mich daher so kurz wie möglich halten und werde mich nur auf einige Beiträge beschränken.

Kollege Bürgermeister Schwarz und Kollege Stadtrat Pimsl haben ja bereits viel vorweggenommen. Die Aussagen der Debattenredner sind zum Teil völlig gegensätzlich. Wenn ich alle Wünsche und Forderungen, die jetzt zum Budget 1989 vorgetragen wurden, im Budget unterbringen sollte, dann müßten wir im kommenden Jahr nicht 57 Millionen an Krediten aufnehmen, sondern wahrscheinlich 257 Millionen wenn nicht noch mehr. Kollege Pragerstorfer hat gesagt, wir sollen überhaupt nichts mehr ausgeben, ein Jahr oder zwei keine Investitionen tätigen. Also da ist die große Gegensätzlichkeit. Beides ist unmöglich. Eine weitere Ausweitung des Budgetrahmens halte ich für verantwortungslos, da darüberhinaus die Wünsche zu erfüllen und ich würde es auch für verantwortungslos halten, wenn wir auf den Vorschlag des Kollegen Pragerstorfer eingehen würden.

Vielleicht gleich zu Kollegen Pragerstorfer, der eine völlig entgegengesetzte Auffassung zu den anderen Debattenrednern vorgebracht hat. Es ist richtig, Kollege Pragerstorfer, ich habe es eingangs schon erwähnt in meiner kurzen Budgetrede, daß wir in den 80iger Jahren insbesondere eine sehr schlechte finanzielle Entwicklung in unserer Stadt genommen haben. Ich habe auch gesagt warum. Allein bei den Bundesertragsanteilen aufgrund der Volkszählung 1981 haben wir 120 Millionen Schilling an Einnahmen verloren.

Ich will nicht auf alle Vorschläge eingehen. Z. B. die Maut an den Stadtgrenzen halte ich nicht für realistisch, das kann nur ein humorvoller Beitrag sein. Stellen Sie sich vor, das ist vor einigen Jahrhunderten weggekommen. Wenn jetzt Steyr eine Maut einführt und Sierning, Bad Hall und jedes andere Dorf eine eigene Maut einführt, das wäre doch vollkommen ausgeschlossen. Wenn Sie sagen, wir sollten ein Jahr oder zwei Jahre nichts ausgeben, keine Investitionen tätigen. Ja Kollege Pragerstorfer, ein großer Teil unserer Wirtschaft in Steyr lebt von dem Geld, das die Stadt ausgibt. Nicht nur die Baufirmen und was zum Bauneben-gewerbe gehört. Wenn das geschehen würde, würden etliche Betriebe in Steyr in Konkurs gehen und wir hätten noch mehr Arbeitslose, die Arbeitslosenrate würde noch weit höher zu Buche schlagen. Es gibt Dinge, die man ausgeben muß. Im außer-ordentlichen Haushalt sind fast lauter Dinge, die wir machen müssen. Z. B. die Sanierung Hallenbad, wenn wir da nichts machen und ein paar Jahre zuwarten, dann kostet uns das noch viel mehr. Oder der Heizungsbau, den ich in meiner Rede schon erwähnt habe, im Zentralaltersheim. Der kostet ein paar Millionen Schilling, aber wir müssen das tun, weil wir damit Heizungskosten einsparen. Wenn die Rechnung stimmt, sind es sogar S 700.000 im Jahr. Aber zuerst müssen wir etwas ausgeben. Oder wir haben heute schon gehört, gerade die Wünsche im Wohnbau sind wirklich berechtigt. Wenn wir da auch nichts ausgeben, wie sollen wir denn den Leuten, die zu uns auf Wohnungssuche kommen, überhaupt helfen. Wir tun uns ja jetzt schon so schwer. Oder die Revitalisierung im Altstadtbereich, das sind ja Dinge im außerordentlichen Haushalt, die gemacht werden müssen, wo wir gar nicht drüber hinwegkommen.

Kollege Pragerstorfer, ganz so pessimistisch, wie Sie es sind, bin ich wirklich nicht. Ich habe eingangs erklärt, das Jahr 1989 wird ein schwieriges Jahr werden, insbesondere auch aufgrund der großen Steuerreform. Ich habe aber auch gesagt, daß das Jahr 1990, wenn wirtschaftlich nicht weiß ich was passiert, es wirtschaftlich für uns besser wird. Da bekommen wir dann die 23 Prozent der Einnahmen aus der neuen KEST und ich hoffe ja doch, daß die Steyr-Werke, unser größter dominierender Betrieb sich wieder verbessert und daß wir von diesen

wieder einmal Gewerbesteuer bekommen. Das ist auch mit ein Grund, warum wir jetzt so schlecht dastehen, weil die Steyr-Werke schon etliche Jahre keinen Groschen Gewerbesteuer bezahlen, weil sie in den roten Ziffern sind. Wenn sie aus den roten Ziffern herauskommen, daß sie wieder schwarze Ziffern schreiben, dann werden wir auch von dort wieder Gewerbesteuer bekommen. So pessimistisch bin ich nicht, Sie haben ja hier Weltuntergangsstimmung gemacht. Natürlich ist Vorsicht am Platz.

Ich komme jetzt zu Kollegen Holub und zur ÖVP-Fraktion. Ich danke Dir, Herr Vizebürgermeister für die aner kennenden Worte zum Budget, zur Zustimmung zum Budget, für die Feststellung, daß die Zusammenarbeit im Rathaus eine sehr gute ist, daß wir ein sehr gutes Klima haben. Ich kann das nur unterstreichen. Mehr als 98 Prozent aller Beschlüsse, die in der Gemeinde in diesem Jahr gefaßt wurden, sind einstimmig zwischen unseren beiden Parteien gefaßt worden, also haben auch die Zustimmung der ÖVP gefunden. Du hast auch gesprochen von den großen Aufgaben, die vor uns liegen, die gemacht werden müssen. Vielleicht einen Satz zur geschützten Werkstätte. Du weißt, auch das ist eine Herzenssache von uns, diese geschützte Werkstätte nach Steyr zu bekommen. Das scheint nun in greifbare Nähe gerückt. Wir haben erst vor kurzem eine Besichtigung in Linz durchgeführt, wir haben Gespräche mit dem Landesarbeitsamt gehabt. Die Aussichten, eine geschützte Werkstätte wirklich in absehbarer Zeit nach Steyr zu bekommen, sind sehr sehr gut.

Du hast auch gesagt, die wichtigste Sache ist die Budgetsanierung. Du kannst eine Budgetsanierung nur auf der Ausgabenseite Dir vorstellen - das hast Du wortwörtlich erklärt. Ob das nur auf der Ausgabenseite möglich ist, das glaube ich auch nicht. Auf der Einnahmenseite haben wir sicher wenig Einfluß, denn das, was wir an Tarifen und Gebühren von unseren Steyrern bekommen, - da sind ja auch derzeit keine Erhöhungen vorgesehen - ist ein bescheidener Rahmen. Die meisten Einnahmen, die wir bekommen, sind Mittel, die wir von Bundesstelle bekommen. Der Widerspruch ist natürlich schon sehr stark, Deine Fraktionskollegen haben so viele Wünsche zum Budget gesagt, und diese Wünsche kosten alle Geld und zwar sehr viel Geld. Wenn man auf der einen Seite sagt, man muß eine Budgetsanierung machen, das geht nur auf der Ausgabenseite, kann man nicht auf der anderen Seite so viele Wünsche herantragen, die wieder zig Millionen Schilling kosten. Das ist ein echter Widerspruch zwischen Deiner Aussage und zwischen den Aussagen Deiner Kolleginnen und Kollegen.

Zur Kollegin Wieser. Das Punktesystem, da sind wir der Auffassung, Wohnungsvergabe nach Punktesystem ist schwer durchführbar, denn menschliches Leid kann man schwer in Punkten erfassen. Außerdem würde eine Verbürokratisierung eintreten, wir würden zusätzlich Leute dafür brauchen, um das so zu machen, wie es der Vorschlag von Eurer Seite vorsieht.

Kollege Hochrath, Straßenbau mit vielen Wünschen. Ich darf Dir sagen, Ausbau Gschaiderberg. Ich glaube, da bin ich nicht ganz richtig zitiert worden. Ich habe erklärt, daß ich mir nur einen ganz geringfügigen Ausbau vorstellen kann. Wir haben im Pyrach eine neue Siedlung bekommen und die Siedler sind wirklich nicht interessiert, daß der Verkehr in verstärktem Ausmaß dort hinuntergeht. Wir haben jetzt auch beschlossen ein LKW-Fahrverbot. Vielleicht überlegen wir uns sogar ein Fahrverbot überhaupt dort zu machen auch für Pkw. Denn es ist nicht unbedingt notwendig, über den Gschaiderberg hinunterzufahren mit einem Pkw, man kann durchaus den kleinen Umweg über die Werndlstraße machen.

Zum Fußgeherübergang beim Krankenhaus und zu den Forderungen bezüglich Enns-Knoten-Umbau, die bessere Anbindung der Straßen an den Zentralraum. Werte Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, seit Kriegsende ist das Straßenbaureferat in Oberösterreich in Euren Händen. Ich muß sagen, Steyr ist in diesen letzten 43 Jahren mehr als stiefmütterlich behandelt worden. 13 Jahre lang hat man uns

hingehalten mit der S 37 und jetzt geht es auch schon wieder ein paar Jahre dahin und es geht wieder nichts weiter. Da wäre wirklich einmal die ÖVP am Zuge und es müßte wirklich einmal etwas geschehen. Immer wieder erfahre ich von Leuten, die zu uns nach Steyr kommen, die viel herkommen und die sagen, so eine schlechte Verkehrsverbindung für eine Stadt in der Größenordnung von Steyr gibt es in ganz Mitteleuropa nicht mehr. Da muß man den Vorwurf schon an das Land richten und an die ÖVP, daß wir mehr als stiefmütterlich behandelt wurden.

Kollege Schloßgangl hat die Gewerbeförderung angeführt. Du möchtest 2 Millionen, daß wir sie aufstocken sollen. Du sprachst wieder von den Gewerbehöfen. Ich glaube ja nicht, daß Gewerbehöfe nennenswert zusätzliche Arbeitsplätze bringen. Ich habe schon gesagt, 130 Millionen Schilling hat die Stadt in den letzten knapp 10 Jahren für Betriebsansiedlungen und für Gewerbeförderung ausgegeben. Das ist eine freiwillige Leistung, die uns überhaupt nicht zusteht. Geld, das uns auf der anderen Seite wirklich abgeht, denn die Forderung nach mehr Wohnbauten, daß wir uns da stärker einsetzen sollen, die ist z. B. wirklich berechtigt. Ich weiß, wenn ich jeden Tag Vorsprachen habe. Die meisten Vorsprachen betreffen Arbeitsplatz - das ist die Sorge Nr. 1 derzeit in Steyr - und die zweite Sache ist der Wohnbau. Da sollten wir uns wirklich mehr dahinter setzen, sollten wir mehr Mittel dazu verwenden. Ich bedaure, daß ich im Budget 1989 nicht mehr Mittel dafür einsetzen konnte.

Kollege Spöck hat wieder eine Menge Sachen vorgebracht. Familienpolitik und alles, was viel Geld kostet. Vielleicht zur letzten Aussage, Kollege Spöck, die Familienförderung seitens des Landes, die jetzt mit 1. Jänner 1989 gemacht wird, ist nach Meinung der sozialistischen Fraktion unsozial. Es gibt viele alleinstehende Mütter, die sich oft viel schwerer tun mit dem einen Kind als eine verheiratete Frau, wo vielleicht der Mann gar Bankdirektor oder weiß was ich ist oder Prokurist irgendwo, also ein gutbezahlter Mann. Die bekommen Geld und eine alleinstehende Mutter mit ihrem Kind bekommt kein Geld. Unserer Auffassung nach ist das eine unsoziale Lösung.

Kollegen Tremml darf ich sagen, in weiten Bereichen kann ich Dir absolut recht geben, aber auch Du hast mir die Budgetwünsche schriftlich überbracht. Ich habe mir das ausgerechnet, das wären auch zig Millionen, die können wir einfach derzeit nicht frei machen. Ein Großteil der Wünsche ist absolut berechtigt, auch besonders was den Wohnbau anbelangt. Wir werden im kommenden Jahr wahrscheinlich schon im Jänner den neuen Wohnbaureferenten, Landesrat Habringer, bei uns haben und mit ihm Gespräche führen, daß er uns da mehr hilft. Die 600 leerstehenden Wohnungen in Steyr, das sind Wohnungen in Privathäusern. Wir haben leider keine gesetzliche Handhabe auf einen Zugriff für diese Wohnungen.

Kollege Eichhübl, ich habe ja sowieso erwartet, daß Du dem Budget keine Zustimmung geben wirst. Dein Blick ist in die Landeshauptstadt gerichtet und von der Landeshauptstadt geht der Blick wieder nach dem Süden zu Eurem großen Führer. Von dort kommen ja die Anweisungen, wie Ihr Euch zu verhalten habt.

Die Wünsche, die Du vorträgst, sind immer die gleichen. Ich möchte vielleicht noch eines sagen, und zwar zur GWG. Da ist etwas gesagt worden, worüber ich betroffen bin, denn es gibt einen Aufsichtsrat über die GWG und ich darf noch feststellen, daß die GWG so wie alle anderen Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften alljährlich vom Revisionsverband überprüft werden, und zwar sitzen die Herrschaften eine Woche oder noch länger im Rathaus. Ich weiß von der letzten Überprüfung, daß es keine nennenswerten Beanstandungen gegeben hat.

Ich möchte gar nicht mehr näher darauf eingehen. Es ist schon eine gewisse Unruhe hier im Saal. Meine Bitte an alle Fraktionen. In wenigen Tagen geht das Jahr 1988 zu Ende, das Jahr 1989 beginnt. Ich würde alle Fraktionen ernsthaft bitten, am Haushaltsplan 1989 an der Verwirklichung mitzuarbeiten, mit dazu

beizutragen, daß in Steyr auch weiterhin eine gute Arbeit geleistet wird. Ich darf Ihnen für die gelieferten Beiträge, insbesondere für die positiven Beiträge zum Budget 1989 herzlich danken. Ich bitte den Herrn Bürgermeister, über den Haushaltsvoranschlag abstimmen zu lassen. Ich habe mein Versprechen gehalten und habe mich wirklich kurz gefaßt.

Applaus

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Finanzreferenten für sein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Voranschlag 1989 seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist gegen den Vorschlag? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (FPÖ und GAL) beschlossen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Ihnen so wie immer zur Kenntnis bringen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse im Gesamtausmaß von 263.800,- Schilling zur Kenntnis genommen hat und bei den Verhandlungsgegenständen Beschlüsse über einen Betrag von 29.499.500,- Schilling gefaßt hat.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist dies die letzte Sitzung im heurigen Jahr, es ist auch die längste Sitzung. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, für die Mitarbeit herzlich danke zu sagen allen Fraktionen, und zwar für die Mitarbeit im abgelaufenen Jahr, für die Zusammenarbeit und ich möchte Euch allen ein frohes Weihnachtsfest wünschen und für 1989 ebenfalls alles Gute. Ich darf Sie im Anschluß an diese Sitzung ins Casino einladen, die Mitarbeiter des Magistrates und selbstverständlich auch die Presse.

Nachdem heute so viel gesprochen wurde, habe ich nicht vor, daß im Casino neuerlich Ansprachen stattfinden. Deshalb gestatten Sie mir, daß ich hier diese Gelegenheit benutze, um die Festtagswünsche und die Wünsche für 1989 zu übermitteln. Jedem Einzelnen von Ihnen alles Gute, viel persönlichen Erfolg, persönliches Wohlergehen und für unsere Stadt wünsche ich mir für 1989 eine gute weitere Entwicklung. Ich bitte Sie alle um Ihre Mitarbeit, um die Zusammenarbeit. Dem Finanzreferenten und der Beamtenschaft danke ich für die Erstellung des Budgets, das wir wirklich viel Arbeit. Alles Gute. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 21.35 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE RPOTOKOLLPRÜFER:

Rudolf Pickl e. h.
Ing. Dietmar Spanring e.h.

2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100